

Gutachten
zum Entwurf der Vorschriften
über
Widerrechtliche Schädigung
aus dem Entwurf eines Schuldrechtsgesetzbuchs
der Republik Estland
(§§ 1177-1214 bzw. 1216)

Vorbemerkungen zu den generellen Strukturen des Entwurfs

Die Begutachtung stützt sich auf den sog. Entwurf I (im folgenden: E I); soweit erforderlich, wird aber auch auf den Entwurf II und die Unterschiede zwischen E I und E II eingegangen.

1. Die Entwürfe bauen auf Generalklauseln auf, u.z. auf einer Generalklausel für die Verschuldenshaftung, § 1177 I 1 E I/E II, und einer Generalklausel für die Gefährdungshaftung, § 1196 E I bzw. § 1195 E II. Die Problematik haftungsrechtlicher Generalklauseln, daß sie an sich eine Haftung gegenüber einer unbegrenzten Zahl von Personen für eine übersehbare Vielzahl von Schäden in nicht absehbarer Höhe zulassen würden, versucht der Entwurf durch Konkretisierungen in den jeweils an die Generalklausel anschließenden Vorschriften zu lösen. Während die Eingrenzung der Gefährdungshaftung zum einen durch die Konkretisierung in Einzeltatbeständen, zum anderen durch die Begrenzung auf die Realisierung des "charakteristischen Risikos" erreicht wird (s. hierzu unten sub II.1), wird die Verschuldenshaftung durch Konkretisierung der Widerrechtlichkeit und des Rechtswidrigkeitszusammenhangs zwischen Verhalten und Verletzung/Schaden eingegrenzt (hierzu unten sub I).

Das Zusammenspiel von Generalklausel und Konkretisierungen ist m.E. gut gelungen; soweit im folgenden in der Einzelanalyse kritische Anmerkungen gemacht werden, geht es im wesentlichen um Verdeutlichungen bei Unklarheiten, die wohl auch durch die Übersetzung verursacht worden sein können.

2. § 1177 (4) enthält eine Regelung der Anspruchskonkurrenz, die grundsätzlich Vorrang der vertraglichen Haftung vorsieht, soweit nicht Leib oder Leben verletzt worden sind. Das halte ich für eine tragfähige Lösung des Konkurrenzproblems. Der Ausschluß der deliktischen Haftung für Eigentumsverletzungen oder Verletzung wirtschaftlicher Interessen kann freilich endgültig erst beurteilt werden, wenn die Regelung der vertraglichen Haftung im einzelnen feststeht. Es ist richtig, daß Sachgüter und Vermögensinteressen, die den Gegenstand eines Vertrages bilden, nur nach den Regeln der vertraglichen Haftungsordnung geschützt sein sollten; deliktische Ansprüche müssen insoweit ausscheiden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß in das Vertragsrecht auch Nebenpflichten zum Schutz des Eigentums der anderen Partei hineininterpretiert werden, für die dann nach § 1177 (4) S. 1 das Vertragsrecht vorrangig wäre

Würde durch die Lieferung eines mangelhaften Produkts eine Eigentumsverletzung verursacht, die nach § 1204 (1) - Produkthaftung - haftbar machen würde, dann könnte ein Vorrang der vertraglichen Haftungsordnung bedeuten, daß eine Rügeversäumung durch den Käufer (auch) seine deliktischen Ansprüche abschneidet. Ist das gewollt? M.E. muß der Vorrang der vertraglichen Haftung beschränkt werden auf das typische Vertragsinteresse. Eine entsprechende Regel läßt sich aber gesetzlich schwer fassen. Eventuell läßt sich hinter den Worten "... haftet ... nur gemäß den Bestimmungen über vertragliche Haftung" anfügen: ", soweit die verletzte vertragliche Pflicht den Schutz des beeinträchtigten Interesses bezweckte."

3. Bereits in der allgemeinen Haftungsnorm des § 1177 (1) wird neben der Schadenersatzpflicht (S. 1) ein Unterlassungsanspruch normiert. Die Einbeziehung von Unterlassungsansprüchen in Haftungsnormen findet sich auch in anderen Vorschriften. M.E. ist zu überlegen, den Unterlassungsanspruch deutlicher vom Schadenersatzanspruch zu unterscheiden, auch wenn beide auf dem gleichen Ausgangspunkt einer fortdauernden bzw. drohenden Schädigung, die als solche ersatzpflichtig macht bzw. machen würde, beruhen. Ähnlich verhält es sich mit dem bei Schädigung immaterieller Rechte (§§ 1185 ff.) neben einem Schadenersatzanspruch vorgesehenen Anspruch auf Widerruf. Auch der Anspruch auf Widerruf wie ein noch generellerer Beseitigungsanspruch ist im Rechtsschutzziel deutlich von einem Schadenersatzanspruch zu unterscheiden; m.E. sollte deshalb jedenfalls in den betreffenden Vorschriften ein besonderer Absatz über den Anspruch auf Widerruf bzw. Beseitigung einer fortdauernden Beeinträchtigung eingefügt werden (s. hierzu unten sub I.8); gleiches gilt für den hier ebenfalls möglichen Unterlassungsanspruch. Insgesamt sollte aber überlegt werden, Unterlassungen - und Beseitigungsansprüche in einem eigenen Abschnitt und deutlich getrennt von Schadenersatzansprüchen zu regeln.

I. Verschuldenshaftung; Einzelfragen

1. Konkretisierung der deliktischen Generalklausel

§ 1177. Entschädigung des widerrechtlich herbeigeführten Schadens

(1) Wer einem anderen widerrechtlich Schaden zugefügt hat, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn er nach dem Gesetz die Verursachung des Schadens zu vertreten hat. Ist die Schädigung andauernd oder wird der Person die Zufügung des Schadens nur angedroht, so kann der Geschädigte oder der Angedrohte ebenso verlangen, daß über das den Schaden bewirkende Verhalten oder das Androhen der Schadenszufügung ein Verbot verhängt werde.

(2) Auf den Umfang und Arten des Schadenersatzes finden §§ 119-135 Anwendung.

(3) Von den Bestimmungen dieses Abschnitts bleibt das Recht des Geschädigten, den Schadenersatz auf einer anderen rechtlichen Grundlage zu fordern, unberührt, soweit nicht durch Gesetz ein anderes bestimmt ist.

(4) Für den aus der Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung folgenden Schaden haftet der Vertragsteil nur gemäß den Bestimmungen über vertragliche Haftung. Wurde durch die Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung die Tötung einer Person verursacht oder ihr Körper oder Gesundheit verletzt, so haftet der Verletzer nach den Bestimmungen dieses Teils, wenn der Schaden schuldhaft herbeigeführt wurde.

§ 1178. Rechtswidrigkeit der Schädigung

(1) Die Schädigung gilt als rechtswidrig, wenn diese durch die Verletzung eines Rechts einer Person, durch die eine gesetzliche Pflicht verletzende Handlung, durch das Unterlassen einer Handlung oder durch das gegen die guten Sitten verstossende Verhalten verursacht wurde, ausgenommen, daß:

- 1) die Schädigung durch das öffentliche Recht geboten ist;
- 2) die geschädigte Person in sie eingewilligt hat;
- 3) der Schädiger in einer berechtigten Notwehr- oder Notlage gehandelt hat;
- 4) der Schädiger zur Ausübung oder Sicherung seiner Rechte Selbsthilfe benutzt hat, wenn er nach den gegebenen Umständen Hilfe von amtlicher Seite nicht rechtzeitig erlangen konnte und wenn er nur durch Selbsthilfe das Abhandenkommen oder die Erschwerung der Geltendmachung des Anspruchs verhindern konnte.

(2) Die Schädigung gilt nicht als rechtswidrig, wenn der Zweck der durch den Schädiger verletzten Bestimmung nicht der Schutz vor dem Schaden ist, welchen der Geschädigte erlitten hat.

Wie in den Vorbemerkungen erwähnt, gehen beide Entwürfe von einer deliktischen Generalklausel für die Verschuldenshaftung aus und versuchen im folgenden eine Eingrenzung durch das Merkmal der Rechtswidrigkeit des Verhaltens, das zum Verletzungserfolg geführt hat. Diese Grundentscheidung scheint mir richtig zu sein. Wie - z.B. - die noch weitergehende Generalklausel des französischen Rechts zeigt, müßte ohne die mit dem Merkmal Rechtswidrigkeit unternommene Eingrenzung eine solche durch andere Eingrenzungskriterien erreicht werden, insbesondere durch die Kausalität. Die hierzu in der französischen Literatur und Rechtsprechung unternommenen Versuche können aus Zeitgründen im einzelnen nicht berichtet werden. Im wesentlichen versucht man "mittelbar", insbesondere "par ricochet", d.h. reflexweise verursachte Schäden auszunehmen, was aber nach dem Urteil französischer Fachkenner nur zu dem großen Rätsel "Kausalität" führt.¹ Auch die Hinzufügung des Textes "widerrechtlich" allein genügt jedoch nicht, die rechtspolitisch gebotene Eingrenzung des haftungsrechtlich relevanten Verhaltens zu erreichen, wie Wissenschaft und Praxis zu Art. 41 OR (Schweiz) zeigen: Auch die Widerrechtlichkeit muß konkretisiert werden.² Beide Entwürfe stellen dazu auf die Verletzung einer gesetzlichen Schutzpflicht durch ein Handeln oder Unterlassen ab,³ wobei auch zutreffend auf den Schutzzweck der gesetzlichen Pflicht (Abs. 2) abgehoben wird. Das halte ich sachlich für gut gelungen.

Beide Entwürfe sehen darüber hinaus eine Reihe von Rechtfertigungsgründen vor, wobei die Einschränkung in E I für die rechtfertigende Selbsthilfe sinnvoll ist.

Die Entwürfe unterscheiden sich jedoch in der Rechtswidrigkeitsindikation durch Verletzung

¹ Vgl. hierzu *Christian Laponade Deschamps*, L. réparation du préjudice économique pur en droit français, in: Banakas, Civil Liability for Pure Economic Loss, 1996, S. 89 ff. 94.

² Ähnlich für das österreichische Recht und verallgemeinerungsfähig *Kozioł*, Wrongfulness under Austrian Law, in: *Kozioł* (ed.), Unification of Tort Law: Wrongfulness, S. 11 ff.

³ E I ist insoweit sprachlich nicht ganz so gut gelungen, weil "die eine gesetzliche Pflicht verletzende Handlung" von dem "Unterlassen einer Handlung" sprachlich unterschieden wird (wohl Übersetzungsproblem), während doch wohl richtigerweise wie in E II Handlung oder Unterlassung gegen eine gesetzliche Pflicht verstoßen haben müssen.

bestimmter Rechte: E II zählt diese Rechte im einzelnen auf, was an sich das Verständnis und die Anwendung der Haftungsbestimmungen §§ 1177, 1178 erleichtern könnte. Allerdings müßte wegen der Sonderbestimmungen zur Haftung bei Verletzung des Persönlichkeitsrechts und des wirtschaftlichen Interesses (§§ 1186 ff. und 1190 ff. in E II) auf sprachliche Abstimmung geachtet werden. Auch scheint mir der deutsche Begriff "sonstiges Sachenrecht" wenig geeignet zu sein; gemeint sind wohl dem Eigentum gleichstehende absolute Rechte. Demgegenüber spricht der E I nur noch von der (Rechtswidrigkeit indizierenden) "Verletzung eines Rechts einer Person". Das ist auf den ersten Blick eleganter, weil es die mit der Aufzählung einzelner Rechte und Rechtsgüter in E II verbundene Problematik, ob es sich um eine abschließende Aufzählung handelt, vermeidet. Die Formulierung des E I wirft jedoch ein anderes Problem auf, das von erheblicher praktischer Bedeutung ist: Umfaßt der Begriff "Recht einer Person" auch relative Rechte, d.h. Forderungsrechte und andere schuldrechtliche Ansprüche? In der Sache geht es um das bekannte Problem des Ersatzes reiner Vermögensschäden: Soll der Fußballclub Juventus Turin im Falle, daß einer seiner Spitzenspieler bei einem Autounfall verletzt worden ist und deshalb weniger Zuschauer ins Stadion kommen, vom Unfallverursacher wegen Verletzung der vertraglichen Rechte, die Juventus Turin gegenüber seinem Spitzenspieler aufgrund entsprechender Dienstverträge hat, Ersatz seiner Umsatzaufälle verlangen können? Soll das Unternehmen, das durch den Unfalltod eines leitenden Ingenieurs oder Mitarbeiters Betriebsverluste erleidet, geltend machen können, daß es in seinen dienstvertraglichen Ansprüchen auf die Arbeitskraft des Getöteten verletzt worden sei? Kann die Bank als Kreditgeberin, deren Kredite deshalb nicht zurückgezahlt werden können, weil der Kreditnehmer von einem Dritten schuldhaft verletzt worden ist, dies als Verletzung ihrer Rückzahlungsansprüche gegen den Dritten geltend machen können? Können die Arbeitnehmer, die keinen Lohn erhalten, weil die Fabrik abgebrannt ist, vom Brandstifter Ersatz verlangen? Die Kette der Beispiele ließe sich leicht verlängern, wenn man sich vorstellt, daß die mittelbar in ihren schuldrechtlichen Ansprüchen beeinträchtigten Personen ihrerseits wieder ihre Vertragspartner enttäuschen müssen, so daß deren relative Rechte tangiert sind.

Natürlich ist dies in erster Linie eine rechtspolitische Frage, deren Entscheidung vom zuständigen Gesetzgeber getroffen werden muß. M.E. sprechen aber gute Gründe dafür, insoweit mit den in der westlichen Welt überwiegenden Lösungen⁴ einen Ersatz solcher reinen Vermögensschäden aus der Beeinträchtigung relativer Forderungsrechte nicht zulassen. Gesetzestechnisch ließe sich das unschwer durch die Einfügung des Wortes "absolut" erreichen, so daß § 1178 (1) in S. 1 lauten würde "... gilt als rechtswidrig, wenn diese durch die Verletzung eines *absoluten* Rechts einer Person ... verursacht wurde".

Sachgerecht ist natürlich der weitere Fall einer Rechtswidrigkeit, die aus einem Sittenverstoß folgt. Fraglich ist jedoch, ob tatsächlich jedes sittenwidrige Verhalten, das in Verbindung mit leichter Fahrlässigkeit einen Schaden verursacht hat, ersatzpflichtig machen soll (im deutschen Recht ist Haftung für Sittenwidrigkeit nur bei Vorsatz gegeben, §§ 826 BGB): Das Urteil über das, was als sittenwidrig zu gelten hat, ist ja unsicher und schwankend und wird oft erst durch die entscheidenden Richter konkretisiert. Soll dann die leichte Fahrlässigkeit, nicht vorausgesehen zu haben, daß ein Gericht ein bestimmtes Verhalten als sittenwidrig beurteilen

⁴ Anders, aber z.B. das französische und auch das italienische Recht, dem der Fall des Fußballspielers von Juventus Turin entnommen worden ist

könne, für den daraus entstandenen Schaden haftpflichtig machen? M.E. ist zu überlegen, deshalb in § 1178 (1) am Ende des Satzes das Wort “vorsätzlich” einzufügen, so daß die Bestimmung lautete “... oder durch das vorsätzlich gegen die guten Sitten verstoßende Verhalten verursacht wurde ...”.

3. Schuld

§ 1179. Umstände, wofür der Schädiger haftet

(1) Der Bewirker des außervertraglichen Schadens haftet für den von ihm herbeigeführten Schaden nur in dem Fall, wenn er den Schaden schuldhaft verursacht hat, soweit nicht durch Gesetz ein anderes bestimmt ist.

(2) Als fahrlässig gilt im Sinne dieses Teils das Verhalten der Person, die ihr nach den Umständen und nach ihren persönlichen Verhältnissen obliegende Sorgfalt mißachtet. Die erforderliche Sorgfalt beurteilt sich nach dem Alter, der Bildung, den Kenntnissen sowie nach den übrigen Fähigkeiten und Eigenschaften der Person, die den Schaden verursacht hat.

a) Für das Verschulden wird allein auf Fahrlässigkeit abgestellt. M.E. sollte aber auch “Vorsatz” berücksichtigt werden. So könnte Abs. 1 lauten: “... wenn er den Schaden schuldhaft, d.h. vorsätzlich oder fahrlässig verursacht hat ...”.

b) Der Entwurf stellt deutlich auf die subjektiven Fähigkeiten des Schadensverursachers ab, geht also von einem echten Verschulden aus (im Unterschied dazu wird vielfach die verkehrserforderliche Sorgfalt objektiv verstanden, d.h. auf den Verkehrskreis, Berufskreis usw. bezogen). Deutlich und ganz im Sinne eines “echten” Verschuldensprinzips stellt § 1179 (2) für die Fahrlässigkeit deshalb auf die “persönlichen Verhältnisse” des Schadensverursachers, - u.a. - seine Kenntnisse ... und übrigen Fähigkeiten und Eigenschaften ab. Das bedeutet etwa, daß der schlecht ausgebildete Arzt nicht etwa nach den Standards seiner Berufsgruppe, sondern eben nach seinen persönlichen Fähigkeiten beurteilt wird und für eine mißglückte Operation dann nicht haften würde, wenn er durch seine mangelhafte Ausbildung entschuldigt würde. Der Ingenieur, dem bei einer Statikberechnung ein Fehler unterläuft, den ein normal ausgebildeter Statiker nicht gemacht hätte, könnte sich u.U. darauf berufen, daß er durch eine schwere persönliche Krise in seiner Leistungsfähigkeit und Aufmerksamkeit beeinträchtigt gewesen war, der Automonteur, der meine Bremsen einstellt, könnte sich u.U. darauf berufen, daß er wegen einer Hochzeitsfeier in der vergangenen Nacht nicht geschlafen habe und deshalb unaufmerksam gewesen sei. Freilich ist in den von mir gebildeten Beispielfällen noch nicht sicher, daß der Schadensverursacher durch den Mangel seiner persönlichen Fähigkeiten aufgrund der besonderen Umstände entschuldigt ist: Im Regelfall käme dann ein sog. “Übernahmeverschulden” in Betracht, d.h. der Schadensverursacher müßte sich als Sorgfaltsverstoß vorhalten lassen, daß er angesichts der persönlichen Verhältnisse (mangelhafte Ausbildung, Unfähigkeit zur Konzentration aufgrund persönlicher Krisen, Unaufmerksamkeit aufgrund Übernächtigung) überhaupt die fragliche Aufgabe übernommen bzw. Arbeit durchgeführt hat. Auch wird in vielen derartigen Fällen eine Haftung des Geschäftsherrn nach § 1195 (1) E 1 in Betracht kommen oder sogar eine verschuldensunabhängige Haftung nach §§ 1196 ff.

Gleichwohl bleibt die grundsätzliche rechtspolitische Frage zu entscheiden. Angesichts des dichten Netzes von Haftungsnormen, die dem Verletzten Ersatzansprüche geben, ist es m.E.

durchaus vertretbar, (anders als im deutschen Recht) den Schadensverursacher nur für echtes Verschulden, d.h. für Verletzung der "subjektiven" Sorgfalt haften zu lassen, also § 1179 (2) so, wie er gefaßt ist, stehen zu lassen.

Unklar sind die (nur) in E II aufgenommenen Definitionen der groben Fahrlässigkeit und des Vorsatzes. Eine Definition der "groben Fahrlässigkeit" sollte entweder in einem allgemeinen Teil erfolgen oder dort, wo es auf die grobe Fahrlässigkeit ankommt, wo also nur für grobe und nicht für sonstige Fahrlässigkeit gehaftet wird. Eine Definition des Vorsatzes ist hier sinnvoll, falls - entsprechend meinem Vorschlag - in § 1179 (1) hinter dem Wort schuldhaft die beiden Schuldformen "vorsätzlich oder fahrlässig" eingefügt werden. Allerdings sollte dann nicht wie in der deutschen Übersetzung die mißverständliche Formulierung "Wünschen der Folge" verwendet werden, sondern auf die willentliche Herbeiführung oder billigende In-Kaufnahme des Erfolgs abgestellt werden.

4. Haftung Minderjähriger und anderer, nur vermindert deliktfähiger Personen

§ 1180. Schädigung durch eine jüngere als 14-jährige Person

Wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, haftet nicht für sein rechtswidriges Verhalten, wenn dies im Hinblick auf sein Alter, seine Entwicklung, die Art der Tat, die wirtschaftlichen Verhältnisse, darunter ein vorhandener oder im Verkehr erwarteter Versicherungsschutz der Beteiligten und die übrigen Umstände des Einzelfalls darunter der Billigkeit entspricht.

§1181. Schädigung unter Einwirkung von Störungen

Die Bestimmungen des § 1180 finden Anwendung auch auf die Haftung von einer 14-jährigen oder älteren Person verursachten Schaden, welche den Schaden unter Einwirkung einer körperlichen oder geistigen Störung herbeigeführt hat. Vorübergehende Störungen, die auf berauschende Mittel zurückzuführen sind, bleiben für die Verpflichtung zum Schadenersatz außer Betracht, sofern nicht der Gestörte ohne Verschulden in seinen Zustand geraten ist.

a) Die Festsetzung des für die Deliktstfähigkeit maßgebenden Alters in § 1180 ist eine rechtspolitische Entscheidung, zu der hier nicht Stellung zu nehmen ist. Die Vorschrift läßt auch ein Kind unter 14 Jahren haften, wenn dies einerseits aufgrund seiner Verschuldensfähigkeit (Alter, Entwicklung und Art der Tat), andererseits angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse "der Billigkeit entspricht". Elemente einer Verschuldenshaftung und einer reinen Billigkeitshaftung werden also kombiniert. M.E. ist zu überlegen, die beiden Zurechnungsgründe, die ja rechtsethisch ganz verschieden liegen, zu trennen, d.h. das Kind haften zu lassen, wenn es

aa) entweder aufgrund seines Alters, seiner Entwicklung und der Art der Tat bereits die Einsichtsfähigkeit hatte, das Unrechtmäßige seines Verhaltens einzusehen, oder

bb) wenn aufgrund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse eine Haftung der Billigkeit entspricht.

Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen wird auch ein Versicherungsschutz der Beteiligten berücksichtigt. Auch das ist eine rechtspolitische Entscheidung, die hinzunehmen ist. Versicherer

weisen immer wieder darauf hin, daß Versicherung vor Haftung **schützen**, nicht aber Haftung bewirken soll. Mit anderen Worten: Haftung muß zunächst geprüft und gegeben sein, bevor Versicherungsschutz eingreift. Aber man kann das auch anders bewerten, und im deutschen Recht wird jedenfalls eine Pflichtversicherung bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schädigers, der sonst nicht haften würde, mit auf die Waagschale gelegt. Es ist auch angemessen, einen Versicherungsschutz des Opfers (wie im Entwurf) zu berücksichtigen, da dann das wichtigste Anliegen des Schadensrechtes, dem Opfer Ersatz zu verschaffen, bereits erreicht ist. Allerdings hängt diese Frage auch davon ab, ob und wie man der Versicherung Regreß gegen den Schädiger eröffnet.

In der Formulierung "... haftet nicht für sein rechtswidriges Verhalten" halte ich freilich die Worte "für sein rechtswidriges Verhalten" für überflüssig, denn auch für den Minderjährigen muß natürlich der volle Haftungstatbestand, also ein rechtswidriges Verhalten, das zum Schaden geführt hat, gegeben sein.

b) Bei § 1181 E I ist m.E. in der deutschen Übersetzung im letzten Satz das Wort "nicht" überflüssig: Wer im Zustand vorübergehender Störung, die auf ein berauschendes Mittel zurückzuführen ist, einen Schaden verursacht hat, haftet nicht, sofern er ohne Verschulden in diesen Zustand geraten ist.

5. Schädigung durch mehrere Personen

§ 1182. Schädigung durch mehrere gemeinsam

Haben mehrere gemeinsam den rechtswidrigen Schaden herbeigeführt oder ist es nicht möglich festzustellen, wer von mehreren Beteiligten durch seine Tätigkeit den Schaden verursacht hat, so haften sie für den Schaden gesamtschuldnerisch. Die Organisatoren, Aufhetzer und Mithelfer der den Schaden verursachten Tat werden den Schädigern gleichgestellt.

Die Vorschrift enthält die Lösung mehrerer Sachfragen, die vielleicht deutlicher getrennt werden sollten.

a) Zunächst geht es um gemeinschaftlich handelnde Täter ("haben mehrere gemeinsam den ... Schaden herbeigeführt"). Da es bei solchem gemeinschaftlichem Handeln schwierig sein kann, die Verursachung durch die einzelnen Teilnehmer nachzuweisen, muß das gemeinschaftliche Handeln ausreichen, jeden der Teilnehmer als Mitverursacher haftbar zu machen. Voraussetzung ist aber ein gemeinschaftliches Handeln, d.h. auch die rein psychischen Tatbeiträge werden als ursächlich gewertet.

b) Die in § 1182 S. 2 genannten Organisatoren (Hetzer usw.) leisten ebenfalls einen psychischen Tatbeitrag. Um dem Opfer den Nachweis zu ersparen, inwieweit dieser psychische Beitrag wirklich ursächlich geworden ist, muß eine entsprechende Ursächlichkeit unterstellt und deshalb Haftung angenommen werden

c) Eine ganz andere Frage ist aber, wenn mehrere potentielle Täter als Verursacher in Betracht kommen, aber nur einer den Schaden tatsächlich verursacht haben kann. Die mögliche Beweisschwierigkeit für das Opfer, nachzuweisen, wer von den mehreren tatsächlich ursächlich

geworden ist, soll durch den zweiten Halbsatz des ersten Satzes des § 1182 dem Opfer abgenommen werden. Beispiel (aus dem 19. Jahrhundert, d.h. vor Entwicklung ballistischer Methoden) ist der Fall, daß zwei Jäger gleichzeitig geschossen und einen Wanderer verletzt haben, ohne daß festgestellt werden kann, aus welchem Gewehr welchen Jägers die Kugel kam: Fest steht nur, daß einer der beiden Jäger ursächlich gewesen sein muß. Zu dieser Regel möchte ich zwei Vorschläge machen:

aa) Zunächst würde ich den Fall der fehlenden Beweisbarkeit der Ursächlichkeit mehrerer Beteiligten als besonderen Absatz anfügen.

bb) Eine solche Beweislast erleichterung hinsichtlich der Ursächlichkeit darf zur Haftung nur führen, wenn alle anderen Voraussetzungen einer Haftung gegeben sind, also insbesondere schuldhaftes Verhalten der in Betracht kommenden Verursacher.

Beispiel: Bei einem Verkehrsunfall, an dem zwei Kraftfahrzeuge beteiligt waren, ist ein Fahrradfahrer zu Schaden gekommen. Es läßt sich nicht mehr feststellen, welches der beiden Fahrzeuge den Fahrradfahrer berührt hat. Kraftfahrer A hat sich verkehrswidrig verhalten, Kraftfahrer B völlig schuldlos und verkehrsgerecht. Es ist deutlich, daß B nicht etwa aufgrund der Vermutung, daß er mitursächlich gewesen sein könnte, haften kann.

Eine entsprechende Regel - vielleicht als Absatz 2 zu § 1182 - könnte deshalb lauten:

“Kommen mehrere Beteiligte als Schadensverursacher in Betracht und kann der Verletzte nicht beweisen, welcher der Beteiligten den Schaden verursacht hat, so haften sie nach Abs. 1, falls jeder von ihnen bei nachgewiesener Verursachung haften würde.”

Diese Ursachenvermutung, die sich im deutschen BGB in § 830 I 2 BGB findet, kann noch ein weiteres Problem auslösen: Bei Massenschäden, für die mehrere Verursacher in Betracht kommen, kann der Gesamtschaden, für den an sich jeder in Haftung genommen werden könnte, größer sein als der Ursachenbeitrag der einzelnen Beteiligten ausmachen kann.

Beispiel: Die Pharmahersteller A, B und C haben einen Wirkstoff für Beruhigungsmittel hergestellt und an andere Firmen, die entsprechende Medikamente mit diesem Wirkstoff produzieren, verkauft. Der Wirkstoff hat bei einer Million Menschen Nervenschäden verursacht. Es ist nicht mehr festzustellen, ob die Opfer Medikamente eingenommen haben, in denen der Wirkstoff der Firma A, der Firma B oder der Firma C enthalten war. Nach der hier vorgeschlagenen Haftungsnorm könnten jedes der Opfer, also eine Million Verletzte, sich an eine der drei Firmen halten, da für jede die Ursächlichkeit vermutet und gesamtschuldnerische Haftung geregelt ist. Wenn nun aber die Firma A überhaupt nur so viel Wirkstoff geliefert, daß insgesamt nur 300.000 Personen durch den Wirkstoff der Firma A verletzt worden sein konnten, dann würde eine gesamtschuldnerische Haftung gegenüber allen schlicht zu weit gehen. In den USA hat man deshalb in solchen Fällen die Haftung auf den jeweiligen Marktanteil beschränkt. Zu überlegen ist, ob für solche Massenschäden eine Zusatznorm aufgenommen werden soll oder darauf vertraut werden kann, daß die Gerichte den vorgeschlagenen § 1182 Abs. 2 entsprechend einschränken. Eine Zusatznorm könnte wie folgt aussehen: “Bei Massenschäden haftet jeder der Gesamtschuldner nur in Höhe des Schadens, den er bei nachgewiesener Verursachung verursacht haben könnte; bei einer Vielzahl von Opfern gilt das auch für die Zahl der anspruchsberechtigten Personen.” Bei Massenschäden ist eine Minderung der Haftung dessen, der den notwendig nur einen Teil des Schadens verursacht haben kann, aber auch

entsprechend § 1210 (2) zu erwägen.

6. Duldungspflicht und Aufopferungsanspruch

§ 1183. Beschränkungen des Verbots der schädlichen Tätigkeit

(1) Das Gericht kann den Anspruch zum Verhängen des Verbots über ein rechtswidriges Verhalten zurückweisen, wenn dieses Verhalten nach billigem Ermessen im zwischenmenschlichen Zusammenleben zu vertragen oder wegen wichtiger gesellschaftlicher Interessen zu dulden ist. Dem Geschädigten steht jedoch das Recht zu, den Schadenersatz nach Bestimmungen dieses Teils zu verlangen.

(2) Das Gericht kann jedoch Verbot über das Verhalten verhängen, wenn der Schädiger seine Verpflichtung zur Entschädigung oder Sicherleistung nicht erfüllt.

Die in § 1183 (1) getroffene Regelung sollte m.E. in Verbindung mit dem in § 1177 (1) S. 2 geregelten Unterlassungsanspruch in einer Sondernorm zusammengefaßt, m.E. sogar in einem besonderen Abschnitt des Teils "widerrechtliche Schädigung" aufgenommen werden. Im einzelnen geht es um drei Punkte:

a) Zunächst kann im Falle einer Verletzung, die zum Schadenersatz verpflichtet, Unterlassung weiterer Schädigungen verlangt werden. Ein solcher Unterlassungsanspruch muß auch schon bestehen, wenn noch keine Schädigung geschehen ist, aber droht. Dies ist die Regelung des § 1177 (1) S. 2, die in einer eigenen Norm als Absatz 1 mit der Überschrift "Unterlassungsanspruch" geregelt werden sollte.

b) Als Ausnahme von dem grundsätzlich bei drohender Schädigung immer möglichen Unterlassungsanspruch (der im Prozeß auch durch einstweilige Verfügungen - injunctions - durchgesetzt werden kann) wäre dann in Abs. 2 die Duldungspflicht zu normieren, die jetzt in § 1183 (1) S. 1 vorgesehen ist.

c) Als Ausgleich für die zu duldende Beeinträchtigung wäre dann der jetzt in § 1183 (1) S. 2 vorgesehene Anspruch zu normieren. Dabei ist zu klären, ob es sich um einen echten Schadenersatzanspruch handeln soll oder nur um eine Entschädigung, die auch geringer als der volle Schadenersatz sein kann. Einzelheiten hängen allerdings von der Ausgestaltung des Schadenersatzrechtes ab.

Beispiel: Die Verwertbarkeit eines Grundstücks wird durch Emissionen einer in der Nachbarschaft liegenden Fabrik (oder eines Bauernhofes: Gerüche!) gemindert. Der Betroffene, der die Fabrik (den Bauernhof) dulden muß, kann Entschädigung für die Wertminderung seines Grundstücks verlangen. Als vollen Schadenersatz könnte er aber auch entgangene Gewinne beanspruchen, weil er ein geplantes Hotel nicht errichten oder nicht mit voller Auslastung betreiben kann.

Als letzter Absatz wäre dann die jetzt in § 1183 (2) vorgesehene Sanktion zu normieren: Kommt der Verursacher (einer zu duldenden Beeinträchtigung) seiner Verpflichtung zur Leistung einer Entschädigung oder einer entsprechenden Sicherheitsleistung nicht nach, dann entfällt die Duldungspflicht und der Betroffene kann wieder Unterlassung verlangen.

7. Widerruf

§ 1184. Widerruf der Auskunft

(1) Haftet eine Person für die Veröffentlichung oder unvollständige Veröffentlichung der Angaben oder für die irreführende Veröffentlichung von faktischen Angaben, so kann das Gericht auf Verlangen des Geschädigten den Widerruf der Angaben oder die Veröffentlichung einer Berichtigung auf Kosten des Schädigers und auf der vom Gericht bestimmten Weise entscheiden.

(2) Die Bestimmungen des Abs. 1 finden Anwendung auch in dem Fall, wenn die Schädigung nicht rechtswidrig gewesen ist, weil die Person, welche die Angaben veröffentlicht hat, die Unrichtigkeit oder Nichtvollständigkeit der Angaben weder kannte noch kennen mußte.

Die im § 1184 E I getroffene Regelung berührt m.E. zwei unterschiedliche Sachfragen:

a) Widerruf falscher oder unvollständiger Angaben sowie die Veröffentlichung einer Berichtigung können Inhalt eines Schadenersatzanspruchs sein, der auf Naturalrestitution, d.h. auf Wiederherstellung des Zustandes vor der schädigenden Handlung gerichtet ist. Insoweit ist zunächst entscheidend, wie das Schadenersatzrecht inhaltlich ausgestaltet wird, ob also überhaupt "Wiederherstellung in Natur" oder primär Geldersatz geschuldet ist. Sehen die Schadenersatzvorschriften eine Wiederherstellung in Natur vor, so könnte dort eine klarstellende Ergänzung angefügt werden, daß im Falle der schädigenden Veröffentlichung unrichtiger oder unvollständiger Angaben Wiederherstellung in Natur auch durch öffentliche Richtigstellung auf Kosten des Schädigers verlangt werden kann.

b) § 1184 (2) regelt dagegen - soweit ich ihn in der Übersetzung richtig verstehe - einen anderen Fall: Eine Schadenshaftung - und damit eine Wiederherstellung in Natur durch Widerruf - kommt an sich nicht in Betracht, weil der Schädiger nicht schuldhaft gehandelt hat. Gleichwohl muß eine Beseitigung der fortwirkenden Beeinträchtigung möglich sein. Deshalb ist zu § 1184 (2) folgendes zu überlegen:

aa) Beseitigung fortwirkender Störungen sollte nicht nur für den Fall falscher, unvollständiger oder irreführender Veröffentlichungen, sondern schlechthin bei fortwirkender Beeinträchtigung aller nach §§ 1177, 1178 geschützten Rechte und Interessen möglich sein. Auch eine fortwirkende Eigentumsbeeinträchtigung, eine fortwirkende Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts, eine fortwirkende Beeinträchtigung durch Verletzung eines Schutzgesetzes usw. sollte eine Beseitigungsanspruch auslösen, auch wenn der "Schädiger" mangels Verschulden nicht auf Schadenersatz haftbar gemacht werden kann. Ein solcher Beseitigungsanspruch sollte aber wieder (wie schon der Unterlassungsanspruch, s. oben sub 6 a und Vorbemerkung Nr. 3) in einer eigenen Norm, vielleicht sogar in einem eigenen Abschnitt des Teils "widerrechtliche Schädigung" eingestellt werden

bb) Fraglich - vielleicht auch nur aufgrund der Übersetzung mißverständlich - ist die jetzt in § 1184 (2) für den Widerrufsanspruch vorgesehene Möglichkeit, daß er nicht nur bei fehlendem Verschulden (Unkenntnis der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit), sondern auch bei Rechtmäßigkeit verlangt werden kann ("... auch in dem Fall, wenn die Schädigung nicht rechtswidrig gewesen ist"). M.E. werden hier Rechtswidrigkeit und Schuld unzulässigerweise gleichgesetzt. Ein Schadenersatzanspruch kann ausscheiden, weil der Schädiger die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit seiner öffentlichen Angaben weder kannte noch kennen mußte und

deshalb nicht fahrlässig im Sinne des § 1179 (2) handelte. Damit ist aber noch nichts über die Rechtswidrigkeit gesagt, die im Falle fehlenden Verschuldens unberührt bleibt. Die Erwähnung, daß “die Schädigung nicht rechtswidrig gewesen ist”, kann aber auch noch das Mißverständnis auslösen, daß der Widerrufsanspruch sogar bei rechtmäßigen, wenn auch unrichtigen oder unvollständigen Veröffentlichungen gegeben ist. Das wäre sicher falsch: Erlaubt ein Schauspieler einer Zeitschrift die Veröffentlichung einer falschen (teilweise geschönten) Biographie, dann ist diese Veröffentlichung rechtmäßig und kann weder mit Schadenersatz- noch Widerrufsansprüchen - falls der Schauspieler es sich anders überlegt hat - sanktioniert werden.

c) Zu überlegen ist, ob nicht ohnehin eine spezielle Regelung eines presserechtlichen Gendarstellungsanspruchs unternommen werden soll, für den aber zunächst zu prüfen wäre, ob er in das Schuldrecht oder in eine spezielle Regelung des Medienrechts gehört.

8. Schädigung von immateriellen Rechten

§§ 1185. Ehrenverletzung

Eine Person kann die Unterlassung der Ehrenverletzung, den Widerruf der ihre Ehre verletzenden Angaben und den Ersatz des durch die Ehrenverletzung verursachten Schadens verlangen, soweit nicht der Verletzer beweist, daß die Angaben der Wirklichkeit entsprechen.

§ 1186. Schutz des Privatlebens

(1) Eine Person kann das Unterlassen der Verletzung der Unversehrtheit seines Privatlebens und den Einsatz des dadurch verursachten Schadens verlangen.

(2) Als Verletzung der Unversehrtheit des Privatlebens gilt gegen den Willen der Person und ohne rechtlichen Grund

- 1) Eindringen in den Wohnraum der Person und Aufenthalt auf dem Grundstück;
- 2) Durchsuchung der Person und der in ihrem Besitz befindlichen Sachen;
- 3) Geheimnisverletzung der von der Person oder ihr per Post oder Telegraph oder sonstige allgemeingebräuchliche Weise weiterzuleitenden Angaben, ebenso die Benutzung von Manuskripten, Briefwechsel, Notizen und sonstigen höchstpersönlichen Urkunden oder Angaben;
- 4) Erhaltung der Informationen durch Kommunikationsmittel der Person oder die Unterbrechung des Betriebs von diesen;
- 5) reguläre Beobachtung des Privatlebens der Person;
- 6) Angabensammlung über das Privatleben der Person;
- 7) Schädigung des Privatlebens in sonstiger Weise.

§ 1187. Schutz des Namens der Person

Eine Person, deren Interessen durch die Anwendung ihres Namens oder seines öffentlichen Pseudonyms beeinträchtigt worden sind, kann die Unterlassung der unberechtigten Anwendung des Namens und den Ersatz des dadurch ihr verursachten Schadens verlangen.

§ 1188. Schutz von sonstigen immateriellen Rechten

Eine Person kann die Unterlassung der rechtswidrigen Verletzung der in §§ 1185-1187 nicht genannten immateriellen Rechte und den Ersatz des dadurch verursachten Schadens verlangen.

Der zweite Abschnitt enthält in §§ 1185-1188 E I (teilweise abweichend von E II) eine Regelung der Verletzung des sog. Persönlichkeitsrechts in seinen verschiedenen Ausprägungen (Ehre, Privatsphäre und Name), die teilweise schon in §§ 1177, 1178 und 1184 (1) miterfaßt sind (noch deutlicher in E II, wo in § 1178 (1) das Persönlichkeitsrecht mitgenannt ist). M.E. ist aus verschiedenen Gründen zu überlegen, ob die Regelung der §§ 1185-1188 E I in der vorliegenden Form benötigt wird:

a) Ehre, Privatleben, Name und sonstige Details bzw. Ausprägungen des Persönlichkeitsrechts sind m.E. gegen schädigende Verletzungen bereits nach §§ 1177, 1178 geschützt, da das Persönlichkeitsrecht in seinen Ausprägungen jedenfalls zu dem "Recht einer Person" gehört, dessen Verletzungen einen dadurch ausgelösten Schaden rechtswidrig macht. Die §§ 1185-1188 setzen das offenbar voraus und regeln zum einen einen Unterlassungsanspruch, zum anderen einen Beseitigungsanspruch ("Widerruf") und entsprechende Grenzen dieser Ansprüche ("wenn Angaben der Wirklichkeit entsprechen"). Wenn jedoch - wie oben sub 6 a und 7 b)aa) vorgeschlagen - Beseitigungsanspruch und Unterlassungsanspruch in eine gesonderte Vorschrift, besser sogar in einem besonderen Abschnitt eingestellt werden, dann könnten die dort geregelten Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche auch die Fälle der Ehrverletzung, der Beeinträchtigung des Privatlebens und der Verletzung des Namens sowie nicht genannter immaterieller Rechte umfassen. Zur Verdeutlichung könnte man diesen Normen noch Absätze anfügen, die etwa lauten:

"Unterlassungen können insbesondere bei Verletzung des Persönlichkeitsrechts durch Ehrverletzung, Verletzung der Privatsphäre oder Namens einer Person verlangt werden." Ebenso könnte beim Beseitigungsanspruch angefügt werden, daß Beseitigung auch durch Widerruf ehrverletzender Behauptungen verlangt werden kann.

b) Soweit die §§ 1185-1188 noch einmal einen Schadenersatzanspruch gewähren, wäre er - wie erwähnt - durch die Grundnormen abgedeckt, falls klargestellt würde, daß das Persönlichkeitsrecht in seinen verschiedenen Ausprägungen in §§ 1177, 1178 miterfaßt ist.

c) Zu prüfen bleiben die ebenfalls in den §§ 1185 ff. geregelten Ausnahmen vom Unterlassungs- und Schadenersatzanspruch:

aa) Die Richtigkeit ehrverletzender Tatsachenbehauptungen sollte ein Rechtfertigungsgrund sein, der sowohl Unterlassungs- als auch Beseitigungsansprüche (Widerruf) sowie Ansprüche auf Schadenersatz ausschließt. M.E. läßt sich das durch eine Ergänzung des §§ 1178 (1) durch Hinzufügung einer Nr. 5 erreichen:

"im Falle ehrverletzender Tatsachenbehauptungen der Verletzer die Richtigkeit seiner Angaben beweist."

bb) Die in § 1186 (2) geregelten Rechtfertigungsgründe werden m.E. bereits durch § 1178 abgedeckt: "... gegen den Willen der Person" entspricht § 1178 (1) Nr. 2 (die geschädigte Person hat eingewilligt), "ohne rechtlichen Grund" entspricht den anderen Rechtfertigungsgründen in § 1178 (1).

cc) Die Aufzählung der Verletzungsmodalitäten hinsichtlich der Privatsphäre in § 1186 (2) gehört m.E. nicht in den Gesetzestext, sondern sollte in einem offiziellen Kommentar der Verfasser (des Justizministeriums) zu § 1178 als Erläuterung der Verletzung des Persönlichkeitsrechts aufgenommen werden. Das gleiche gilt für den Namen einer Person. Wenn man das für zu schwach hält, könnte § 1178 (1) hinter den Worten "... Verletzung eines absoluten Rechts einer Person" einfügen: "insbesondere auch des Persönlichkeitsrechts, der Ehre, des Privatlebens und des Namens einer Person ...".

dd) Persönlichkeitsverletzende Werturteile müssen durch Meinungs- und Pressefreiheit "gedeckt", d.h. gerechtfertigt sein. Eine Rechtfertigung durch den Nachweis der Richtigkeit ehrverletzender Behauptungen oder die Rechtfertigung von Werturteilen durch die Pressefreiheit sollte aber ausscheiden, soweit und wenn sie in formal beleidigender Form geäußert werden: Es ist - bei Nachweis der Richtigkeit - gerechtfertigt zu verbreiten, daß ein Politiker Bestechungsgelder genommen hat. Es sollte aber gleichwohl nicht zulässig sein, ihn "ein korruptes Schwein" zu nennen. Auch muß die Rechtfertigung durch Nachweis der Richtigkeit oder In-Anspruchnahme der Meinungs- und Pressefreiheit dort ihre Grenze haben, wo das Interesse an Geheimhaltung der Privatsphäre das Informationsinteresse der Öffentlichkeit überwiegt: Das Verhältnis eines Politikers mit einer Praktikantin sollte seine Privatsache sein. Die Öffentlichkeit hätte ein legitimes Interesse an Information nur dann, wenn die Praktikantin - z.B. - eine russische Spionin war.

Diese schwierigen Abwägungsfragen können aber nicht gesetzlich festgeschrieben werden; sie müssen von Fall zu Fall beantwortet werden.

9. Schädigung wirtschaftlicher Interessen

§ 1189. Veröffentlichung von wirtschaftlich nachteiligen Tatsachen

Wer eine einem anderen wirtschaftlich nachteilige Tatsache veröffentlicht oder verbreitet, ist ihm zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet, wenn er nicht beweist, daß die Tatsache der Wahrheit entspricht oder die Person, welche die Tatsache veröffentlicht oder verbreitet hat, oder die Person, wenn die Tatsache veröffentlicht oder verbreitet wurde, für dies ein berechtigtes Interesse haben und die Person, welche die Tatsache veröffentlicht oder verbreitet hat, die Tatsache mit der Gründlichkeit nachgeforscht hat, welche der Schwere der drohenden Beeinträchtigung entspricht.

§ 1190. Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung der Auskunft

Eine Person, die Auskunft über Waren und Dienstleistungen veröffentlicht oder die Veröffentlichung verursacht, welche sie oder die Person, für welche sie tätig ist, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen oder beruflichen Tätigkeit anbietet, handelt rechtswidrig, wenn diese Auskunft zu einem oder mehreren Teilen irreführend ist, insbesondere, wenn sich die Auskunft auf folgendes bezieht:

- 1) Beschaffenheit, Bestand, Menge, Qualität, Merkmale oder Gebrauchsmöglichkeiten von Waren oder Dienstleistungen;
- 2) Herkunft, Art und Weise der Herstellung von Waren oder Dienstleistungen;
- 3) Umfang der Lieferung von Waren und Dienstleistungen;
- 4) Preis von Waren und Dienstleistungen oder die Berechnungsmethode des Preises;
- 5) Gründe und Ziel des Sonderangebots;
- 6) den Personen erteilte Auszeichnungen, Zeugnisse oder Beurteilungen und Erklärungen

über sie oder gebrauchte wissenschaftliche oder berufliche Fachausdrücke, technische Resultate oder statistische Angaben:

- 7) Bedingungen, unter welchen Waren geliefert, Dienste oder Zahlungen geleistet werden;
- 8) Umfang, Inhalt und Dauer der Garantie;
- 9) Person, von der oder unter deren Leitung, Aufsicht oder Mithilfe Waren hergestellt oder Dienstleistungen bewirkt werden;
- 10) Vergleich mit anderen Waren oder Dienstleistungen.

§ 1191. Beweislast und Schadensersatz

(1) Wird gemäß § 1190 Anspruch gegen die Person geltend gemacht, welche den Inhalt und die Erteilung der Auskunft ganz oder zum Teil bestimmt oder verursacht hat, so trägt diese Person die Beweislast für die Richtigkeit und Völligkeit von in dieser Auskunft enthaltenen oder daraus folgenden Umständen, worauf sich der vermutlich irreführende Charakter der Auskunft gründet, es sei denn, daß solche Verteilung der Beweislast nicht angemessen ist.

(2) Hat die Person, welche den Inhalt und die Erteilung der Auskunft ganz oder zum Teil bestimmt oder verursacht hat, den Schaden rechtswidrig herbeigeführt, so haftet diese Person für den dadurch verursachten Schaden, ausgenommen, daß sie beweist, daß der Schaden nicht auf ihrem Verschulden beruht.

§ 1192. Widerruf der irreführenden Auskunft

(1) Hat eine Person einem anderen durch die Veröffentlichung oder die Verursachung der Veröffentlichung der in § 1190 genannten Auskunft Schaden zugefügt oder kann sie mit Wahrscheinlichkeit tun, so kann das Gericht nicht nur über die Veröffentlichung oder die Verursachung der Veröffentlichung ein Verbot verhängen, sondern auch den öffentlichen Widerruf unter den vom Gericht bestimmten Bedingungen bestimmen.

(2) Die in Abs. 1 genannten Ansprüche kann außer dem Geschädigten auch ein Verband geltend machen, dessen Ziel der Schutz der wirtschaftlichen oder beruflichen Interessen der Personen oder Verbraucher ist, oder eine sonstige Person im Fall, daß die Auskunft nach billigem Ermessen als mit dem Ziel verbunden angesehen werden kann, welches sie verfolgt und die Veröffentlichung der Auskunft dieses Ziel beeinflusst oder mit Wahrscheinlichkeit beeinflussen wird.

§ 1193. Sonstiger wirtschaftlicher Schaden

Eine Person, die sich schuldhaft verhält, ist zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens insoweit verpflichtet, als sie den Umfang des Schadens hätte vorhersehen müssen, wenn sie:

- 1) über die Vermögenslage einer Person eine unwahre oder eine fehlerhafte Auskunft erteilt oder diese trotz neuer Erkenntnisse nicht berichtigt, obwohl sie infolge ihrer beruflichen Tätigkeit eine besondere Vertrauensstellung genießt und dieses Vertrauen von dem Empfänger in Anspruch genommen werden darf;
- 2) durch eine unberechtigte Drohung, durch tatsächliche Störungen des Vertriebs, durch einen unerlaubten Boykott, Streik, eine Demonstration oder sonst in rechtswidriger Weise in die freie unternehmerische Entfaltung eines anderen unmittelbar eingreift und dadurch den Geschäftsbetrieb des anderen ganz oder teilweise zum Erliegen bringt;
- 3) das berufliche oder geschäftliche Ansehen eines anderen durch unangemessene Werturteile herabwürdigt.

Im dritten Abschnitt werden eine Reihe von Einzelbestimmungen formuliert, die den Schutz reiner Vermögensinteressen bewirken sollen. Dazu wären eine Reihe von Fragen mit den Verfassern des Entwurfs zu erörtern, da die Lektüre der deutschen Übersetzung des Entwurfs-

Textes allein nicht ausreicht, bestimmte Zweifel auszuräumen.

a) Die in § 1192 vorgesehene Möglichkeit eines öffentlichen Widerrufs wirft zwei Fragen auf:

aa) Zunächst ist für die Abgrenzung zu §§ 1184 folgendes fraglich (insoweit kann ein Übersetzungsproblem vorliegen): Wenn nach § 1184 (1) die "irreführende Veröffentlichung von faktischen Angaben" als Haftungstatbestand genannt ist, in §§ 1189 die "Veröffentlichung wirtschaftlich nachteiliger Tatsachen" (die unwahr sein müssen wie in § 1184!), dann überschneiden sich beide Vorschriften zumindestens teilweise. Neu ist in § 1189, daß ein Rechtfertigungsgrund des "berechtigten Interesses" gegeben sein kann. Dieser Rechtfertigungsgrund müßte aber auch bei der irreführenden Veröffentlichung i.S. des § 1184 sowie bei § 1185 (ehrverletzende Behauptungen durch einen Anwalt im Prozeß) wirken können.

bb) Trotz der teilweisen Überschneidung ist das Schuldthema und die entsprechende Entlastung verschieden formuliert: Während bei § 1184 entschuldigt (wird), daß bei der Veröffentlichung der Schadensverursacher "Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben weder kannte noch kennen mußte", entlastet nach § 1189 bereits "gründliche Nachforschung". Ist "gründliche Nachforschung" gleichbedeutend damit, daß der Veröffentlichende die Unrichtigkeit nicht kennen mußte (im Sinne des § 1184 (2) am Ende)?

cc) § 1192 gibt dem Betroffenen einen Anspruch auf Widerruf einer irreführenden Auskunft sowie einen Unterlassungsanspruch. Hier gilt das gleiche wie oben zu § 1184 ausgeführt (der sich teilweise mit § 1192 deckt): Unterlassungsansprüche und Ansprüche auf Beseitigung einer fortwirkenden Beeinträchtigung sollten in einer besonderen Norm, eventuell in einem besonderen Abschnitt zusammen geregelt werden. Widerruf kann allerdings auch als "Wiederherstellung in Natur", d.h. als Inhalt eines Schadenersatzanspruchs verlangt werden, wenn die allgemeinen Regeln über den Inhalt eines Schadenersatzanspruchs eine solche restitutio ad integrum vorsehen.

dd) Neu ist das Verbandsklagerecht in § 1192 (2). Es wäre bei einer Sonderregelung für Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche dort anzufügen mit der Einschränkung auf die in § 1152 (2) genannten Fälle.

b) Die in § 1190 geregelte Auskunftshaftung ist an sich neben der generalklauselartigen Fassung des Grundtatbestandes der Haftung in § 1177 (1) S. 1 in Verbindung mit § 1178 überflüssig, wenn man eine gesetzliche Pflicht im Sinne des § 1178 (1) normiert bzw. aus §§ 1184, 1189 entnimmt, keine falschen Auskünfte über Waren und Dienstleistungen zu veröffentlichen bzw. entsprechende Veröffentlichungen zu verursachen. Unabhängig davon begegnet aber der § 1190 und die Erweiterung der Haftung in § 1191 auf den Veranlasser der Auskunft Bedenken:

aa) Wer Auskünfte über Waren- und Dienstleistungen veröffentlicht oder die Veröffentlichung verursacht, haftet - so verstehe ich den Zusammenhang der Vorschriften - nach §§ 1177-1179, wobei § 1190 nur die Rechtswidrigkeitsregelung in § 1178 ergänzt. Dazu reicht, wie oben erwähnt, die Regelung der §§ 1184, 1189. Es muß aber jedenfalls auch Verschulden im Sinne des § 1179 vorliegen, daß der Geschädigte zu beweisen hat. Für den "Hintermann" gilt jedoch eine Verschuldensvermutung, § 1191 (2), so daß er sich nur entlasten kann, wenn er nachweist, daß der Schaden nicht auf seinem Verschulden beruht. Weshalb werden derjenige, der veröffentlicht

hat, und derjenige, der Inhalt und Erteilung des Auskunft bestimmt oder verursacht hat, insoweit unterschiedlich behandelt?

bb) Die Aufzählung der Informationsfehler in § 1190 ist gesetzestechisch m.E. unnötig und gehört in einen offiziellen Verfasserkommentar, zumal es sich ja ohnehin nur um Beispiele handeln soll ("insbesondere").

cc) M.E. kann die Haftung für irreführende Auskünfte aber auch zu weit gehen. Soll wirklich jede Person, die durch eine solche Auskunft irregeführt ist und falsche Vermögensdispositionen trifft, einen Schadenersatzanspruch haben? Soll etwa eine Zeitung, die über bestimmte Eigenschaften eines bestimmten Automobils - etwa den Benzinverbrauch - falsche Angaben des Herstellers veröffentlicht, jedem Käufer des Wagens auf Schadenersatz in Höhe des Mehrverbrauchs von Benzin haftbar sein?

dd) Wie verhält sich die Auskunftshaftung zu den speziellen Gewährleistungshaftungen des Kaufrechts und anderer Vertragstypen? Soll die Auskunftshaftung des Warenherstellers, der irreführende Informationen über seine Produkte veröffentlicht, neben die kaufrechtliche Haftung des Endverkäufers treten, oder gilt hier die Konkurrenzregel des § 1177 (4) auch zugunsten des Herstellers, der ja seinerseits einen Kaufvertrag mit dem Wiederverkäufer hat? In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die z.Zt. in Arbeit befindliche Verbraucherkaufrichtlinie in einem Punkt zwischen Europäischem Parlament und Kommission außerordentlich streitig ist: Inwieweit soll der Hersteller für seine Werbeangaben einstehen? M.E. ist die endgültige Fassung der Verbraucherrichtlinie zu berücksichtigen, bevor die Endfassung des § 1190 formuliert wird.

c) § 1193 faßt verschiedene Sachfragen zusammen:

aa) Die Haftung für falsche Auskünfte über die Vermögenslage einer anderen Person (sowie Unterlassen gebotener Berichtigung) regelt die Auskunftshaftung unabhängig von einer vertraglichen Verpflichtung zur richtigen Auskunft. Das ist sinnvoll. Die Schwierigkeit, den Kreis der geschützten Personen einzugrenzen, wird durch die Formel des Vertrauens, das von dem Empfänger in Anspruch genommen werden darf, zu erreichen versucht. Zu erwägen ist, eine weitere Eingrenzung einzufügen (oder im offiziellen Kommentar zu verdeutlichen): Die Auskunft muß für den Empfänger bestimmt oder doch so abgegeben worden sein, daß (nur) bestimmte Empfänger als geschützte Nutzer der Auskunft in Betracht kommen.

bb) Ziff. 3 könnte m.E. bereits durch § 1178 (1) erfaßt sein, wenn man "unangemessene Werturteile" entweder bereits als "gegen die guten Sitten verstoßend" oder jedenfalls gegen die im Strafgesetzbuch möglicherweise festgeschriebenen gesetzlichen Pflichten gegen derartige Beleidigungen erfaßt sieht.

cc) Die in Nr. 2 geregelte Beeinträchtigung eines Geschäftsbetriebs ist m.E. gut gelungen. Allenfalls wäre noch ein gewisses Zeitmoment zu berücksichtigen, also zu formulieren "... den Geschäftsbetrieb des anderen ganz oder teilweise für *eine nicht unerhebliche Zeit* zum Erliegen bringt.

10. Haftung für andere Personen

§ 1194. Haftung für Kinder und für unter Betreuung stehende Personen

- (1) Für den durch das Verhalten eines jüngeren als 14-jährigen Kindes einem anderen zugefügten Schaden haften seine Eltern (Annehmende) oder Vormünder unabhängig des Verschuldens, wenn die Schädigung im übrigen als dem Alter des Kindes gesetzeswidrig gewesen ist.
- (2) Für den durch das Verhalten eines 14-16-jährigen Kindes einem anderen zugefügten Schaden haften seine Eltern (Annehmende) oder Vormünder, ausgenommen, daß sie beweisen, daß niemand ihnen etwas hinsichtlich der Abwendung des Verhaltens des Kindes vorwerfen kann.
- (3) Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2 finden Anwendung auch in Bezug auf Personen, welche die Verpflichtung Aufsicht über das Kind auszuführen vertraglich übernommen haben.
- (4) Im Verhältnis des Kindes und der Eltern (Annehmenden), Vormünder oder in Abs. 3 genannten Personen zueinander sind nur Eltern (Annehmende), Vormünder oder in Abs. 3 genannten Personen haftpflichtig.
- (5) Die Bestimmungen der Abs. 1-4 finden Anwendung auch auf Verhältnis wegen geistiger Mängel unter Betreuung stehender beschränkt geschäftsfähiger Personen und ihrer Betreuer zueinander.

§ 1195. Haftung für Arbeiter und Angestellte

- (1) Wird der Schaden rechtswidrig durch einen Arbeiter, Angestellten oder Beauftragten verursacht, so haftet für diesen Schaden der Arbeitgeber oder Auftraggeber, wenn der Schaden in Verbindung mit der Vertragserfüllung herbeigeführt wurde oder wenn infolge der Vertragserfüllung die Gefahr der Schädigung entstanden ist und wenn der Arbeitgeber oder der Auftraggeber entsprechend dem Rechtsverhältnis zwischen ihm und dem Schädiger Kontrolle über das schädigende Verhalten hatte.
- (2) Handelte der Arbeiter oder Beauftragte nicht im wirtschaftlichen oder beruflichen Bereich dieses Arbeitgebers oder Auftraggebers, so haftet der Arbeitgeber und Auftraggeber, soweit er eine natürliche Person ist, nur im Fall, wenn der Arbeiter oder Beauftragte den Schaden bei der Erfüllung einer Verpflichtung herbeigeführt hat, die Ausführung, welcher ihm befohlen war.
- (3) Haften für den Schaden sowohl der Arbeitgeber oder Auftraggeber als auch der Arbeiter oder Beauftragte, so ist in ihrem Verhältnis zueinander nur der Arbeitgeber oder der Auftraggeber zum Schadensersatz verpflichtet, es sei denn, daß der Schaden durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Arbeiters, Angestellten oder Beauftragten verursacht wurde oder der Ersatz des Schadens durch den Arbeiter, Angestellten oder Beauftragten unter Berücksichtigung von Umständen angemessen ist.

a) § 1194 E 1 regelt in Abs. 1 zunächst eine verschuldensunabhängige Haftung der Aufsichtspersonen (Eltern oder Vormünder, aber auch vertraglich zur Aufsicht verpflichtete Personen, Abs. 3), falls Kinder, die jünger als 14 Jahre sind, einen Schaden zugefügt haben. Die Übersetzung ist nicht ganz klar, doch kann der Text so verstanden werden, daß die Schädigung durch das Kind rechtswidrig gewesen sein muß. Die Vorschrift ist abgestimmt auf § 1180, so daß auch eine Haftung des Kindes neben den Aufsichtspersonen in Betracht kommt; hierzu regelt Abs. 4 den Ausgleich im Innenverhältnis. Die Vorschrift ist sinnvoll, allerdings auch sehr streng (das deutsche Recht läßt z.B. Entlastung durch den Nachweis, daß die Kinder mit der erforderlichen Sorgfalt beaufsichtigt worden sind, zu). Die scharfe verschuldensunabhängige Haftung ist aber letztlich eine rechtspolitische Entscheidung, die hier nicht zu kritisieren ist. Sie macht freilich Elternschaft (und Vormundschaft sowie vertragliche übernommene Aufsichtspflicht) zu einem erheblichen Risiko, so daß Eltern und den ihnen gleichstehenden aufsichtspflichtigen Personen nur dringend zu Haftpflichtversicherung geraten werden kann.

b) Für 14-16jährige Kinder wird die Haftung der Eltern auf vermutetes Verschulden gestützt

Das halte ich für sachgerecht.

c) Abs. 5 schreibt vor, daß die Regelung der Aufsichtspersonen in Abs. 1-4 auch auf die Haftung von Betreuern, die wegen geistiger Gebrechen beschränkt geschäftsfähige Personen zu betreuen haben, Anwendung findet. Die Vorschrift ist nicht ganz klar: Die Verweisung sowohl auf Abs. 1 als auch auf Abs. 2 bedeutet einerseits, daß die Betreuer völlig verschuldensunabhängig haften (wie Eltern von jüngeren als 14jährigen Kindern, Abs. 1), andererseits, daß ihnen der Nachweis sorgfältiger Beaufsichtigung entsprechend Abs. 2 bleibt. Soweit durch die Verweisung auf Abs. 1 eine völlig verschuldensunabhängige Haftung der Betreuungspersonen angeordnet wird, gelten die gleichen Bedenken wie zu Abs. 1: Die Haftungsverschärfung ist eine rechtspolitische Entscheidung, bedeutet aber, daß das hohe Haftungsrisiko davon abhalten kann, entsprechende Betreuungen zu übernehmen. Auch hier wäre rechtssoziologisch zu prüfen, ob und inwieweit entsprechende Haftpflichtversicherungen üblich oder vielleicht sogar Voraussetzung für die Übernahme einer Betreuung sind bzw. in Zukunft gemacht werden sollen.

d) Die strikte Haftung für Leute (Arbeiter und Angestellte) in § 1195 ist sachgerecht. Die Übersetzung spricht davon, daß der Schaden "in Verbindung mit der Vertragserfüllung herbeigeführt wurde" - das ist unklar: Gemeint ist offenbar, daß der Arbeiter, Angestellte oder Beauftragte in Ausführung der ihm vertraglich übertragenen Verrichtungen den Schaden verursacht haben muß und nicht etwa außerhalb seine vertraglich übernommenen Tätigkeit. Sollte auch im Original von "Vertragserfüllung" die Rede sein, würde ich anregen, diesen Punkt noch einmal zu überdenken: Eine Haftung für Leute muß auch dann eintreten, wenn der Dienstvertrag ungültig ist. Entscheidend ist, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter, Angestellten oder Beauftragten eine Verrichtung übertragen hat (und Kontrolle über das schädigende Verhalten hatte), die zur Verletzung eines Dritten geführt hat. M.E. könnte sich durch die Verwendung des Begriffs "Übertragung einer Verrichtung" auch die Ergänzung in § 1195 (2) erübrigen.

Die für den Innenausgleich in § 1195 Abs. 3 getroffene Regel halte ich für sachgerecht.

II. Gefährdungshaftung und sonstige Haftung ohne Verschulden

§ 1196. Begriff der Gefährdungshaftung

(1) Wird Schaden dadurch verursacht, daß sich das charakteristische Risiko einer besonders gefährlichen Tätigkeit verwirklicht, so haftet dafür unabhängig des Verschuldens die Person, die diese betreibt, selbst wenn es sich um eine von der Rechtsordnung geduldete Tätigkeit handelt.

(2) Eine Tätigkeit gilt als besonders gefährlich, wenn sie ihrem Wesen nach oder nach der Art der dabei verwendeten Stoffe, Geräte oder Kräfte geeignet ist, auch bei Anwendung aller von einer fachkundigen Person zu erwartenden Sorgfalt häufige oder schwerwiegende Schäden herbeizuführen. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn für ein vergleichbares Risiko bereits ein Gesetz eine spezielle Haftung begründet.

§ 1197. Haftung des Halters eines Transportmittels

(1) Der Halter einer der Beförderung von Personen oder Sachen dienenden motorgetriebenen Transportmittels hat, wenn bei dem Betrieb des Transportmittels ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt wird, dem Verletzten den daraus entstehenden

Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß

- 1) eine beförderte Sache beschädigt wird, es sei denn, daß ein Fahrgast sie an sich trägt oder mit sich führt;
- 2) eine von dem Halter zur Aufbewahrung angenommene Sache beschädigt wird;
- 3) bei dem Betrieb eines Luftfahrzeugs eine beförderte Person getötet oder ihr Körper oder ihre Gesundheit verletzt wird;
- 4) bei dem Betrieb eines Wasserfahrzeugs sonstige Sachen beschädigt werden;
- 5) der Schaden durch höhere Gewalt oder Vorsatz des Geschädigten verursacht ist, es sei denn, daß er bei dem Betrieb eines Luftfahrzeugs entstanden ist.

(2) Benutzt jemand ein Transportmittel bei der Schädigung ohne Wissen und Willen des Halters, so ist er anstelle des Halters zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn die Benutzung des Transportmittels durch sein Verschulden ermöglicht worden ist. Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Benutzer vom Halter für den Betrieb des Transportmittels angestellt ist oder wenn ihm das Transportmittel vom Halter überlassen worden ist.

§ 1198. Haftung für gefährliche Sachen und Anlagen

(1) Geht von einer Anlage wegen der in ihr hergestellten, gelagerten oder beförderten Energien oder feuer- oder explosionsgefährlichen, giftigen oder ätzenden Stoffen eine besondere Gefahr aus, so hat der Inhaber der Anlage, wenn infolge der Verwirklichung der Gefahr ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt wird, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Die gleiche Haftung trifft den Besitzer von Sachen, von denen wegen ihrer feuer- oder explosionsgefährlichen, giftigen oder ätzenden Beschaffenheit eine besondere Gefahr ausgeht.

(2) Geht von einer Anlage oder einer Sache aus anderen als den in Abs. 1 bezeichneten Gründen eine besondere Gefahr aus, so hat der Inhaber der Anlage oder der Besitzer der Sache in gleicher Weise den durch die Verwirklichung der Gefahr entstehenden Schaden zu ersetzen.

(3) Die Ersatzpflicht gemäß Abs. 1 und 2 ist ausgeschlossen, wenn der Schaden innerhalb eines im Besitz des Inhabers der Anlage stehenden Gebäudes oder Grundstücks entstanden ist, außerdem, wenn der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist, es sei denn, daß er auf das Herabfallen von Leitungen, die der Versorgung mit elektrischer Energie dienen, oder auf den Bruch oder eine sonstige Beschädigung von überörtlichen Rohrleitungsanlagen für Öl, Ölprodukte oder Gase zurückzuführen ist.

§ 1199. Ausübung der Eigentümerrechte

Wer bei rechtmäßiger Bewirtschaftung seines Grundstücks, namentlich beim Bauen, dem Nachbarn vorübergehend übermäßige, aber unvermeidliche Nachteile zufügt und dadurch einen erheblichen Schaden verursacht, kann durch Nachbarn auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden.

§ 1200. Haftung des Besitzers eines Gebäudes oder einer sonstigen ähnlichen Sache

(1) Wer ein Gebäude hält, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den dieses infolge Einsturzes, Abtrennung von Teilen oder infolgedessen, daß aus diesem etwas ausgeworfen wird oder herabfällt, oder infolge eines anderen Umstandes durch Tötung einer Person oder Verletzung ihres Körpers oder ihrer Gesundheit, durch Beschädigung der Sachen oder der Umwelt verursacht, es sei denn, von ihm wird Beweis erbracht, daß der Schaden weder auf eine Konstruktions- noch auf einen Unterhaltungsmangel zurückzuführen ist. Dadurch werden die Rückgriffsansprüche des Besitzers gegen andere Personen, die ihm gegenüber verpflichtet sind, nicht ausgeschlossen.

(2) Steht das Werk nicht im Eigentum des rechtmäßigen Besitzers, so haftet der Eigentümer mit dem Besitzer gesamtschuldnerisch.

(3) Der führende Besitzer des Gebäudes haftet für den Schaden gesamtschuldnerisch, wenn der Einsturz oder die Abtrennung im Verlaufe eines Jahres nach der Aufhebung seines Besitzes eintritt, es sei denn, daß er in der Zeit seines Besitzes die im Verkehr erforderliche Sorgfalt geübt hat oder der spätere Besitzer durch die Achtung dieser Sorgfalt die Gefahr hätte abwenden können.

(4) Wer durch den Schaden aus dem Gebäude oder aus einer sonstigen Sache eines anderen gefährdet ist, kann von dem Eigentümer verlangen, daß dieser die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Vorkehrungen treffe. Öffentlich-rechtliche Verordnungen und Bestimmungen bleiben vorbehalten.

§ 1201. Haftung für Tiere

(1) Wer ein Tier hält, haftet für den Schaden, den dieses durch Tötung einer Person, durch Verletzung ihres Körpers oder ihrer Gesundheit, der Sachen oder der Umwelt anrichtet. Der Eigentümer des Tieres haftet gesamtschuldnerisch mit dem rechtmäßigen Halter des Tieres.

(2) Der Besitzer eines Grundstücks kann die einem Dritten gehörenden Tiere, welche auf dem Grundstück Schaden anrichten, zur Sicherung seines Ersatzanspruchs in Besitz nehmen und, wenn die Umstände es berechtigen, sogar töten. Er hat den Eigentümer davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und, wenn er den Eigentümer nicht kennt, erforderliche Handlungen zu seiner Aufklärung auszuführen.

§ 1202. Unbeschränktheit der Haftung

Im Fall der Haftung nach diesem Abschnitt kann als Haftung beschränkender Umstand weder geringes Alter noch geistige oder körperliche Störung hervorgebracht werden. Ein Elternteil (Annehmender) oder Vormund, welcher die Aufsicht über ein jünger als 14-jähriges Kind ausführt, haftet anstelle des Kindes für in §§ 1198 und 1201 genannten Sachen und Tiere, es sei denn, daß diese in der Wirtschaftstätigkeit gebraucht werden.

§ 1203- Gesamtschuldnerische Haftung

In Fällen gemäß dieses Abschnitts haften Mitbesitzer oder Mithalter für den bewirkten Schaden gesamtschuldnerisch.

1. Die Regelung des 5. Abschnitts beginnt mit einer Generalklausel zum Begriff der verschuldensunabhängigen Haftung für gefährliche Tätigkeit - § 1196 -, die ich für sinnvoll und gut gelungen halte. Formulierungen im einzelnen können natürlich nicht überprüft - und kritisiert - werden, da insoweit viel von der Übersetzung abhängt. In Abs. 1 würde ich allerdings den letzten Halbsatz - "selbst wenn es sich um eine von Rechtsordnung geduldete Tätigkeit handelt" - weglassen bzw. bereits weiter vorn einordnen, etwa als "Risiko einer besonders gefährlichen, aber von der Rechtsordnung gestatteten Tätigkeit ...".

Besonders gut gelungen - und wichtig! - finde ich die Eingrenzung der verschuldensunabhängigen Haftung auf die "Verwirklichung eines charakteristischen Risikos", da damit der Schutzzweck der verschuldensunabhängigen Haftung deutlich und Abgrenzung möglich wird: Man haftet für die typische Tiergefahr (§ 1201), für die typische Betriebsgefahr motorgetriebener Transportmittel (§ 1197), für die Betriebsgefahr gefährlicher Sachen und Anlagen (§ 1198) usw., nicht aber für bestimmungswidrige Verwendungen (z.B. eines Tieres als Wurfgeschöß).

2. Im einzelnen halte ich die Bestimmungen für gelungen und habe nur wenige Anmerkungen, die

aber im wesentlichen nur Fragen sind:

a) Nicht ganz klar geworden ist mir die Haftungseinschränkung für den Betrieb eines Wasserfahrzeugs (§ 1197 (1) Nr. 4): Soll ein motorgetriebenes Wasserfahrzeug, etwa ein Fährschiff, das ein Segelboot oder eine Brücke beschädigt, keine Haftung auslösen?

b) Nach § 1197 (1) Nr. 5 soll nur Vorsatz des Geschädigten Haftung ausschließen: Ist das sachgerecht, wenn der Geschädigte die Schädigung grob fahrlässig mit verursacht hat, etwa - ein in Freiburg häufiger Fall - der Fahrradfahrer ohne Licht auf einer für ihn verbotenen Autostraße oder ein In-line Skater auf der Autobahn mit einem PKW kollidiert sind?

c) Zu § 1199 wäre zu fragen, ob es sich wirklich um eine Schadenshaftung handelt oder nicht doch eher um eine Entschädigung entsprechend § 1183 (1) S. 2. M.E. ist sogar zu überlegen, ob der in § 1199 geregelte Fall nicht bereits durch § 1183 (1) S. 2 ausreichend mit erfaßt ist.

d) Die Haftung des Gebäudebesitzers in § 1200 scheint mir keine wirklich verschuldensunabhängige Haftung zu sein, weil der Besitzer sich durch den Nachweis entlasten kann, daß das Gebäude ordentlich konstruiert und unterhalten worden ist ("Schaden weder auf Konstruktions- noch auf Unterhaltungsmangel zurückzuführen"). Auch der frühere Besitzer kann sich durch Nachweis der verkehrserforderlichen Sorgfalt entlasten, § 1200 (3). M.E. sollte deshalb überlegt werden, die Überschrift des 5. Abschnittes so zu fassen, daß die Fälle der Haftung für vermutetes Verschulden mit erfaßt sind, also etwa: Gefährdungshaftung: Haftung ohne Verschulden oder für vermutetes Verschulden.

e) § 1200 (4) S. 1 regelt wieder einen Unterlassungsanspruch. Dafür gilt das oben mehrfach Ausgeführte: M.E. ist zu überlegen, Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche in einem besonderen Abschnitt zusammenzufassen.

f) Auch die Tierhalterhaftung ist völlig verschuldensunabhängig ausgestaltet, was eine rechtspolitische Entscheidung ist. In Deutschland hat der Widerstand der Landwirtschaft dazu geführt, daß für sog. Nutztiere dem Halter die Möglichkeit einer Entlastung durch Nachweis ordentlicher Beaufsichtigung des Tieres eingeräumt worden ist. Auch hier sollte die Schärfe der Haftung von der Klärung der rechtssoziologischen Frage abhängen, ob Tierhalter regelmäßig haftpflichtversichert sind. Tatsächlich ist eine Begünstigung für Halter von Nutztieren aber auch in § 1202 S. 2 vorgesehen. Es ist aber wenig konsequent, einerseits den Eigentümer eines Nutztieres strikt haften zu lassen, andererseits Eltern eines Kindes, das ein Tier für (seine?) Wirtschaftstätigkeit gebraucht, haftungsrechtlich zu begünstigen. Die Vorschrift könnte allerdings mißverständlich übersetzt sein.

g) Sehr weit geht die Haftung des Eigentümers des Tieres, der nicht gleichzeitig Halter ist; auch insoweit liegt freilich eine rechtspolitische Entscheidung vor.

h) Die § 1201 (2) getroffene Regelung könnte m.E. schon aufgrund eines Notwehrrechts oder eines Rechts zur Selbsthilfe gedeckt sein. Die zusätzlichen Regelung in S. 2 ließen sich so erhalten, daß Abs. 2 auf Notwehr und Selbsthilferecht eines Grundstücksbesitzers verweist und zusätzlich vorschreibt, daß der Grundstücksbesitzer den Eigentümer unverzüglich in Kenntnis zu setzen hat (usw.).

3. Produkthaftung

§ 1204. Haftung des Herstellers

(1) Die Person, welche ein Erzeugnis hergestellt hat (Hersteller), haftet für den Schaden, wenn das mangelhafte Erzeugnis die Tötung einer Person oder Beschädigung ihres Körpers oder ihrer Gesundheit oder den Untergang oder die Beschädigung einer Sache im Umfange über 9000 Kronen verursacht und das Erzeugnis von der Art ist, welches gewöhnlich persönlich oder zum Verbrauch gebraucht wird und der Geschädigte es hauptsächlich persönlich genutzt hat.

(2) Der Hersteller haftet nicht für den dem mangelhaften Erzeugnis selbst verursachten Schaden.

(3) Haften für den Schaden, welcher durch ein mangelhaftes Erzeugnis verursacht worden ist, mehrere, so haften sie gesamtschuldnerisch. Im Verhältnis der Ersatzpflichtigen zueinander richtet sich die Ersatzpflicht und der Umfang der zu leistenden Entschädigung nach Umständen, insbesondere danach, inwieweit der Schaden in erster Linie von einer oder anderer Seite verursacht worden ist.

(4) Dieser Abschnitt findet keine Anwendung auf den Schaden, der aus Kernunfall entstanden und durch internationale Übereinkommen, wo Estland Mitglied ist, gedeckt ist.

(5) Die Rechte der Parteien aus vertraglichen oder außervertraglichen Haftung bleiben unberührt.

§ 1205. Hersteller

(1) Als Hersteller gilt im Sinne dieses Abschnitts:

1) die Person, welche das Erzeugnis, den Rohstoff oder einen Teil des Erzeugnisses hergestellt hat;

2) jede Person, die sich als Hersteller anbietet, wenn sie auf dem Erzeugnis ihren Namen, Warenzeichen oder Merkzeichen angibt;

3) jede Person, die ein Erzeugnis mit dem Zweck des Vertriebs, der Miete oder einer sonstigen Vermarktungsart im Rahmen ihrer Wirtschaftstätigkeit nach Estland importiert.

(2) Ist nicht möglich, den Hersteller des Erzeugnisses festzustellen, so gilt als Hersteller jede Person, die das Erzeugnis dem Geschädigten geliefert hat, wenn sie dem Geschädigten nach diesbezüglicher Aufforderung binnen angemessener Frist nicht den Hersteller oder die Person nennt, welche ihr den Rohstoff geliefert hat.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 2 finden Anwendung auch in Bezug auf importierte Erzeugnisse, bei welchen unmöglich ist, den Importeur festzustellen, wenn auch der Name des Herstellers auf dem Erzeugnis angegeben ist.

§ 1206. Erzeugnis

(1) Als Erzeugnis gilt im Sinne dieses Abschnitts jede bewegliche Sache, auch wenn sie einen Teil einer anderen beweglichen Sache bildet, ebenso der Strom. Landwirtschaftliche, ebenso Tierzucht-, Bienenhaltungs-, Fischerei- und Jagdwesenprodukte gelten als Erzeugnis erst dann, wenn sie die primäre Behandlung oder Bearbeitung durchgemacht haben.

(2) Das Erzeugnis gilt im Sinne dieses Abschnitts als mangelhaft, wenn es bei der Berücksichtigung aller Umstände nicht die Sicherheit anbietet, die eine Person berechtigt ist zu erwarten, insbesondere

1) Art und Weise, wie das Erzeugnis der Öffentlichkeit präsentiert wurde;

2) Benutzungsweise des Erzeugnisses, womit man vernünftig rechnen kann;

3) die Zeit, wann das Erzeugnis in den Verkehr gebracht wurde.

(3) Das Erzeugnis gilt nicht als mangelhaft nur aus dem Grunde, daß später ein besseres Erzeugnis in den Verkehr gebracht wurde.

§ 1207. Befreiung des Herstellers von der Haftung

(1) Der Hersteller haftet für den aus dem Erzeugnis ausgehenden Schaden nicht, wenn er beweist, daß:

- 1) er das Erzeugnis nicht in den Verkehr gebracht hat;
- 2) nach Umständen wahrscheinlich ist, daß der den Schaden verursachte Mangel zur Zeit der Bringung des Erzeugnisses in den Verkehr durch den Hersteller noch nicht vorlag oder daß dieser Mangel später entstanden ist;
- 3) er das Erzeugnis weder zum Vertrieb oder zu einer anderen Vermarktungsform mit dem wirtschaftlichen Ziel hergestellt noch dies im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit hergestellt oder vermarktet hat;
- 4) der Mangel daraus folgt, daß das Erzeugnis den von der öffentlichen Gewalt festgesetzten verbindlichen Anforderungen entspricht;
- 5) der Mangel nach dem Stand der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse im Zeitpunkt der Bringung des Erzeugnisses in den Verkehr nicht erkannt werden konnte.

(2) Der Hersteller des Rohstoffs oder eines Teils des Erzeugnisses haftet darüber hinaus nicht, wenn er beweist, daß der Mangel des Rohstoffs oder des Halberzeugnisses von der Konstruktion des Enderzeugnisses oder von den durch den Hersteller des Enderzeugnisses erteilten Anleitung herrührt.

(3) Das Gericht kann die Haftung des Herstellers ausschließen oder mindern, wenn unter Berücksichtigung von Umständen anzunehmen ist, daß der Schaden infolge sowohl der Mängel des Erzeugnisses als auch der Umstände entstanden ist, welche der Geschädigte oder eine Person zu vertreten hat, für welche er haftet. Die Haftung des Herstellers darf nicht gemindert werden, wenn der Schaden infolge sowohl des Mangels des Erzeugnisses als auch des Verhaltens eines Dritten entstanden ist.

§ 1208. Beweislast

Der Beweis des Schadens, des Mangels und jener des Ursachenzusammenhangs zwischen dem Mangel und dem Schaden obliegen dem Geschädigten.

§ 1209. Ausschluß der Haftung

Vereinbarungen, wodurch die Haftung aus diesem Abschnitt in Bezug auf Geschädigten eingeschränkt oder ausgeschlossen werden, sind nichtig.

§ 1210. Höchstbetrag der Haftung

(1) Sind die den Personen zugefügten Schäden durch das Erzeugnis oder durch dieselben Erzeugnisse mit gleichem Mangel verursacht, so haftet der Ersatzpflichtige im Umfang bis eine Milliarde Kronen.

(2) Überschreiten die an mehrere Personen leistenden Schadenersätze den Höchstbetrag nach Abs. 1, so vermindern sich die einzelnen Schadenersätze im Verhältnis, in welchem ihre Gesamtsumme sich zum Höchstbetrag verhält.

§ 1211. Verjährung und Erlöschen der Ansprüche

Die Ansprüche aus diesem Abschnitt verjähren im Laufe von drei Jahren ab dem Tag, an dem der Geschädigte von dem Schaden, Mangel und der Person des Herstellers Kenntnis erlangt hat oder erlangen muß, unabhängig der Kenntnis im Laufe von zehn Jahren ab dem Tag, der dem Tag folgt, wann das Erzeugnis in den Verkehr gebracht wurde.

Die Vorschriften über die Produkthaftung - §§ 1204-1211 - entsprechen der

Produkthaftungsrichtlinie der EG. Das ist sachgerecht, da mit dem Beitritt Estlands zur EU zu rechnen und damit ohnehin die Verpflichtung verbunden ist, die entsprechende EG-Richtlinie umzusetzen. Nur wenige Punkte sind deshalb hier anzumerken:

a) In § 1204 (5) werden die Rechte der Parteien auch aus außervertraglicher Haftung unberührt gelassen. Gemeint ist damit wohl, daß eine evtl. weitergehende Haftung aus §§ 1177 ff. unberührt bleibt. Da die Produkthaftung auch außervertragliche Haftung ist, sollte Abs. 5 vielleicht umformuliert werden: Ansprüche des Geschädigten aus vertraglicher Haftung oder aufgrund der §§ 1177 ff. bleiben unberührt.

b) Die Privilegierung der Landwirtschaft in § 1206 (1) S. 2 sollte noch einmal überdacht werden, da z.Zt. in Brüssel Reformüberlegungen hinsichtlich der entsprechenden Vorschrift der EG-Produkthaftungsrichtlinie angestellt werden.

c) Ob es der Vorschrift des § 1211 bedarf, hängt davon ab, ob nicht eine generelle Vorschrift für die Verjährung außervertraglicher Ansprüche die gleichen Fristen und den gleichen Fristbeginn vorsieht. Eine solche Geltung einer allgemeinen Verjährungsvorschrift für außervertragliche Ansprüche, die Fristen von 3 und 10 Jahren vorsieht, erscheint auch deshalb als möglich und geboten, weil § 1211 in Abweichung von der Richtlinie auch die Zehnjahresfrist als Verjährungsfrist ausgestaltet hat (in der Richtlinie ist sie dagegen wohl Verwirkungsfrist, läßt also die Ansprüche unabhängig davon erlöschen, ob der Verpflichtete sich auf den Ablauf der Frist beruft).

III. Staatshaftung

§ 1212. Haftung des Staates und einer Kommunalverwaltungseinheit

(1) Der Staat, eine Kommunalverwaltungseinheit oder eine sonstige öffentlich-rechtliche juristische Person hat der Person, den durch eine gesetzeswidrige Handlung oder Nichthandlung bei der Ausübung der öffentlichen Gewalt oder durch eine damit verbundene Tätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Bestimmungen über Schadenersatz zu ersetzen.

(2) Organe und Anstalten, die gesetzeswidrig gehandelt haben, haften dem Geschädigten nicht. Als Organe gelten im Sinne dieses Abschnitts in der Ausübung der Staatsgewalt handelnde natürliche Personen unabhängig davon, ob sie gewählte, ernannte oder auf eine andere Weise eingesetzte Organe sind und ob ihr Verhältnis zur öffentlich-rechtlichen juristischen Person aufgrund des öffentlichen oder Privatrechts entschieden wird.

(3) Die Pflicht zur Verkehrssicherung für Straßen, Wege, Plätze und für Wasserstraßen und Wasserflächen, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind, gilt für die Anwendung dieses Gesetzes als eine Pflicht des öffentlichen Rechts, für deren Verletzung nur nach den Bestimmungen dieses Abschnitts gehaftet wird.

§ 1213. Beschränkungen des Schadenersatzes

(1) Dem Geschädigten steht der Anspruch auf Schadenersatz nicht zu, wenn die Pflichtverletzung auch bei Beachtung der bei der Ausübung öffentlicher Gewalt den Umständen nach gebotenen Sorgfalt nicht hätte vermieden werden können.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn die Pflichtverletzung in einem rechtswidrigen Grundrechtseingriff besteht. In diesem Fall kann der Geschädigte weder entgangenen Gewinn noch den Ersatz des immateriellen Schadens verlangen.

(3) Unterläßt eine durch eine bei der Ausübung der öffentlichen Gewalt getroffene Entscheidung geschädigte Person die Klageerhebung zur Anwendung von rechtlichen Vorkehrungen unter Umständen, welche sie zu vertreten hat, insbesondere nicht das Verwaltungsgericht anruft, und wenn sie ihr Unterlassen vernünftigerweise nicht rechtfertigen kann, so entsteht nicht die Haftung aufgrund des § 1212 für den Schaden, welcher im Fall der Klageerhebung oder der Anwendung von rechtlichen Vorkehrungen abgewendet werden könnte.

(4) Für die durch Eingriff in die Geschäftstätigkeit entstandenen Schäden ist die Vergütung von Geldverlusten gemäß § 1212 gestattet nur im Fall und im Umfang, als dies unter Berücksichtigung der Natur und Dauer des Eingriffs, des Charakters der den Schaden verursachten Handlung oder Nichthandlung und sonstiger Umstände angemessen erscheint.

(5) Die gemäß § 1212 zugesprochene Vergütung für Verlust oder Beschädigung des Vermögens kann, wenn das angemessen erscheint, gemindert werden, wobei das Vorhandensein oder die Möglichkeit der Erzielung der Deckung durch die Versicherung berücksichtigt wird.

(6) Aufgrund des § 1212 können Ansprüche auf Schadensersatz gegen Entscheidungen der Staatsversammlung, der Regierung der Republik, des Staatsgerichts und des Präsidenten der Republik bis zur Aufhebung oder Änderung der Entscheidung von diesen nicht geltend gemacht werden. Ebenso können diese Ansprüche nicht geltend gemacht werden gegen Entscheidungen eines Gerichts oder Organs untergeordneter Instanz, wenn gegen sie Berufung eingelegt worden ist und wenn die Regierung oder das Staatsgericht sie ohne Aufhebung oder Änderung verhandelt haben.

§ 1214. Haftung bei Rechtsprechung und Gesetzgebung

(1) Besteht die Pflichtverletzung in einer rechtswidrigen Entscheidung der rechtsprechenden Gewalt, die ein gerichtliches Verfahren mit bindender Wirkung beenden soll, oder in einer gerichtlichen Maßnahme, durch die die Grundlagen der Entscheidung gewonnen werden sollen, so tritt die Haftung nur ein, wenn die Pflichtverletzung eine Straftat ist oder die Entscheidung rechtskräftig aufgehoben wird. Dieser Abschnitt berührt nicht das sonstige Verhalten der rechtsprechenden Gewalt.

(2) Besteht die Pflichtverletzung in einem rechtswidrigen Verhalten des Gesetzgebers, so tritt eine Haftung nur ein, wenn und soweit ein Gesetz dies bestimmt. Die Haftung für Pflichtverletzungen der vollziehenden oder rechtsprechenden Gewalt, die ausschließlich auf dem Verhalten des Gesetzgebers beruhen, bleibt davon unberührt.

1. Die in § 1212 (1) vorgesehene grundsätzliche Gleichbehandlung des Staates mit privaten Schädigern ist eine sachgerechte Lösung. Nicht ganz verstanden habe ich die Freistellung von "Anstalten" in § 1212 (2). Die Freistellung der Organe des Staates und anderer öffentlich-rechtlicher juristischer Personen ist wieder eine rechtspolitische Entscheidung, die hier nicht zu kritisieren ist. Ich gehe davon aus, daß diese Freistellung nur im Außenverhältnis gilt, der Staat seinerseits aber Regreß bei seinen Organen nehmen kann

a) Haftung des Staates und anderer öffentlich-rechtlicher juristischer Personen wird ausgelöst durch "eine gesetzwidrige Handlung oder Nichthandlung bei der Ausübung der öffentlichen Gewalt ...". Auch hier könnte die Übersetzung zu einer Verengung dessen geführt haben, was im Original ausgedrückt worden ist: Entscheidend sollte nicht allein die Gesetzwidrigkeit der Handlung sein, sondern die Verletzung einer Amtspflicht, die gegenüber dem Geschädigten und dem jeweils betroffenen Schadensobjekt bestand. Insoweit muß eben auch für den Staat das gleiche gelten wie für Private: Die Rechtswidrigkeit der Schädigung nach § 1178, die durch

Verletzung einer gesetzlichen Pflicht konstituiert wird, ist strukturgleich zur Verletzung einer Amtspflicht nach § 1212 (1). Mit anderen Worten: Auch bei der Verletzung einer Amtspflicht ist zu fragen, ob sie gegenüber dem Geschädigten bestand und die eingetretene Verletzung bzw. Schädigung vermeiden sollte.

2. Die Einschränkung der Haftung des Staates durch den Nachweis fehlenden Verschuldens in § 1213 (1) ist wieder eine rechtspolitische Entscheidung, die hier nicht zu kritisieren ist. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß sich die Frage einer Haftung des Staates gerade auch in Fällen stellt, in denen nicht menschliche Fahrlässigkeit, sondern maschinelles Versagen, das auch bei Anwendung der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt nicht hätte vermieden werden können, möglich ist. Versagt etwa eine Verkehrsampel aufgrund eines Stromausfalls, dann ist es eine rechtspolitische Frage, ob der Staat in diesem Fall haften soll (m.E. ja) oder durch den Nachweis entlastet wird, daß das Versagen der Ampel trotz aller Sorgfalt nicht vermeidbar war. Allerdings könnte der Fall durch § 1213 (2) gedeckt sein, wenn man die durch den Unfall ausgelöste Körperverletzung und Eigentumsbeschädigung als Grundrechtseingriff sieht. Das ist aber wohl nicht gemeint.

3. Die Vorschaltung des Rechtswegs in § 1213 (3) ist m.E. sachgerecht.

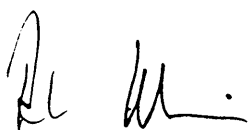
4. Die Privilegierung des Staates nach § 1213 (5) halte ich für gefährlich, insbesondere, wenn Versicherungsschutz des Geschädigten dem Staat zugute kommt: Der Geschädigte hat für seine Versicherung zu bezahlen, und er bringt die Versicherungsprämien nicht auf, um den Staat als potentiellen Schädiger zu entlasten. Zweifelhaft ist in dieser Vorschrift auch, ob der Begriff "Vermögen" in § 1213 (5) so weit zu verstehen ist, daß auch Eigentumsverletzungen, also z.B. Eingriffe in die Sachsubstanz des Eigentums, gedeckt sind, oder ob es nur um reine Vermögensschäden geht, also etwa Verluste aus Stilllegung eines Betriebs usw.

5. Die dem § 1214 zugrunde liegenden rechtspolitischen Entscheidungen halte ich für richtig.

Schlußbemerkung:

Im ganzen handelt es sich um einen gut gelungenen Entwurf. Der Verfasser dieses Gutachtens bedauert, daß er keine Gelegenheit hatte, mit dem Verfasser/den Verfassern des Entwurfs die eine oder andere Frage zu diskutieren, da möglicherweise seine Kritik durch Mißverständnisse, die im Gespräch aufgeklärt werden könnten, veranlaßt worden ist.

Freiburg, den 13. Januar 1999


(Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Schlechtriem)

Stellungnahme zum Entwurf eines Zivilgesetzbuchs für die Republik Estland - Schuldrecht

1. Teil: Widerrechtliche Schädigung

Der vorliegende Entwurf stellt eine sorgfältige, gut durchdachte und umfassende Regelung der außervertraglichen Haftung dar. Die folgenden Bemerkungen sollen nicht als Kritik verstanden werden, sondern als Kommentierung und - gelegentlich - Frage.

Der Regelungsentwurf beginnt mit allgemeinen Bestimmungen (1. Abschnitt). In den allgemeinen Bestimmungen werden bestimmte Grundentscheidungen deutlich, die jeder Gesetzgeber treffen muß, wenn er das Recht der außervertraglichen Haftung zu normieren hat. Diese Grundentscheidungen müssen hier vorab berücksichtigt werden, da die Würdigung der Einzelbestimmungen nur im Lichte der Grundentscheidungen möglich ist. Vorab ist festzuhalten, daß offenbar einige Grundentscheidungen vom neuen niederländischen Gesetzbuch (im folgenden: NBW) beeinflusst worden sein dürften. Für eine Grundentscheidung (unten Nr. 3 b) ist allerdings der genaue Wortlaut wichtig; möglicherweise ist die deutsche Übersetzung ungenau und irreführend.

1. Der Entwurf regelt nicht nur (außervertragliche) Ansprüche auf Schadenersatz, sondern auch solche auf Unterlassung, s. § 1 (1) S. 2. Das ist eine interessante und begrüßenswerte Ergänzung der traditionellen Regelungen außervertraglicher Haftung. Vielleicht sollte klargestellt werden, daß auch die zu unterlassende Schädigung widerrechtlich sein muß. Eine weitere Ergänzung der »klassischen« Schadenersatzbehelfe findet sich in § 7 (1) S. 2 (wohl nach dem Vorbild von Art. 168 S. 2 BW), wonach unter Umständen ein rechtswidriges Verhalten geduldet werden muß, dafür jedoch »Schadenersatz nach Bestimmungen dieses Teils« verlangt werden kann. Gedacht ist wohl an Fälle wie Immissionen, die der Betroffene dulden muß, weil der Betrieb des Emittenten von überragendem Interesse ist, geruchsintensive landwirtschaftliche Betriebe, die den Wohnwert benachbarter Grundstücke mindern, aber nicht verboten werden sollen usw. Rechtspolitisch fraglich ist, ob in solchen Fällen der zu duldenen Aufopferung eigener Interessen wirklich voller Schadenersatz (unter Verweisung auf die §§ 123-141 des allgemeinen Teils) verlangt werden kann oder nicht nur ein objektiver Wertausgleich. Auch ist dogmatisch schwierig - praktisch aber wohl ohne große Bedeutung -, ob eine zu duldenen Interessenbeeinträchtigung überhaupt noch rechtswidrig ist, oder die Verpflichtung zum Dulden in dem Verhalten des Verletzers nicht die Rechtswidrigkeit nimmt, ihn aber zum Ausgleich verpflichtet.

2. Eine kodifikatorische Grundentscheidung ist die in § 1 (2) geregelte Verweisung für Umfang und Arten des Schadenersatzes auf die §§ 123-141, also der Verzicht auf eine eigenständige Regelung für Umfang und Art des Schadenersatzes im Deliktsrecht. Das ist kodifikatorisch elegant, muß aber im folgenden ständig im Auge behalten werden, weil bei einer Reihe von Haftungstatbeständen fraglich sein könnte, ob die Rechtsfolge »Schadenersatz« tatsächlich hinsichtlich des Umfangs und der Art des Schadenersatzes sinnvoll nach den allgemeinen Bestimmungen beurteilt werden kann (Beispiel: Schmerzensgeld bei Gefährdungshaftung? Dazu noch unten). Die Vorschriften des allgemeinen Teils zum Schadenersatz gehen wohl von dem Prinzip aus, daß Schadenersatz grundsätzlich in Geld zu leisten ist, nicht aber (wie im deutschen Recht) in Form der Naturalrestitution. Aus dieser Grundentscheidung folgt, daß für Einzelfälle, in denen Naturalrestitution rechtspolitisch sinnvoll ist, Sonderregeln getroffen werden mußten,

so für den Widerruf falscher oder irreführender Auskünfte, §§ 8, 15. Ich halte diese Grundentscheidung für richtig. Der im deutschen Recht geregelte Vorrang der Naturalrestitution hat sich nach meiner Auffassung nicht bewährt.

3. a) Eine Rechtsordnung, die die individuelle Überwälzung des von einem Rechtssubjekt erlittenen Schadens auf ein anderes Rechtssubjekt regeln will, muß sich über die Zurechnungskriterien klar werden, die für eine solche Überwälzung des Schadens vom Verletzten auf einen anderen vorliegen müssen. Erste Voraussetzung ist in allen Rechtsordnungen Ursächlichkeit zwischen einem Verhalten des in Anspruch genommenen »Schädigers« und dem Verletzten. Diese Grundvoraussetzung ist im § 1 (1) festgehalten. Eine zweite Grundvoraussetzung, die vor allem im deutschen Recht deutlich herausgearbeitet worden ist, ist die »Widerrechtlichkeit« oder »Rechtswidrigkeit« der Verletzung. Auch diese Voraussetzung wird im Entwurf aufgestellt und definiert (§ 2). Schließlich kann zum Schutz der Bewegungsfreiheit der Rechtsobjekte eine dritte Voraussetzung aufgestellt werden, das Verschulden, das in seinen Erscheinungsformen Vorsatz und Fahrlässigkeit einem Schadensverursacher Entlastung durch den Nachweis mangelnden Verschuldens erlaubt. Auch diese dritte Ebene der Haftungsvoraussetzungen ist im Entwurf klar zugrunde gelegt worden (§ 3), wobei Haftungsverschärfung durch Verzicht auf die Verschuldensvoraussetzung in den Tatbeständen der Gefährdungshaftung normiert ist (s. unten).

b) Eine wichtige Entscheidung bei einer Kodifikation dieser grundlegenden Haftungsvoraussetzungen muß der Gesetzgeber bei der Normierung der Voraussetzungen der Widerrechtlichkeit treffen: Er kann - wie der deutsche Gesetzgeber im Ausgangspunkt - die Rechtswidrigkeit festmachen an der Verletzung bestimmter Rechte (vgl. § 823 I BGB) oder bestimmter Schutzgesetze (§ 823 II dt. BGB), so daß das Recht der außervertraglichen Haftung im Prinzip auf der Verletzung einzelner Rechtsgüter oder Schutzgesetze und damit auf Einzeltatbeständen beruht. Das hat zur Folge, daß rechtspolitisch als schmerzlich empfundene »Lücken« bleiben, wenn Interessen verletzt werden, die nicht zu den aufgezählten Rechten oder gesetzlich geschützten Interessen gehören, und deren Verletzung deshalb nicht rechtswidrig ist. Die Konsequenz ist - wie im deutschen Recht - die Entwicklung einer Vielzahl von Hilfsinstituten, insbesondere vertraglicher Natur, um die verbliebenen Lücken schließen zu können. Die andere Möglichkeit ist eine generalklauselartige Fassung der deliktischen Haftung, die nicht auf der Verletzung einzelner Rechte aufbaut, sondern generell jeden Schaden ersatzfähig sein läßt und die erforderliche Widerrechtlichkeit näher zu umschreiben versucht. Das könnte die Konzeption des Entwurfs sein, der insoweit viele Vorbilder in westlichen Rechtsordnungen hätte, insbesondere das NBW. Allerdings kommt es insoweit auf den genauen Wortlaut des Textes in estnischer Sprache an. So wird zunächst - wie im deutschen Recht - die Rechtswidrigkeit durch die Verletzung eines »Rechts einer Person« konstituiert. In der deutschen Übersetzung bleibt unklar, welche Rechte einer Person gemeint sind. Zählen auch relative (obligatorische) Rechte dazu? Das würde eine enorme Ausweitung der außervertraglichen Haftung bedeuten.

Beispiel: Ein Arbeitnehmer wird bei einem Verkehrsunfall verletzt. Kann der Arbeitgeber wegen der entgangenen Dienstleistungen des verletzten Arbeitnehmers, d.h. der Beeinträchtigung seiner Ansprüche aus dem Dienstvertrag gegen den Unfallgegner des Arbeitnehmers vorgehen und Schadenersatz verlangen? Können die Gläubiger des Arbeitgebers, die ihr Geld wegen des Betriebsausfalles, der durch den Unfall des Arbeitnehmers verursacht worden ist, ihr Geld nicht rechtzeitig erhalten und deshalb in ihren Zahlungsansprüchen beeinträchtigt sind, vom Unfallgegner Ersatz verlangen, weil ihre Rechte (Zahlungsansprüche) verletzt worden sind?

Neben diesen enumerativen (und in Einzelheiten und in der Reichweite noch nicht ganz klaren) Fällen der Rechtswidrigkeit dürfte aber größte Bedeutung die Definition der Widerrechtlichkeit als »Verletzung einer gesetzlichen Pflicht« gewinnen. Hier ist wieder der Originaltext entscheidend: Heißt es »... rechtliche Pflicht« oder »... gesetzliche Pflicht«? Dabei ist auch fraglich, wie genau die Pflicht normiert sein muß, insbesondere, ob allgemeine, von der Rechtsprechung entwickelte Verkehrspflichten und Verkehrssicherungspflichten mit umfaßt sind und damit dem Tatbestand aus § 1 (1) in Verbindung mit § 2 (1) erhebliche Flexibilität zukommen würde (auf Verkehrssicherungspflichten wird Bezug genommen in § 46 (2) Zif. 1). Mit anderen Worten: Heißt es im Original wirklich »gesetzliche Pflicht« oder »rechtliche Pflicht«? Heißt es rechtliche Pflicht, wären damit auch alle richterrechtlichen Verkehrspflichten erfaßt und in der Tat - wie hier zugrunde gelegt - ein generalklauselartiger Tatbestand geschaffen. Ein solches Verständnis der in § 2 normierten Pflichtverletzung als Voraussetzung der Rechtswidrigkeit würde auch harmonisieren mit der im 6. Abschnitt geregelten Haftung des Staates, wird doch dort mehrfach der Begriff der Verkehrssicherungspflicht verwendet und für die zivilrechtliche Haftung vorausgesetzt (vgl. § 46 (2) Zif. 1). Meines Erachtens sollte im Verfasserkommentar klargestellt werden, ob »gesetzliche Pflicht« im Sinne des § 2 (1) voraussetzt, daß die gesetzliche Pflicht im einzelnen genau normiert ist, oder ob »Rechtspflicht« gemeint ist, die auch als Verkehrspflicht oder Verkehrssicherungspflicht von den Gerichten entwickelt werden kann.

c) Zu weit scheint mir die weitere Umschreibung der Rechtswidrigkeit als »Unterlassen einer Handlung« zu sein, da wir dann alle ständig uns rechtswidrig verhalten würden. Gemeint ist wohl (wahrscheinlich liegt nur eine Übersetzungsungenauigkeit vor) »durch das Unterlassen einer gebotenen Handlung«, d.h. einer Handlung, zu deren Vornahme der in Anspruch Genommene verpflichtet war. Nur der Verstoß gegen eine solche Handlungspflicht kann Rechtswidrigkeit begründen.

d) Eine Grundentscheidung für eine generalklauselartige Fassung der allgemeinen Grundlagen der außervertraglichen Haftung (d.h. der Verzicht auf Einzeltatbestände, die an bestimmte, genau umschriebene Rechte der Rechtssubjekte und genau normierte gesetzliche Pflichten, d. h. entsprechende Schutzgesetze, anknüpfen) würde freilich auch bedeuten, daß grundsätzlich alle Interessen - z.B. auch immaterielle Interessen wie das Recht der Persönlichkeit, ihre Würde und Ehre sowie reine Vermögensinteressen - geschützt sind, sofern sich nur gesetzlich normierte Pflichten finden oder - falls die hier vorgenommene Unterstellung richtig ist - auch richterrechtlich entwickelte Verkehrspflichten gegeben und verletzt worden sind. Vor allem aber würden diese Interessen zumeist als »Rechte« geschützt sein, sofern nicht in der estnischen Fassung eine engerer Begriff als »Recht einer Person« verwendet worden ist. Man muß sich deshalb fragen, ob es der §§ 9 ff. und 13 ff. überhaupt bedarf. Selbst wenn man die Begriffe »gesetzliche Pflicht« und »Recht einer Person« nicht so versteht, wie es hier für möglich gehalten wird, d.h. nicht nur gesetzlich eindeutig normierte Pflichten, sondern auch Rechtspflichten im Sinne von Verkehrs- und Verkehrssicherungspflichten umfassend, dürften jedenfalls Ehre (vgl. § 9), Privatleben (vgl. § 10), Name (vgl. § 11), wirtschaftliches Ansehen (vgl. § 13) usw. als »Rechte einer Person« im Sinne von § 2 (1) gesehen werden müssen, so daß sich auch deshalb die Frage nach einer Notwendigkeit der Sonderregeln in §§ 9 ff. stellt.

4. Der Entwurf versucht eine allgemeine Regelung für die Gefährdungshaftung, die durch Einzelbeispiele ergänzt wird. Ich halte das für eine sehr gute Lösung, vor der der deutsche

Reformgesetzgeber bisher leider zurückgeschreckt ist. Allerdings wird man bei den einzelnen Tatbeständen der Gefährdungshaftung prüfen müssen, ob für den Inhalt der Haftung tatsächlich die Verweisung auf die allgemeine Regelung in §§ 123-141 tragfähig ist, insbesondere, wo es um den Ersatz immaterieller Schäden geht. Ein weiteres Problem, das z.B. auch für die Übernahme der Produkthaftung - offenbar auf der Grundlage der EG-Richtlinie und ihrer Umsetzung in verschiedene westeuropäische Rechtsordnungen - stellt sich immer wieder durch die Überschneidung der spezielleren Tatbestände mit den allgemeinen Haftungsbestimmungen. Die dadurch mögliche Konkurrenz kann praktische Bedeutung gewinnen, wo z.B. Haftungshöchstgrenzen (Produkthaftung) in den Spezialtatbeständen bestehen. Auch stellt sich die Frage, ob rechtspolitische Lücken, die in den Spezialtatbeständen geblieben sind (s. hierzu unten bei Produkthaftung) ohne weiteres durch Rückgriff auf die allgemeinen und generalklauselartigen Haftungsregeln gefüllt werden können.

5. Die Formulierung in § 1 (1) S. 1, „..... wenn er nach dem Gesetz die Verursachung des Schadens zu vertreten hat“, ist möglicherweise durch die Übersetzung mißverständlich geworden. Jedenfalls ist mir nicht klar geworden, ob „zu vertreten“ hier im technischen Sinne der Verantwortung des Schuldners, etwa aufgrund Verschuldens entsprechend § 3 und § 123 (1) gemeint ist, oder ob im estnischen Originaltext eine allgemeinere Formulierung steht, die nicht bereits eine Einschränkung auf bestimmte Verantwortungsfälle bedeutet.

6. § 1 (4) enthält eine elegante Konkurrenzregel, die in ähnlicher Form im Entwurf der deutschen Schuldrechtsreformkommission zu finden ist. Dazu ist zunächst - wohl wieder ein Übersetzungsproblem - die Frage zu stellen, ob im Falle von Körperverletzung (§ 4 (4) S. 2) nur »nach den Bestimmungen dieses Teils« gehaftet wird oder ob bei Körperverletzung und Tötung einer Person vertragliche und deliktische Haftung nebeneinander stehen. Das kann u.U. für die Verjährung wichtig werden.

In § 1 (4) S. 1 wird grundsätzlicher Vorrang der vertraglichen Haftung angeordnet. Soll das tatsächlich auch für alle Eigentumsverletzungen gelten? Das kann zu Folgeproblemen führen:

Beispiel: Ein Produzent hat an einen Verbraucher direkt ein Fernsehgerät verkauft. Durch einen Fehler des Fernsehgeräts kommt es zu einem Kurzschluß und zu einem Brand, der die Möbel des Käufers zerstört. Nach § 1 (4) S. 1 wären die speziellen Vorschriften der Produzentenhaftung hier nicht anwendbar; der Produzent/Verkäufer würde nur nach Kaufrecht haften. Wenn die Möbel dagegen der Ehefrau des Käufers gehörten, die keinen direkten Vertrag mit dem Produzenten hat, würde der Produzent nach dem Recht der außervertraglichen Haftung Schadenersatz leisten müssen. Die Unterschiedlichkeit der Ergebnisse scheint mir recht zufällig zu sein. Meines Erachtens kommt der Vorrang der vertraglichen Haftung, wie er in § 1 (4) S. 1 grundsätzlich vernünftig festgelegt worden ist, nur in Betracht, wenn die verletzte vertragliche Pflicht gerade auf das Schadensrisiko und seine Vermeidung bezogen war, das sich im konkreten Fall realisiert hat. Deshalb sollte durch einen Zusatz oder eine entsprechende Erläuterung im Verfasserkommentar klargestellt werden, daß Vorrang der vertraglichen Haftung gegeben ist (nur) bei aus »der Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung folgenden Schaden, den zu vermeiden Zweck dieser vertraglichen Verpflichtung war,«. Eine solche Begrenzung der Konkurrenzregel würde der Begrenzung der Haftung auf den Schutzbereich der jeweils verletzten Pflicht entsprechen, vgl. § 123 (3) allgemeiner Teil.

7. Die Begrenzung der Haftung auf den Schutzbereich der verletzten Pflicht findet sich - zutreffend - noch einmal in § 2 (3) bei Umschreibung und Eingrenzung der Rechtswidrigkeit. Allerdings ist auch hier zu fragen, ob »verletzte Bestimmung« oder »verletzte Rechtspflicht« gemeint ist.

8. § 3 normiert als Grundsatz, daß Schadenersatzhaftung Verschulden des Schadensverursachers voraussetzt. Als Schuldformen werden Vorsatz und Fahrlässigkeit normiert. Das entspricht dem Deliktsrecht anderer europäischer Rechtsordnungen. Die Haftung für Fahrlässigkeit hängt freilich entscheidend davon ab, wie Fahrlässigkeit verstanden wird: Als ein Verstoß gegen objektiv erforderliche Sorgfalt oder als Verstoß gegen die dem Verletzer mögliche - subjektive - Sorgfalt. Die Frage, ob die Sorgfalt nach objektivierte Maßstäben bemessen wird oder individuell auf die Fähigkeiten des Verletzers bezogen ist, kann im Einzelfall einen erheblichen Unterschied ausmachen und muß rechtspolitisch entschieden werden; in Deutschland in vorherrschend der objektive Fahrlässigkeitsbegriff, doch haben in der Wissenschaft immer wieder Autoren verlangt, daß ein echtes Schuldprinzip nur auf der Grundlage eines subjektiven Verständnisses der Fahrlässigkeit gelten könne.

Beispiel: Ein junger Arzt begeht einen Fehler bei einer Operation. Kann er sich darauf berufen, daß er nach seiner Bildung und seinen Kenntnissen nicht fahrlässig gehandelt habe, weil er in dieser Operation noch nicht ausgebildet worden sei? Ist er entschuldigt, wenn er nachweisen kann, daß er übermüdet war, so daß er nach seinen »übrigen Fähigkeiten und Eigenschaften« nicht anders operieren konnte? Oder muß er sich - so die herrschende Ansicht in Deutschland - am Standard eines ordentlich ausgebildeten Arztes in normaler gesundheitlicher Verfassung messen lassen, so daß seine subjektiven Defizite nicht entschuldigen würden?

Nach dem Verständnis dieses Autors steht der Entwurf auf dem Standpunkt des subjektiven Fahrlässigkeitsbegriffs, würde also den Arzt in unserem Beispiel entschuldigen. Das läßt sich rechtspolitisch gut vertreten, kann aber natürlich für die Opfer eines Verletzers, der nach dem subjektiven Fahrlässigkeitsbegriff entschuldigt werden kann, bedeuten, daß sie leer ausgehen.

9. Die Festlegung der Altersgrenze in § 4 ist eine rechtspolitische Entscheidung. Die Grenze von 14 Jahren findet sich in auch im NBW; allerdings sind nach niederländischem Recht Kinder unter 14 Jahren überhaupt nicht haftbar, während nach § 4 auch ein zweijähriges Kind u.U. haftbar werden kann. Die nach § 4 zu berücksichtigenden Umstände sind dabei nicht nur solche, die auf die Schuldfähigkeit des noch nicht 14 Jahre alten Kindes bezogen sind (so die Faktoren Alter, Entwicklung und Art der Tat), sondern auch reine Billigkeitsmomente wie die wirtschaftlichen Verhältnisse und ein vorhandener oder im Verkehr erwarteter (!) Versicherungsschutz der Beteiligten. Damit wird allerdings den Gerichten ein weiterer Spielraum eingeräumt, der angesichts der großen Zahl von Unfällen, die Kinder unter 14 Jahre verursachen, zur Entscheidungen führen kann, die nicht immer als gerecht empfunden werden dürften.

Beispiel: Ein vierjähriges Kind ist auf die Straße gelaufen und hat einen Unfall verursacht. Entspricht es der Billigkeit, das Kind haften zu lassen, weil im Verkehr erwartet werden kann, daß Eltern für ihre Kinder eine Haftpflichtversicherung abschließen? Spielt eine Rolle, daß die Eltern des Kindes Arbeit haben und dem Mittelstand angehören, das Opfer aber arbeitslos war?

In der Bewährung dieser Vorschrift wird viel davon abhängen, wie vorsichtig die Gerichte damit umgehen. In der Grundtendenz bewerte ich sie positiv, doch würde ich vielleicht in der Formulierung den Schutz des Kindes ein wenig verstärken, in dem ich mit dem Grundsatz beginnen würde, daß das noch nicht 14jährige Kind zum Schadenersatz nicht verpflichtet ist. In einem zweiten Satz würde ich dann formulieren: Eine Schadenersatzverpflichtung kann jedoch dem Grunde nach gegeben sein, wenn die Versagung eines Schadenersatzanspruchs im Hinblick auf Alter und Entwicklung des Kindes, die Art der Tat, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten, darunter ein vorhandener oder im Verkehr erwarteter Versicherungsschutz der Beteiligten und die übrigen Umstände des Einzelfalles die Versagung eines

Schadenersatzanspruches als grob unbillig erscheinen lassen. Bei der Bemessung der Höhe des Schadenersatzanspruches hat der Richter die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen.

10. § 6 enthält eine zutreffende Regelung der Schadensverursachung durch mehrere, wobei zugunsten des Opfers vor allem auch eine Kausalitätsvermutung (§ 6 (1) HS 2) aufgestellt worden ist. Allerdings ist damit das im letzten Jahrzehnt aufgetretene Problem der Massenschäden nicht zu lösen.

Beispiel: Die pharmazeutischen Firmen A, B und C bringen Medikamente auf den Markt, von denen später festgestellt wird, daß sie schädliche Nebenwirkungen haben. Hunderttausend Personen sind geschädigt worden. Es ist nicht mehr festzustellen, ob die geschädigten Personen Präparate der Firma A, B oder C genommen haben, so daß sie nach § 6 (1) jede Firma solidarisch in Anspruch nehmen könnten. Nun hat Firma A aber insgesamt nur 10.000 Präparate auf den Markt gebracht - soll sie trotzdem solidarisch allen 100.000 Opfern haften (etwa, wenn B und C inzwischen in Konkurs gegangen sind)?

Für diese Fälle der Massenschäden haben verschiedene Rechtsordnungen, so die amerikanische und die deutsche, neue Lösungen zu entwickeln versucht, die unter dem Stichwort »Marktanteilshaftung« bekannt geworden sind. Danach soll jeder der Beteiligten zwar solidarisch, aber nur in Höhe seines Marktanteils haften müssen. In den Einzelheiten weichen die Lösungen freilich voneinander ab, und es dürfte schwerfallen, eine befriedigende Lösung gesetzgeberisch festzulegen. Vielleicht würde eine Einschränkung, die im Verfasserkommentar zu erläutern wäre, helfen: »..... so haften sie für den von ihnen jeweils möglicherweise verursachten Schaden solidarisch«. Eventuell kommt auch eine einfache Verweisung auf § 135 (1) S. 2 und die dort gesetzte Höchstgrenze für den Ersatzbetrag jeder solidarisch schuldenden Person in Frage.

11. § 6 (3) sollte m.E. auf §§ 67 und 135 (2) allgemeiner Teil abgestimmt werden. M.E. könnte er lauten:

»Für den Rückgriff der nach Abs. 1 und 2 haftbaren Personen gegeneinander gilt § 67; für die Höhe des Ausgleichs sind die in § 135 (2) normierten Umstände zu berücksichtigen«.

12. Zu § 7 ist bereits auf die grundsätzliche Entscheidung eingegangen worden, die in § 7 (1) S. 2 durch die Zubilligung eines als Schadenersatzanspruch bezeichneten Anspruchs getroffen worden ist. So könnte rechtspolitisch fraglich sein, ob der Ausgleich für eine erzwungene Duldung tatsächlich den gesamten Schaden nach §§ 124, 125 allgemeiner Teil umfaßt, also auch immateriellen Schäden oder entgangene Gewinne.

Beispiel: Ein Grundstückseigentümer muß einen landwirtschaftlichen Betrieb in der Nachbarschaft dulden, von dem zuweilen starke Gerüche ausgehen. Oder: Ein Grundstückseigentümer muß einen Tennisplatz in der Nachbarschaft dulden, von dem Geräusche durch Tennisspiel ausgehen. An sich liegt eine Beeinträchtigung ihrer Rechte, und zwar sowohl ihres Eigentums am Grundstück als auch (Geruchs- und Geräuschbelästigung) ihrer körperlichen Integrität vor. Sie sind jedoch »nach billigem Ermessen im zwischenmenschlichen Zusammenleben« zu ertragen. Können die Betroffenen nicht nur einen eventuellen Ausgleich für die Entwertung ihres Grundstücks durch Lärm- und Geruchsbelästigungen verlangen, sondern auch Schmerzensgeld dafür, daß ihnen Geruch und Geräusch »auf die Nerven gehen«, und u.U. Ersatz eines besonderen Gewinnes durch einen hohen Verkaufspreis, den ein Liebhaber an sich für das Grundstück gezahlt hätte und der weit über dem Verkehrswert liegt?

M.E. ist zu überlegen, § 7 (1) S. 2 so zu fassen, daß jedenfalls § 124 allgemeiner Teil nicht miterfaßt wird und im übrigen nur Ersatz objektiven Wertverlustes geschuldet ist.

13. § 8 enthält, wie oben schon bei den grundsätzlichen Fragen behandelt, einen Fall der Naturalrestitution, dessen Regelung erforderlich geworden ist, weil im allgemeinen Schadensrecht wohl der Grundsatz der Naturalrestitution nicht geregelt ist (eine m.E. richtige rechtspolitische Entscheidung). Allerdings sollte in § 8 (1) klargestellt werden, daß Widerruf (als Naturalrestitution der falschen Auskünfte über den Betroffenen) grundsätzlich nur unter den Voraussetzungen gewährt wird, unter denen ein Schadenersatzanspruch begründet wäre, also Rechtswidrigkeit und Verschulden voraussetzt, und daß deshalb Abs. 2 eine Erweiterung des in Abs. 1 geregelten Grundprinzips darstellt.

14. § 9 (und die folgenden Paragraphen) sind, wie bereits einleitend festgehalten, an sich überflüssig, da Ehre, Privatleben und Name schon bei den »Rechten einer Person« in § 2 (1) miteerfaßt sind. Auch ist der neben dem Schadenersatzanspruch vorgesehene Unterlassungsanspruch m.E. bereits durch § 1 (1) S. 2 gewährleistet. Eine Ergänzung bringen die §§ 9 ff. deshalb nur, soweit sie Widerruf, d.h. Naturalrestitution vorsehen. Eine Ergänzung der allgemeinen Vorschriften enthält § 9 - wie später auch § 13 (1) - jedoch darin, daß die Verletzung der ehrverletzenden Angaben dann nicht schadenersatzpflichtig macht, wenn die Angaben der Wirklichkeit entsprechen; insoweit liegt also ein weiterer Rechtfertigungsgrund vor. Diese Besonderheiten rechtfertigen es wohl, die Sonderregelung der §§ 9 ff. beizubehalten. Im Verfasserkommentar sollte aber vielleicht deutlich gemacht werden, daß es sich insoweit um Konkretisierungen der grundsätzlichen Haftungsnormen handelt.

15. Ehrverletzung durch Behauptung wirft im deutschen Recht immer wieder die Frage auf, ob es sich um (falsche) Tatsachenbehauptungen handelt oder um Meinungsäußerungen, die u.U. vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind. Der vorliegende Entwurf nimmt zu dieser Unterscheidung nicht Stellung und regelt nur die Haftung durch (falsche) tatsächliche Angaben. Eine Ehrverletzung durch Meinungsäußerungen, etwa Formalbeleidigungen, müßte dann wohl durch §§ 1, 2 erfaßt werden, wobei die Rechtswidrigkeit bereits durch die Verletzung des Rechtes »Ehre«, u.U. auch durch Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen zum Ehrenschatz und schließlich durch Sittenverstoß konstituiert werden kann. Im Einzelfall kann die Abgrenzung zwischen falschen tatsächlichen Angaben und ehrverletzenden Meinungsäußerungen freilich schwierig sein, und damit auch die Reichweite der Rechtfertigung durch den Beweis, daß die Angaben der Wirklichkeit entsprechen (§ 9), problematisch werden: Ist es eine falsch tatsächliche Angabe, wenn ich von einem Kollegen sage, er sei ein Dummkopf -, so daß ich versuchen könnte den Beweis zu führen, daß meine Angabe der Wirklichkeit entspricht? Oder ist es eine Meinungsäußerung, die allenfalls nach § 2 (1) Ziff. 1 oder Ziff. 3 oder auch Ziff. 4 gerechtfertigt ist? Werturteile im geschäftlichen Verkehr können jedenfalls nach § 16 Ziff. 3 Schadenersatzansprüche auslösen. Auch dürften Strafbestimmungen gegen Ehrverletzungen normiert sein bzw. werden, die (verletzte) gesetzliche Pflichten i.S. von § 2 (1) enthalten, so daß die Haftung bei verletzenden Werturteilen insgesamt wohl zureichend ist.

16. Für § 10 gilt ähnliches wie für § 9: An sich dürfte der Schutz des Privatlebens bereits durch §§ 1, 2 gewährleistet sein, und auch ein Unterlassungsanspruch ergibt sich bereits aus der allgemeinen Regel des § 1 (1) S. 2. Die kasuistische Aufzählung von einzelnen Sektoren des geschützten Privatlebens in Abs. 2 ist sicher illustrativ; wichtiger ist aber vor allem die Auffangklausel in Abs. 3, die es ermöglicht, solche Verletzungen zu ahnden, für deren Vorstellung die Phantasie des Gesetzgebers nicht ausreichte.

17. § 11 ist, wie bereits zu § 9 ausgeführt, an sich überflüssig, da Name und evtl. auch Pseudonym zu den geschützten Rechten nach § 2 gehören. Gleiches gilt für § 12. Beide Vorschriften haben deshalb m.E. klarstellenden Charakter, sind insoweit aber nützlich.

18. Die im dritten Abschnitt geregelten Vorschriften für den Fall der Schädigung wirtschaftlicher Interessen können dogmatisch ebenfalls als Konkretisierung der allgemeinen Haftungsbestimmungen gesehen werden, insbesondere § 14 als Konkretisierung der Verhaltenspflichten im geschäftlichen Verkehr, deren Verletzung rechtswidrig ist. Die Vorschriften sind sachlich gerechtfertigt und im einzelnen vernünftig. Zu § 14 kann freilich angemerkt werden, weshalb nur die irreführende Auskunft über Waren und Dienstleistungen, die im Rahmen wirtschaftlicher oder beruflicher Tätigkeit angeboten werden, rechtswidrig sein soll. Wer Grundstücke anbietet (weder Waren noch Dienstleistungen!) oder privat seinen Gebrauchtwagen verkauft und dabei falsche Auskünfte gibt, fällt also nicht unter § 14 und kann nur auf der Grundlage der allgemeinen Bestimmungen wegen irreführender Veröffentlichung faktischer Angaben haftbar gemacht werden.

19. § 14 findet sich zweimal. Im zweiten § 14 (Beweislast und Schadenersatz) ist aber m.E. Abs. 2 völlig überflüssig, da bei einem Schaden, der Folge einer rechtswidrigen Auskunft nach § 14 ist, die Haftung bereits nach § 1 gegeben ist. Sowohl der Anspruch auf Naturalrestitution in Form des Widerrufs in § 15 (1) als auch die Klagebefugnis für Verbraucherverbände in § 15 (2) sind wichtig.

20. § 16 dürfte nur solche Fälle erfassen, in denen Schäden bei dritten Personen, die mit dem Schadensverursacher nicht vertraglich verbunden sind, eintreten, denn für geschädigte Vertragspartner hat die Vertragshaftung nach § 1 (4) S. 1 Vorrang. Unter Umständen kann der Dritte aufgrund § 16 Ziff. 1 besser geschützt sein als ein Vertragspartner. Zu klären ist m.E., ob der Dritte Ansprüche auch dann hat, wenn die fehlerhafte Empfehlung aufgrund eines Vertrages mit einer Freizeichnung gegeben worden ist, oder wenn der Schadensverursacher seine einem Vertragspartner gegebene Empfehlung mit der Klausel versieht: Weitergabe an Dritte nicht erlaubt. Im letzteren Fall muß m.E. das Vertrauen des Empfängers verneint werden, so daß er keine Ansprüche hat.

Zu § 16 Ziff. 2 stellt sich die rechtspolitische Frage, ob es gerechtfertigt ist, daß nur die unternehmerische Entfaltung im Rahmen eines Geschäftsbetriebes geschützt ist.

Beispiel: Ein Hauseigentümer muß sein Haus verkaufen, findet aber keinen Käufer, weil mißgünstige Nachbarn einen Boykott organisieren, der auf bestimmte Charaktereigenschaften, Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe usw. des Hauseigentümers gestützt wird.

In vielen Fällen solcher Schädigung Privater wird mit § 13 geholfen werden können. In anderen Fällen muß ein Anspruch auf §§ 1, 2 gestützt werden, wobei die Rechtswidrigkeit sich wohl aus der Sittenwidrigkeit eines solchen Boykotts - § 2 (1) - ergeben dürfte.

21. Die Haftung der Eltern oder Vormünder für rechtswidrige Schädigungen ihrer Kinder bis zum Alter von 14 Jahre ohne Entlastungsmöglichkeit ist sehr hart, freilich eine rechtspolitische Entscheidung, zu der dem Autor dieser Zeilen kein Urteil zusteht.

LVE

22. Die Konkretisierung des Regresses zwischen Kindern und Eltern usw. in § 17 (4) scheint mir

zu schematisch zu sein und kann in bestimmten Fällen zu ungerechten Ergebnissen führen: Kann ein Sechzehnjähriger, der vorsätzlich eine andere Person zusammengeschlagen und deswegen schadenersatzpflichtig geworden ist, tatsächlich bei seinen Eltern Regreß nehmen, weil sie nicht beweisen können, daß sie die zur Abwendung seines Verhaltens erforderliche Sorgfalt aufgebracht haben? M.E. könnte grundsätzlich auf den Ausgleich nach §§ 67, 135 (2) verwiesen werden, wobei der Verfasserkommentar klarstellen könnte, daß die Aufsichtsverantwortung der Eltern im Innenverhältnis desto schwerer wiegt, je jünger die Kinder sind.

23. Die Haftung für Gehilfen in § 18 scheint mit gut gelungen zu sein, weil das entscheidende Merkmal (Kontrolle über das Verhalten der Schädiger) eine sachgerechte Abgrenzung erlaubt. Allerdings sollte schon in der Überschrift deutlich gemacht werden, daß es nicht nur um Arbeiter und Angestellte geht, sondern beispielsweise um einen beauftragten Rechtsanwalt, sofern der Auftraggeber Kontrolle über das Verhalten des Schädigers hatte. Auch die Abgrenzung in § 18 (2) ist sachgerecht. Die Regreßregelung in § 18 (3) entspricht modernen rechtspolitischen Vorstellungen, wobei vor allem die wertungs-offene Billigkeitsklausel am Ende auch eine Berücksichtigung des übernommenen Risikos und der Vergütung, z.B. der Höhe des Arbeitslohns erlaubt.

24. Nicht ganz klar geworden ist mir, ob man § 19 neben § 18 überhaupt braucht.

25. Die allgemeinen Haftungsbestimmungen zur Gefährdungshaftung halte ich für gut gelungen. Insbesondere ist es positiv zu würdigen, daß eine allgemeine Regel zur Gefährdungshaftung an den Anfang gestellt worden ist und sich der Entwurf nicht nur auf kasuistische Einzelfälle beschränkt, die ohnehin bald ergänzungsbedürftig würden. Ob das Abgrenzungsmerkmal »besonders gefährliche Tätigkeit« sich bewährt, muß die Zukunft erweisen. Allerdings ist noch zu überprüfen und gegebenenfalls klarzustellen, ob für die Gefährdungshaftung tatsächlich die Verweisung in § 1 (2) auf die allgemeinen Schadenersatzvorschriften gilt, so daß auch immaterieller Schaden zu ersetzen ist. Eine rechtspolitisch umstrittene Frage ist es schließlich, ob die Haftungsverschärfung im Falle einer Gefährdungshaftung nicht durch Haftungshöchstgrenzen kalkulierbar und versicherbar gehalten werden soll, doch es steht diesem Autor nicht zu, hierzu Vorschläge zu machen. Da die gefährlichen Tätigkeiten, die zur Gefährdungshaftung führen, offenbar nicht verboten werden können, § 1 (1) S. 2 nicht gilt, ist vielleicht noch zu klären, wie sich der Schadenersatzanspruch bei Fällen gefährlicher, aber von der Rechtsordnung geduldeter Tätigkeit nach § 20 zum Ersatzanspruch nach § 7 (1) S. 2 verhält; im Zweifel dürfte Anspruchskonkurrenz nach § 1 (3) gegeben sein.

24. Die Berücksichtigung des Verschuldens in § 21 scheint mir vernünftig. Der Verweis auf § 25, 28 und 30 war für mich nicht aufzulösen, da in diesen Vorschriften nicht die Bemessung der Ersatzleistung und die Verteilung des Schadens auf mehrere haftpflichtige Personen geregelt ist.

25. Die §§ 22 ff. regeln Einzelfälle der Gefährdungshaftung, die nicht zu kritisieren sind, zumal sie teilweise wohl auf internationale Übereinkommen für den grenzüberschreitenden Verkehr zurückgehen. § 24 überschneidet sich m.E. teilweise mit § 7 (1), ist aber gleichwohl als sachgerecht beizubehalten. Das gleiche gilt für die Überschneidung von § 25 (1) mit § 1 (1) S. 2.

26. Die Haftung des Gebäudebesitzers entspricht traditionellen Vorbildern, ist allerdings durch den Schutz der Umwelt ergänzt. Freilich dürfte die Konkretisierung des Umweltschadens und

seine Bemessung Schwierigkeiten bereiten: Hindert ein hohes Gebäude die Luftbewegung, so daß es im Windschatten des Gebäudes zu erhöhten Schadstoffkonzentrationen kommt - ein vorhersehbarer Konstruktionsmangel! -, so ist es schwierig, den Schaden zu bemessen. Aber solche Fälle kann man den Gerichten überlassen.

27. Auch die Haftung des Tierhalters entspricht Vorbildern in anderen Rechtsordnungen und hat eine alte Tradition. Der zusätzlich aufgenommene Schutz der Umwelt könnte aber wieder Schwierigkeiten bereiten: Das von einer Rinderherde produzierte Methangas stellt eine Luftverschmutzung dar. Wer kann deswegen - und in welcher Höhe - Schadenersatz verlangen? Auch hier darf man aber auf die Vernunft der Richter vertrauen, die hier eine Umweltverschmutzung ablehnen dürften.

28. Die Haftung des Eigentümers solidarisch mit dem Halter ist recht hart. Zumindest sollte für den Innenausgleich in Konkretisierung des § 135 (2) vorgesehen werden, daß der Halter im Innenverhältnis die Last allein zu tragen hat.

29. Die Überschrift zu § 28 ist sicher ungeschickt übersetzt, denn es geht nicht um unbeschränkte Haftung, sondern Verschuldensunabhängigkeit der Haftung.

30. Im zweiten Titel ist praktisch die Produkthaftungsrichtlinie der EG, die inzwischen in vielen europäischen Staaten gilt, übernommen worden. Daran steht dem Autor dieser Zeiten keine Kritik zu. Auszugehen ist dabei davon, daß die Produkthaftung konkurrierend neben der allgemeinen Haftung steht, § 1 (3). Das ist wichtig, weil die Regelung der Produkthaftungsrichtlinie und deshalb auch die §§ 30 ff. in manchen Fällen bereits hinter dem zurückbleiben, was rechtspolitisch erwünscht ist und etwa von der deutschen Rechtsprechung auf der Grundlage der allgemeinen Deliktsbestimmungen entwickelt worden ist. So ist nach § 34 (1) Ziff. 5 - rechtspolitisch richtig - die Haftung für Entwicklungsrisiken ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wird im deutschen Recht teilweise dadurch konterkariert, daß Hersteller usw. gehalten sind, bei späterer Erkenntnis einer gefährdenden Eigenschaft Konsumenten und die Öffentlichkeit zu warnen und gegebenenfalls das gefährliche Produkt zurückzurufen. Ein Verstoß gegen diese Rechtspflicht macht haftbar. M.E. könnte eine solche Haftung auch nach §§ 1, 2 begründet werden, sofern man wieder - wie hier angenommen - auch die Verletzung von Verkehrspflichten als Begründung der Rechtswidrigkeit für möglich hält.

Unklar ist auch hier, ob für die §§ 30 ff. die Verweisung in § 1 (3) gilt, so daß gegebenenfalls auch Schmerzensgeld zu leisten ist.

Unklar ist § 39 (2), da einerseits Abstimmung zu § 1 (4) für die Fälle des Bestehens einer vertraglichen Beziehung zwischen Hersteller und Opfer zu klären ist (vertragliche Ansprüche auch für Körperverletzungen trotz § 1 (4) S. 2, deliktische Ansprüche auch für Eigentumsverletzungen im Rahmen eines Vertrages trotz § 1 (4) S. 1?), andererseits die Konkurrenz zu Ansprüchen aus außervertraglicher Haftung bereits in § 1 (3) geordnet ist.

31. Die im 6. Abschnitt geregelte Haftung des Staates und seiner Gliederung ist nach Ansicht dieses Autors, der kein Spezialist für Staatshaftung ist, gut gelungen, ist aber wohl isoliert verfaßt worden und muß auf die allgemeinen Haftungsregeln noch abgestimmt werden. So ist der Begriff der »unrichtigen Handlung oder Nichthandlung« wohl als Verstoß gegen Amtspflichten

in Form der pflichtverletzenden Handlung oder Unterlassung zu verstehen und sollte schon um der dogmatischen Konsistenz willen auf § 2 (1) abgestimmt werden. Das gilt umso mehr, als der Entwurf auch in der Folge von Pflichtverletzungen spricht und bei der Verteilung von Haftungszuständigkeiten auch die Verkehrssicherungspflicht des Privatrechts erwähnt, § 46 (2). Abstimmung ist m.E. auch vonnöten bei der Regelung des Inhalts des Schadenersatzes bei Verletzung des Körpers oder der Gesundheit (§ 43). M.E. sollte diese Regelung auf die §§ 126 ff. im allgemeinen Schuldrecht abgestimmt werden.

32. Nicht ganz klar geworden ist mir die Notwendigkeit einer Sonderregelung für den Ersatz des durch Polizeihandlungen verursachten Schadens - warum ist die entsprechende Haftung der Republik Estland nicht bereits dem § 40 (1) zu subsumieren? Eine mögliche Erläuterung für die Sonderregelung könnte darin sein, daß die Haftung auch bei richtigem, d.h. nicht pflichtwidrigem Handeln eintreten soll.

Im Ergebnis: Der Entwurf stellt insgesamt eine abgewogene, gut durchdachte und alle wichtigen rechtspolitischen Fragen des Haftungsrechts vernünftig berücksichtigende Lösung dar. Probleme, die dieser Autor gefunden hat, sind zumeist solche der Übersetzung und klären sich wahrscheinlich in der estnischen Fassung. Zuweilen ist jedoch eine Abstimmung der verschiedenen Teile des Haftungsrechts untereinander sowie zum allgemeinen Schuldrecht und den dort geregelten Komplexen »Schaden« und »Solidarschuld« erforderlich.

Zweiter Teil: Ungerechtfertigte Bereicherung

Die Kodifizierung von Vorschriften zum Ausgleich ungerechtfertigter Bereicherungen ist deshalb schwierig, weil es bei rechtsvergleichender Umschau keinen gesicherten Grundbestand von Regeln und Lösungen gibt - vgl. hierzu *Schlechtriem* (Hrsg.) *Encyclopedia of Comparative Law*, Band X, Restitution -, daß die Rechtssysteme der westlichen Welt ganz unterschiedliche Grundlagen für den Bereicherungsausgleich normiert oder präjudiziell entwickelt haben. Selbst wenn man sich auf die Rechtsvergleichung der kontinentalen Rechtsordnungen beschränkt, lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. Deshalb muß ein Gesetzgeber, der das Recht der ungerechtfertigten Bereicherung kodifizieren will, zunächst richtungsweisende Entscheidungen zwischen grundsätzlichen Lösungsmöglichkeiten treffen. Die wichtigste Entscheidung dürfte sein, ob das Bereicherungsrecht generalklauselartig geregelt wird und dann - als Konsequenz einer Generalklausel - Einschränkungen gesucht werden, etwa - wie im französischen Recht - durch das Prinzip der Subsidiarität von Bereicherungsansprüchen. Eine andere Möglichkeit ist die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Bereicherungsansprüche, die auf verschiedene Bereicherungsvorgänge gestützt sind. Das ist die herrschende Auslegung des deutschen Rechts, die Lösung des hier zu beurteilenden Entwurfs und nach Ansicht dieses Autors die einzig sinnvolle Möglichkeit, einigermaßen klar umgrenzte und sicher anwendbare Regeln für den Bereicherungsausgleich zu normieren. Der vorliegende Entwurf ist deshalb nach Ansicht des Gutachters vorzüglich gelungen und bedarf kaum einer Kommentierung oder gar Kritik.

1. § 1 hält zunächst fest, daß Bereicherung durch Leistung oder in einer anderen Weise geschehen kann. Wenn es in § 1 (1) S. 1 heißt »ohne gesetzliche Grundlage«, dann ist das wahrscheinlich eine ungenaue Übersetzung: Gemeint sein dürfte »ohne rechtliche Grundlage«. Sodann geschieht insoweit eine Einschränkung, als es heißt: »..... oder in einer anderen durch

diesen Teil bestimmten Weise ...» (etwas ohne gesetzliche Grundlage erlangt). Das könnte - sofern nicht eine Übersetzungsungenauigkeit vorliegt - zunächst so verstanden werden, als ob nur die in diesem Teil berücksichtigten sonstigen Bereicherungsfälle zu Bereicherungsansprüchen führen können. Berücksichtigt sind die (wichtige) Eingriffskondiktion sowie die als »Aufwendungskondiktion« zusammengefaßten Fälle des Rückgriffs bei Zahlung fremder Schuld und der Verwendungen auf fremdes Gut, § 10. Es ist deshalb vernünftig, daß § 1, (1) S. 2 die Möglichkeit der Entwicklung weiterer Kondiktionen für Fälle, die zur Zeit noch nicht voraussehbar sind, offen läßt.

2. Die in § 1 (2) getroffene Regelung ist eine rechtspolitische Entscheidung. Ob die Formulierung nur auf Rückerstattung oder Rückgabe von »Vermögen« gerichtete Bereicherungsansprüche erfaßt, die Freizeichnung von Zahlungsansprüchen im Falle des § 6 (2) aber zuläßt, ist nicht ganz klar. M.E. sollte die Regel des § 2 für alle Rückerstattungsansprüche gelten, gleich, ob sie auf Vermögensteile oder Geldzahlung gerichtet sind. Wahrscheinlich liegt nur eine Ungenauigkeit der Übersetzung vor.

3. Der Grundtatbestand der Leistungskondiktion in § 2 ist gut gelungen. Schwierigkeiten konnten in der praktischen Anwendung von § 2 (2) Ziff. 3 entstehen; trotzdem würde ich diese Vorschrift im Text des Entwurfs belassen.

4. Für die schwierige Regelung des Ausgleichs bei Bereicherungsvorgängen, an denen drei oder mehr Personen beteiligt sind, findet § 3 eine vernünftige Regel. Die wichtigsten Drei-Personen-Fälle werden kasuistisch geregelt. Als entscheidendes Zuordnungsmerkmal soll gelten, ob der Bereicherungsschuldner die an einen Dritten geflossene Zuwendung veranlaßt hat. Völlig vernachlässigt wird das Merkmal einer Zwecksetzung durch den Leistenden, das nach Ansicht dieses Autors überhaupt erst die Zuordnung der Zuwendung auf das Verhältnis zwischen Zuwendendem und potentiellm Bereicherungsschuldner bewirkt. Einer Ergänzung des vorliegenden Textes bedarf es jedoch nicht, da die Berücksichtigung der Notwendigkeit eines solchen Zuordnungsmerkmals »Zweckbestimmung« der Wissenschaft überlassen bleiben kann.

5. Ob der in § 4 geregelte Fall tatsächlich regelungsbedürftig ist, könnte bezweifelt werden. Nach Ansicht dieses Autors dürfte der Anwendungsbereich gering bleiben. Schaden kann die Vorschrift jedoch nicht anrichten.

6. § 5 scheint mir überflüssig zu sein: Vorausgesetzt ist, daß ein Anspruch des Zuwendungsempfängers gegen den Zuwendenden fehlt. Dann fehlt aber auch die rechtliche Grundlage einer Leistung, so daß Rückforderung nach §§ 1, 2 verlangt werden kann.

7. In § 6 entscheidet sich der Entwurf grundsätzlich dafür, die Verpflichtung des Bereicherungsschuldners auf die noch vorhandene Bereicherung zu beschränken. Weitergehende Haftung soll also Ausnahme sein (§ 7). Das ist vertretbar, wenngleich auch der entgegengesetzte Ansatz vertreten werden kann: Grundsätzlich Herausgabe der ursprünglich erlangten Bereicherung, aber Entlastung des Gutgläubigen bei Wegfall oder Minderung der Bereicherung. In der praktischen Anwendung dürfte freilich kein großer Unterschied je nach Wahl des Ansatzes entstehen.

8. § 6 enthält im Vergleich zum deutschen Recht einige recht moderne Neuerungen, die aber

nach Ansicht dieses Autors gut gelungen sind, so in Abs. 4, 6 und 8.

9. Die Haftungsverschärfung in § 7 nimmt Bezug auf § 5 - das ist wohl ein Zählfehler - gemeint sein dürfte § 6. Die Abstimmung auf § 6 scheint mir aber nicht ganz gelungen (evtl. liegt wieder eine Übersetzungsgenauigkeit vor): Nach § 6 (3) - (5) entfällt die Bereicherungsschuld durch die in diesen Absätzen geregelten Fälle des Wegfalls oder der Minderung der Bereicherung bzw. der durch die Bereicherung bewirkten positiven Vermögensbilanz des Bereicherungsempfängers. Dann ist es aber nicht einzusehen, weshalb der Empfänger überhaupt nur (also auch für die noch vorhandene Bereicherung!) haften muß, wenn er bösgläubig war. M.E. sollte § 7 so gefaßt sein, daß die verschärfte Haftung des Bereicherungsempfängers bei Bösgläubigkeit oder Rechtshängigkeit seine Berufung auf § 6 (3) und (5) ausschließt. Darüber hinaus sollte die Haftungsregelung des § 7 (3) sowie die Verwendungsersatzregelung des § 7 (4) beibehalten werden.

10. Zu § 8 wäre klarzustellen, ob der Dritte neben dem ursprünglichen Empfänger solidarisch verpflichtet ist oder ob der Dritte nur subsidiär in Anspruch genommen werden kann, falls der ursprüngliche Bereicherungsempfänger keinen Wertersatz zu leisten hat.

11. Bei der Eingriffskondition halte ich die Formulierung »vermögenswertes Rechtsgut« für gefährlich, weil sie den Kreis der Eingriffskonditionen enorm ausweiten könnte. M.E. sollte in der estnischen Fassung ein Begriff gefunden werden, der dem deutschen Wort »eigentumsgleiches Recht« entspricht.

Beispiel: Unternehmen A hat einen wichtigen Mitarbeiter, den Ingenieur B. Das Unternehmen C überredet den B, seine Stellung bei A aufzugeben und bei C zu arbeiten. Kann A von C Bereicherungsausgleich verlangen, weil die Dienstleistung des B ein »vermögenswertes Rechtsgut« ist? oder : Geschäftsinhaber A jagt durch bessere Werbung den Geschäftsinhaber B Kunden ab. Eingriff in ein »vermögenswertes Rechtsgut«?

12. Nicht ganz klar ist mir die Entlastungsregel des § 9 (4) geworden: Einerseits soll die Entlastung bei Gutgläubigkeit eintreten, andererseits wird auf Rechtshängigkeit Bezug genommen. M.E. müssen beide Faktoren - Kenntnis bzw. Kenntnismöglichkeit oder Rechtshängigkeit - zur Haftungsverschärfung des Eingreifers führen.

13. Die Gewinnabschöpfung, die in § 9 (5) vorgesehen wird, ist außerordentlich hart, wenn sie bereits bei »Kennenmüssen« einsetzt. Zumindest im Verfasserkommentar sollte auch klargestellt werden, was »Gewinn« in dieser Vorschrift bedeutet: Kann der Eingreifer jedenfalls seine Unkosten abziehen (nach § 9 (4) S. 2 können jedenfalls die Erwerbskosten nicht abgesetzt werden!)?

14. Bei der Rückgriffskondition des § 10 (1) ist ebenfalls ein Entreichereinwand vorgesehen. Freilich ist nicht ganz klar, wie ein Schuldner, der durch Tilgung seiner Schuld befreit und damit bereichert worden ist, diese Bereicherung überhaupt wieder verlieren kann. Jedenfalls ist es aber nicht gerechtfertigt, diese Privilegierung erst durch Rechtshängigkeit verlorengehen zu lassen - auch insoweit sollte die Grundwertung, die dem § 7 zugrunde liegt, gelten: Bereits Bösgläubigkeit muß schaden.

15. Die Verjährungsfrist für Bereicherungsansprüche weicht von anderen Verjährungsfristen ab. Insbesondere bei der Eingriffskondition kann eine Konkurrenz zu Deliktsansprüchen entstehen.

... osa
Õigusvastaselt kahju tekitamine

1. peatükk.
ÜLDSÄTTED

§ 1. Õigusvastaselt tekitatud kahju hüvitamine

(1) Isik, kes tekitas teisele isikule õigusvastaselt kahju, peab sellele isikule kahju hüvitama, kui ta vastutab vastavalt seadusele kahju tekitamise eest. Kui kahju tekitamine on jätkuv või kui isikut üksnes ähvardatakse õigusvastase kahju tekitamisega, võib kahjustatu või ähvarduse saaja samuti nõuda kahju tekitava käitumise või sellega ähvardamise keelamist.

(2) Kahju hüvitamise ulatusele ja viisidele kohaldatakse **üldosa §-des 123 - 141** sätestatud.

(3) Käesolevas peatükis sätestatud nõuded ei mõjuta kahjustatud isiku õigust nõuda kahju hüvitamist muul õiguslikul alusel, kui seaduses ei ole sätestatud teisiti.

(4) Lepinguliste kohustuste rikkumisest tuleneva kahju eest vastutab lepingupool üksnes vastavalt **üldosa** sätetele. Kui lepingulise kohustuse rikkumisega põhjustati isiku surm või kahjustati tema keha või tervist, vastutab kahju tekitaja selle eest käesolevas osas sätestatud järgides, välja arvatud juhul, kui kahju ei tekitatud tahtlikult või hooletult.

§ 2. Kahju tekitamise õigusvastasus

(1) Kahju tekitamine loetakse õigusvastaseks, kui see tekitati isiku õiguse rikkumisega või seaduslikku kohustust rikkuva teo või tegevusega või heade kommete vastase käitumisega, välja arvatud juhul, kui:

- 1) kahju tekitamiseks tuleneb õigus avalikust õigusest;
- 2) kahjustatud isik nõustus kahju tekitamisega;
- 3) kahju tekitaja tegutses õigustatud hädakaitse- või hädaseisundis;
- 4) kahju tekitaja kasutas oma õiguse teostamiseks või kaitseks omaabi, kui ta ei oleks vastavalt asjaoludele saanud õigeaegselt abi ametivõimudelt ja üksnes omaabi teel võis takistada nõude kaotsiminekut või selle maksmapaneku olulist raskenemist.

(3) Kahju tekitamist ei loeta õigusvastaseks, kui kahju tekitaja poolt rikutud sätte eesmärgiks ei ole kaitse sellise kahju eest, nagu kandis kahjustatu.

§ 3. Asjaolud, mille eest kahju tekitaja vastutab

(1) Lepinguvälise kahju tekitaja vastutab tema poolt tekitatud kahju eest üksnes juhul, kui ta tekitas kahju tahtlikult või hooletult, kui seaduses ei ole sätestatud teisiti.

(2) Hooletuseks loetakse käesoleva osa tähenduses isiku käitumist, kes ei järgi temal vastavalt asjaoludele ja tema isiklikele omadustele lasuvat hoolsust. Vajalik hoolsus määratakse, arvestades kahju tekitaja iga, haridust, teadmisi ning tema teisi võimeid ja omadusi.

§ 4. Kahju tekitamine noorema kui 14 - aastase isiku poolt

Noorem kui 14 - aastane isik ei vastuta oma käitumisega õigusvastaselt tekitatud kahju eest, kui see vastab õiglusele, arvestades isiku vanust, arengut, teo liiki, asjaosaliste majanduslikke suhteid, sealhulgas olemasolevat või käibes eeldatavat kindlustatust ja muid asjaolusid.

§ 5. Kahju tekitamine isiku poolt puuduse mõju all

(1) **Paragrahvis 4** sätestatud kohaldatakse ka 14 - aastase või vanema isiku vastutusele kahju tekitamise eest, kes on kahju tekitanud füüsilise või psüühilise puuduse mõju all olles. Mööduvaid häireid, mis viivad tagasi joovastavatele vahenditele, kahju hüvitamise kohustuse suhtes ei arvestata, kui häiritu ei ole oma olukorda sattunud asjaolude tõttu, mille eest ta ei vastuta.

§ 6. Kahju tekitamine mitme isiku poolt ühiselt

(1) Kui õigusvastast kahju tekitasid mitu isikut ühiselt või kui ei ole võimalik kindlaks teha, kes mitmest asjaosalisest on oma tegevusega kahju põhjustanud, vastutavad nad kahju eest solidaarselt.

(2) **Lõikes 1** sätestatud juhul loetakse kahju tekitajatega võrdseks ka kahju tekitanud teo organiseerijad, kihutajad ja kaasaaitajad.

(3) Kas ja millises ulatuses võivad **lõigetes 1 ja 2** nimetatud isikud esitada üksteise vastu tagasinõude, otsustab kohus vastavalt asjaoludele.

§ 7. Kahju tekitava tegevuse keelamise piirangud

(1) Kohus võib lükata tagasi nõude, millega taotletakse õigusvastast kahju tekitava käitumise keelamist, kui sellist käitumist tuleb mõistliku arusaama järgi taluda inimestevahelises kooselus või sallida tähtsate ühiskondlike huvide tõttu. Kahjustatu võib siiski nõuda kahju hüvitamist vastavalt käesolevas osas sätestatule

(2) **Paragrahvis 18** nimetatud juhtudel ei vastuta teenistuja või töötaja **lõikes 1** nimetatud käitumisega tekitatud kahju eest.

(3) Kohus võib siiski keelata käitumise, kui kahju tekitaja ei täida oma kahju hüvitamise või tagatise andmise kohustust.

§ 8. Teabe ümberlükkamine

(1) Kui isik vastutab andmete avaldamise või mittetäieliku avaldamise või faktilise iseeomuga andmete eksitava avaldamise eest, võib kohus kahjustatud isiku nõudel ette näha andmete ümberlükkamise või paranduse kahju tekitaja kulul avaldamise kohtu poolt määratud viisil.

(2) **Lõikes 1** sätestatud kohaldatakse ka juhul, kui kahju tekitamine ei olnud õigusvastane, kuna andmete avaldaja ei teadnud andmete ebaõigsusest või mittetäielikkusest ega pidanudki seda teadma.

2. peatükk. MITTEVARALISTE ÕIGUSTE KAHJUSTAMINE

§ 9. Au teotamine

Isik võib nõuda au teotamise lõpetamist, tema au teotavate andmete ümberlükkamist, kui au teotaja ei tõenda nende vastavus tegelikkusele, samuti au teotamisega tekitatud kahju hüvitamist.

§ 10. Eraelu kaitse

(1) Isik võib nõuda tema eraelu puutumatuse rikkumise lõpetamist ning rikkumisega tekitatud kahju hüvitamist.

(2) Eraelu puutumatuse rikkumiseks loetakse ilma seadusliku aluseta ja isiku tahte vastaselt:

- 1) isiku eluruumi sisenemist või kinnisasjal viibimist;
- 2) isiku ja tema valduses olevate asjade läbiotsimist;
- 3) isiku poolt või temale posti, telegraafi või muul üldkasutataval viisil edastatavate andmete saladuse rikkumine, samuti isiku käsikirjade, kirjavahetuse, märkmete ja muude isiklike dokumentide või andmete kasutamist;
- 4) isiku sidevahendite kaudu teabe saamist või nende töö katkestamist;
- 5) isiku eraelu vaatluse all hoidmist;
- 6) andmete kogumist isiku eraelu kohta.

(3) Kohus võib eraelu puutumatuse rikkumiseks tunnistada ka **lõikes 2** nimetatata tegeveuse, millega seadusliku aluseta või isiku tahte vastaselt kahjustatakse tema eraelu.

§ 11. Isiku nime kaitse

(1) Isik, kelle huve on kahjustatud tema nime kasutamisega, võib nõuda nime õigustamatu kasutamise lõpetamist, samuti sellega temale tekitatud kahju hüvitamist.

(2) **Lõikes 1** sätestatud kohaldatakse ka avalikult kasutatava varjunime suhtes.

§ 12. Muude mittevaraliste õiguste kaitse

Isik võib nõuda ka §-des 9 - 11 nimetatata mittevaraliste õiguste õigusvastase rikkumise lõpetamist ja sellega tekitatud kahju hüvitamist.

3. peatükk.

MAJANDUSLIKE HUVIDE KAHJUSTAMINE

§ 13. Majanduslikult kahjulike asjaolude avaldamine

(1) Kui isik avaldab või levitab teisele isikule majanduslikult kahjulikku asjaolu, peab ta hüvitama sellega tekitatud kahju, kui ta ei tõenda, et asjaolu vastab tegelikkusele.

(2) Kahju hüvitamise kohustust vastavalt lõikes 1 sätestatule ei ole, kui avaldajal või levitajal või isikul, kellele asjaolu avaldati või levitati, oli avaldamise või levitamise suhtes õigustatud huvi ning avaldaja või levitaja kontrollis asjaolu põhjalikkusega, mis vastab ähvardava tagajärje raskusele.

§ 14. Teabe avaldamise õigusvastasus

Isik, kes avalikustab või põhjustab sellise teabe avalikustamise, mis puudutab kaupu või teenuseid, mida tema või isik, kelle jaoks ta tegutseb, pakub oma majandus- või kutsealase tegevuse raames, tegutseb õigusvastaselt, kui see teave on eksitav ühes või mitmes osas, iseäranis kui see puudutab:

- 1) kaupade või teenuste olemust, koosseisu, kogust, kvaliteeti, tunnuseid või kasutusvõimalusi;
- 2) kaupade või teenuste päritolu, tootmise viisi ja aega;
- 3) kaupade või teenuste tarne kogust;
- 4) kaupade või teenuste hinda või selle arvutamise meetodit;
- 5) eripakkumise põhjuseid või eesmärki;
- 6) isikutele antud autasusid, tunnistusi või muid hinnanguid või avaldusi, või kasutatud teaduslikke või erialaseid termineid, tehnilisi tulemusi või statistilisi andmeid;
- 7) tingimusi, vastavalt millele kaupu tarnitakse, teenuseid osutatakse või makseid tehakse;
- 8) garantiide ulatust, sisu ja kestust;
- 9) isikut, kelle poolt või kelle juhtimise või järelevalve all või kelle kaasabil kaupa toodetakse või toodeti või teenuseid osutatakse;
- 10) võrdlust teiste kaupade või teenustega.

§ 14. Tõendamiskohustus ja kahju hüvitamine

(1) Kui vastavalt §-le 14 esitatakse nõue isiku vastu, kes täielikult või osaliselt on määranud või põhjustanud teabe sisu ja esitamise, kannab see isik teabes sisalduvate või sellest tulenevate asjaolude, millel väidetavalt põhineb

teabe eksitav iseloom, õigsuse ja täielikkuse tõendamise kohustust, välja arvatud juhul, kui selline tõendamiskohustuse jaotus ei ole mõistuspärane.

(2) Kui isik, kes täielikult või osaliselt on määranud või põhjustanud teabe sisu ja esitamise, on tekitanud kahju õigusvastaselt **§-le 14**, vastutab see isik sellest tuleneva kahju eest, välja arvatud juhul, kui ta tõendab, et kahju tekkis asjaolude tõttu, mille eest ta ei vastuta.

§ 15. Eksitava teabe ümberlükkamine

(1) Kui isik on tekitanud teisele isikule **§-s 14** nimetatud teabe avalikustamisega või avalikustamise põhjustamisega kahju või võib seda tõenäoliselt teha, võib kohus avalikustamise või avalikustamise põhjustamise teise isiku nõudel mitte ainult keelata, vaid määrata ka avaliku ümberlükkamise kohtu poolt määratud tingimustel.

(2) Esimeses lõikes nimetatud nõuded võib lisaks kahju kannatanule esitada ka juriidiline isik, kelle eesmärgiks on hoolitseda nende isikute huvide eest, kes teostavad majandus- või kutsealast tegevust või kes on kutsealasele või majandustegevusele mittesuunatud kaupade või teenuste tarbijad, samuti muud isikud juhul, kui teavet võib mõistuspäraselt pidada seotuks eesmärgiga, mida nad taotleavad ja kui teabe avalikustamine mõjutab või tõenäoliselt mõjutab seda eesmärki.

§ 16. Muu majanduslik kahjustamine

Kui isik asjaolude tõttu, mille eest ta vastutab, käitub mõnel järgnevalt nimetatud viisist, peab ta hüvitama sellest tekkinud kahju niivõrd, kui ta oleks pidanud kahju ulatust ette nägema:

1) annab teisele isikule varaliste asjaolude kohta ebaõiget teavet või puuduliku soovituset või seda vaatamata uutele arusaamistele ei paranda, kuigi talle kuulub tema kutsealase tegevuse tõttu eriline usaldusseisund ja teabe või soovituset saaja võis seda usaldust kasutada;

2) õigustamatu ähvarduse, ettevõtte toimimise faktiliste segamistega, lubamatu boikoti, demonstratsiooni, streigiga või muul õigusvastasel viisil sekkub teise isiku vabasse majandustegevusse ja põhjustab sellega teise isiku ettevõtte täieliku või osalise seiskamise;

3) teise isiku kutsealast või ärilist reputatsiooni ebakohaste väärtushinnangutega alavääristab.

4. peatükk.

VASTUTUS TEISTE ISIKUTE POOLT TEKITATUD KAHJU EEST

§ 17. Vastutus laste ja teovõimetute või piiratud teovõimega isikute eest

(1) Noorema kui 14 - aastase lapse käitumisega teisele isikule tekitatud kahju eest vastutavad tema vanemad (lapsendajad) või eestkostjad, kui kahju tekitamine oli muus osas peale lapse vanuse õigusvastane.

(2) 14 - 16 aastase lapse käitumisega teisele isikule tekitatud kahju eest vastutavad tema vanemad (lapsendajad) või eestkostjad, välja arvatud juhul, kui nad tõendavad, et keegi ei saa neile midagi ette heita lapse käitumise ärahoidmise osas.

(3) **Lõigetes 1 ja 2** sätestatud kohaldatakse ka isikute suhtes, kes võtavad lapse üle järelevalve teostamise kohustuse lepinguga.

(4) Lapse ja vanemate (lapsendajate), eestkostjate või **lõikes 3** nimetatud isikute omavahelises suhtes on vastutavaks üksnes vanemad (lapsendajad), eestkostjad või **lõikes 3** nimetatud isikud.

(5) **Lõigetes 1 - 4** sätestatud kohaldatakse ka teovõimetute või piiratud teovõimega isikute ja nende eestkostjate või hooldajate omavahelises suhtes.

§ 18. Vastutus töötajate ja teenistujate eest

(1) Kui õigusvastaselt põhjustab kahju töötaja, teenistuja või käsundisaaja, vastutab selle kahju eest tööandja või käsundaja, kui kahju tekitati seoses tööülesannete või käsundi täitmisega või kui tööülesannete või käsundi täitmise tõttu tekkis kahju tekitamise risk ja kui tööandjal või käsundajal oli vastavalt tema ja kahju tekitanu vahelisele õigussuhtele kontroll kahju tekitanud käitumise üle.

(2) Kui töötaja, teenistuja või käsundisaaja ei töötanud selle tööandja või käsundaja majandus- või kutsealases tegevuses, vastutab füüsilisest isikust tööandja või käsundaja üksnes juhul, kui töötaja, teenistuja või käsundisaaja, tegutses kahju tekitades sellise kohustuse täitmisel, mida tal oli kästud teostada.

(3) Kui kahju eest vastutavad nii tööandja või käsundaja kui töötaja, teenistuja või käsundisaaja, on nende vastastikuses suhtes kahju hüvitamiseks kohustatud ainult tööandja või käsundaja, välja arvatud juhul, kui kahju põhjustati töötaja, teenistuja või käsundisaaja tahtluse või raske hooletuse tõttu või kui kahju hüvitamine töötaja, teenistuja või käsundisaaja poolt on asjaolusid arvestades mõistuspärane.

§ 19. Vastutus esindaja eest

Kui esindaja tekitab esindusest tulenevate õiguste teostamisel õigusvastaselt kahju teisele isikule, vastutab kahju eest ka esindatav.

5. peatükk.
RISKIVASTUTUS JA MUU SÜÜTA VASTUTUS

1. jagu.
Üldsätted

§ 20. Riskivastutuse mõiste

(1) Kui kahju põhjustatakse seeläbi, et realiseerub eriti ohtlikule tegevusele iseloomulik risk, vastutab selle eest isik, kes seda käitab, isegi kui seejuures on tegemist õiguskorra poolt talutava tegevusega.

(2) Tegevus loetakse eriti ohtlikuks, kui see oma olemuselt või seejuures kasutatud ainete, vahendite või allikate poolest on kohane ka kogu asjatundja poolt oodatava hoolsuse rakendamise korral sagedasi või raskeid kahjusid tekitada. Seda tuleb iseäranis siis eeldada, kui võrreldava riski eest on seaduses juba eraldi vastutus ette nähtud.

(3) Erisätted teatud iseloomuliku riski eest jäävad kehtima.

§ 21. Süü arvestamine

(1) Kui eriti ohtliku tegevusega tegeleja või isiku, kelle eest ta on vastutav, süüline käitumine aitas kaasa kahju tekkimisele või suurenemisele, tuleb seda arvestada kui tema täiendavat süüd arvestada hüvitise arvestamisel (§ 25) ja selle jagamise vahel mitme vastutuskohustusliku isiku vahel (§ 28 ja 30).

(2) **Lõikes 1** sätestatud kohaldatakse vastavalt ka muudel juhtudel, milles seadus näeb ette isiku vastutuse sõltumata tema süüst.

§ 22. Transpordivahendi pidaja vastutus

(1) Rööbassõiduki, auto, õhusõiduki, veesõiduki või muu inimeste või asjade transportimiseks määratud mootoriga käitatava transpordivahendi pidaja peab, kui transpordivahendi käitamine põhjustab inimese surma või kahjustab tema keha või tervist või asja, hüvitama kahjustatule sellest tuleneva kahju.

(2) Hüvituskohustus vastavalt **lõikele 1** on välistatud, kui:

1) kahjustatakse veetavat asja, välja arvatud juhul, kui reisija seda kannab või kaasas kannab;

2) kahjustatakse transpordivahendi pidaja poolt hoidmiseks võetud asja;

3) õhusõiduki käitamise korral põhjustatakse veetava isiku surm või kahjustatakse tema keha või tervist;

4) veesõiduki käitamisel kahjustatakse muid asju (keskkokknakahjustused jms.);

5) kahju põhjustas vääramatu jõud või kannatanu tahtlus, välja arvatud juhul, kui see tekkis õhusõiduki käitamisel.

(4) Kui keegi kasutab transpordivahendit ilma pidaja teadmata ja tahteta, on pidaja asemel tema kohustatud kahju hüvitamiseks. Seejuures jääb pidaja kahju hüvitamiseks kohustatuks, kui transpordivahendi kasutamine sai võimalikuks asjaolude tõttu, mille eest ta vastutab. **Lauses 1** sätestatud ei kohaldata, kui

transpordivahendi kasutaja oli pidaja poolt seatud transpordivahendi käitamiseks või kui transpordivahend anti tema käsutusse talle üle pidaja poolt.

§ 23. Vastutus ohtlike asjade ja rajatiste eest

(1) Kui rajatisest lähtub selles toodetud, ladustatud või edastatud energia või tule- või lõhkeohtlike, mürgiste või söövitavate asjade tõttu eriline oht, peab rajatise pidaja, kui riski realiseerumise tõttu põhjustatakse inimese surm või kahjustatakse tema keha või tervist või asja, kahjustatule hüvitama sellest tuleneva kahju. Sama vastutus on asjade valdajatel, millest lähtub nende tule- või lõhkeohtlike, mürgiste või söövitavate omaduste tõttu eriline risk.

(2) Kui rajatisest või asjast lähtub muul kui **lõikes 1** nimetatud põhjusel eriline oht, peab rajatise pidaja või asja valdaja samal viisil ohu realiseerumisega tekkinud kahju hüvitama.

(3) Hüvituskohustust **lõike 1** järgi ei ole, kui kahju on tekkinud rajatise pidaja valduses oleva ehitise või kinnisasja sees.

(4) Hüvituskohustust **lõigete 1 ja 2** järgi ei ole, kui kahju on tekitatud vääramatu jõu poolt, välja arvatud juhul, kui see viib tagasi juhtumistike äralangemisele, mis teenivad varustamist elektrienergiaga, või mittekohalike torujuhtmerajatiste purunemisele või muule kahjustamisele nafta, naftatoodete või gaasi jaoks.

§ 24. Omanikuõiguste teostamine

Kes oma kinnisasja õiguspärase majandamise puhul, eriti ehitamise puhul, naabritele mõõduvalt ülemäärase, aga vältimatuid negatiivseid tagajärgi põhjustab ja sellega olulist kahju tekitab, sellelt võib nõuda tekitatud kahju hüvitamist.

§ 25. Tagavad abinõud

(1) Kes on ohustatud teise isiku hoonest või muust asjast tuleneva kahjuga, võib omanikult nõuda, et see võtaks ohu tõrjumiseks vajalikud abinõud tarvitusele.

(2) Kehtima jäävad avalik - õiguslikud korraldused ja määramised isikute ja asjade kaitseks.

§ 26. Ehitise ja muu sarnase asja valdaja vastutus

(1) Kes valdab ehitist, vastutab kahju eest, mis see kokkuvarisemise, osade eraldumise, sealt millegi väljaheitmise või allalangemisega või muul viisil isikule surma põhjustamise või tema keha või tervise kahjustamisega, asjade või keskkonna kahjustamisega põhjustab, välja arvatud juhul, kui ta tõendab, et kahju ei vii tagasi ei konstruktsiooni- ega korrashoiupuudusteni. Kehtima jääb valdaja võimalik tagasinõudeõigus teiste isikute vastu, kes on tema suhtes selle eest vastutavad on.

(2) Kui ehtis ei ole isiku omandis, kes seda õiguspäraselt valdab, vastutab omanik valdajaga solidaarselt.

(3) Ehitise varasem valdaja vastutab kahju eest solidaarselt, kui kokkuvarisemine või eraldumine tekib ühe aasta möödumisel pärast tema valduse lõppemist, välja arvatud juhul, kui ta oma valduse ajal käibes vajalikku hoolsust järgis või hilisem valdaja selle hoolsuse järgimisega ohu oleks tõrjuda võinud.

(4) Kes võtab üle ehitise alahoidmise valdaja jaoks või peab ehitist talle kuuluva kasutusõiguse tõttu üleval pidama, vastutab kokkuvarisemise või eraldumise läbi põhjustatud kahju eest samal viisil nagu valdaja.

(5) Eeeldatakse, et kinnisasja, kus ehitist asub omanik, on ka ehitise valdaja, kui ta ei tõenda vastupidist.

§ 27. Vastutus looma eest

(1) Kes peab looma, vastutab kahju eest, mis see tekitab isiku surma põhjustamisega või tema elu või tervise või asjade või keskkonna kahjustamisega. Looma omanik vastutab solidaarselt looma õiguspärase pidajaga.

(2) Kinnisasja valdaja võib kolmandatele isikutele kuuluvaid loomi, kes kinnisasjal kahju tekitavad, oma hüvitusnõude tagamiseks valdusse võtta ja, kui asjaolud seda õigustavad, isegi surmata. Ta on siiski kohustatud viivitamata looma omanikule sellest teada andma ja, kui omanik ei ole talle teada, tema väljaselgitamiseks vajalikud teod tegema.

§ 28. Vastutuse piiramatuse

(1) Vastutuse korral käesoleva peatüki kohaselt ei või kostja esitada vastuväitena oma vähest vanust ega vaimset või füüsilist puudust.

(2) Alla 14 a. lapse üle järelevalvet teostav vanem (lapsendaja) või eestkostja vastutab tema asemel **§-des 23 ja 27** nimetatud asjade ja loomade eest, välja arvatud juhul, kui neid kasutatakse majandustegevuses.

§ 29. Solidaarne vastutus

Käesolevas peatükis nimetatud juhtudel vastutavad kaasvaldajad või -pidajad tekitatud kahju eest solidaarselt.

2. jagu.

Vastutus puudulike toodete eest

§ 30. Tootja vastutus

(1) Toote valmistanud isik (tootja) vastutab kahju eest, kui puudustega toode põhjustab isiku surma või tema keha või tervise kahjustamise või asja hävimise või kahjustamise rohkem kui 9000 krooni ulatuses ja toode on sellist liiki, mida kasutatakse tavaliselt eraviisiliselt või tarbimiseks ja kahjustatud isik kasutas seda põhiliselt eraviisiliselt.

(2) Tootja ei vastuta puudustega tootele endale põhjustatud kahju eest.

(3) Kui kahju eest, mis puudustega toote läbi põhjustati, vastutavad mitu isikut, vastutavad nad solidaarselt. Hüvituskohustuslaste omavahelises suhtes sõltub, kui ei ole määratud teisiti, kohustus hüvitamiseks ning sooritatava hüvituse ulatus asjaoludest, iseäranis sellest, kuivõrd kahju on esmajoones põhjustatud ühe või teise poole poolt.

§ 31. Tootja

(1) Tootjaks loetakse käesoleva peatüki tähenduses:

- 1) isikut, kes valmistab lõpptootet, tooraine või toote osa;
- 2) iga isikut, kes pakub ennast välja tootjana, kui ta näitab tootel oma nime, kaubamärgi või muu eraldustähise;
- 3) iga isikut, kes impordib toote Eestisse müügi, üürimise või muu turustamisviisi eesmärgil oma majandustegevuse raames.

(2) Kui toote tootjat ei saa kindlaks teha, loetakse tootjaks iga isik, kes on toote kahjustatud isikule tarninud, kui ta kahjustatud isikule pärast vastavat üleskutset mõistuspärase aja jooksul tootjat või isikut ei nimeta, kes talle toote tarnis.

(3) **Lõikes 2** sätestatud kohaldatakse ka imporditud toodetele, mille puhul ei saa importööri kindlaks teha, isegi kui tootja nimi on tootel näidatud.

§ 32. Toode

(1) Tooteks loetakse käesoleva seaduse tähenduses iga vallasasja, ka kui see on osaks teisest vallasasjast või kinnisasjast, samuti elektrit.

(2) Põllumajanduslikke maasaadusi, samuti loomakasvatus-, mesindus-, kalandus- ja jahindussaadusi loetakse alles siis toodeteks, kui need on läbinud esmase käitlemise või töötlemise.

§ 33. Puudused

(1) Toode on puudustega, kui see ei paku ohutust, mida isik on õigustatud ootama, arvestades kõiki asjaolusid, iseäranis:

- 1) liiki ja viisi, kuidas toodet avalikkusele esitleti;
- 2) toote kasutusviisi, millega mõistuspäraselt arvestada võib;
- 3) aega, millal toode käibesse lasti.

(2) Toodet ei loeta olevaks puudustega mitte ainult põhjusel, et hiljem on käibesse lastud parem toode.

§ 34. Tootja vabanemine vastutusest

(1) Tootja ei vastuta tootest tuleneva kahju eest, kui ta tõendab, et:

- 1) ta ei ole toodet käibesse lasknud;
- 2) vastavalt asjaoludele on tõenäoline, et kahju põhjustanud puudus ei olnud veel olemas tootja poolt toote käibesse laskmise ajal või et see puudus tekkis hiljem;

3) ta ei valmistanud toodet ei müügiks ega muuks majandusliku eesmärgiga turustusvormiks ega valmistanud ega turustanud seda oma kutsealase tegevuse raames;

4) puudus tuleneb sellest, et toode vastab avaliku võimu poolt kehtestatud kohustuslikele nõuetele;

5) puudust ei saanud toote käibesse laskmise teaduslike ja tehniliste teadmiste taseme järgi ära tunda.

(2) Tooraine või toote osa tootja ei vastuta lisaks, kui ta tõendab, et tooraine või pooltoote puudus tuleneb lõpptoote konstruktsioonist või selle lõpptoote tootja poolt antud juhistest.

(3) Kohus võib otsustada tootja vastutuse välistamise või vähendamise, kui asjaolusid arvestades võib eeldada, et kahju tekkis nii toote puuduse kui asjaolude tõttu, mille eest vastutab kahju kannatanu või isik, kelle eest viimane vastutab. Tootja vastutust ei või vähendada, kui kahju tekkis nii toote puuduse kui kolmanda isiku käitumise tulemusena, kuid nende omavahelises suhtes kohaldatakse vastavalt § 6 lauses 2 sätestatut.

§ 35. Tõendamiskohustus

Kahju kannatanu peab tõendama kahju, puuduse ja põhjusliku seose puuduse ja kahju vahel.

§ 36. Vastutuse välistamine

Kokkulepped, mis käesolevast peatükist tulenevat vastutust kahjustatud isiku suhtes piiravad või välistavad, on tühised.

§ 37. Vastutuse maksimumsumma

(1) Kui isikutele tekitatud kahjud on põhjustatud toote või samasuguse veaga samade toodete poolt, vastutab kahju hüvitamiseks kohustatud isiku kuni ühe miljardi krooni ulatuses.

(2) Kui mitmele kahjustatud isikule sooritatavad hüvitused ületavad **lõikes 1** ette nähtud maksimumsumma, vähenevad üksikud hüvitused suhtes, milles nende kogusumma suhtub maksimumsummasse.

§ 38. Aegumine ja nõuete lõppemine

(1) Käesolevast peatükist tulenevad nõuded aeguvad kolme aasta jooksul arvates päevast, millal kahjustatu kahjust, puudusest ja tootja isikust teada saab või teada saama peab. Kui hüvituskohustuslase ja hüvitusõigustatu vahel toimuvad läbirääkimised kahju hüvitamise suuruse üle, on aegumine peatunud kuni läbirääkimiste jätkamisest keeldutakse.

(2) Käesolevast peatükist tulenevaid kahjustatud isiku nõudeid ei või enam esitada, kui kahju põhjustanud toote käibesse laskmise päevale järgnevast päevast on möödunud 10 aastat, välja arvatud juhul, kui kahjustatud isik on selleks ajaks esitanud hagi tootja vastu.

§ 39. Sätete kohaldamine

(1) Käesolevas peatükis sätestatud ei kohaldata kahju korral, mis tuleneb tuumaõnnetustest ja on kaetud Eesti poolt ratifitseeritud rahvusvaheliste konventsioonidega.

(2) Käesolevas peatükis sätestatud ei mõjuta poole õigusi lepingulisest või lepinguvälisest vastutusest.

6. peatükk.

RIIGI JA KOHALIKU OMAVALITSUSE ÜKSUSTE VASTUTUS AVALIKE FUNKTSIOONIDE TÄITMISEL TEKITATUD KAHJU EEST

1. jagu.

Üldsätted

§ 40. Riigi ja kohaliku omavalitsusüksuse vastutus

(1) Riik või kohaliku omavalitsuse üksus peab hüvitama isikule ebaõige teo või tegevusega avaliku võimu teostamisel või sellega seotud tegevuses põhjustatud kahju.

(2) **Lõikes 1** sätestatud kohaldatakse ka avalik - õiguslikele juriidilistele isikutele. **kahtlane**

(3) Tehnilise seadme riket loetakse kohustuse rikkumiseks, kui kohustuste kandjal on inimeste asemel selle seadmega võimalik teostada iseseisvat avalikku võimu ja rike vastaks nende kohustuste rikkumisele inimeste poolt.

(4) Isikud, kes rikuvad kohustust, samuti organid ja asutused, ei vastuta kahjustatu ees. Organid käesoleva peatüki tähenduses on kõik seaduste täitmisel (kohtualluvus või haldus) tegutsevad füüsilised isikud sõltumata sellest, kas nad on ametisse määratud kestvalt või ajutiselt või üksikjuhtumil, kas nad on valitud, nimetatud või muul viisil määratud organid ja kas nende suhte üle õiguskandjaga otsustatakse avaliku või eraõiguse alusel.

(5) Riigi ja kohaliku omavalitsusüksuse poolt avaliku võimu teostamisel tekitatud kahju hüvitamisele kohaldatakse vastavalt kahju hüvitamise üldiseid sätteid, kui järgnevatest sätetest ei tulene teisiti.

§ 41. Kahju hüvitamise piirangud

(1) Kahjustatud isikul ei ole kahju hüvitamise nõudmise õigust, kui kohustuste rikkumist ei olnud antud asjaoludel võimalik ka nõutavaid hoolsusnõudeid järgides avaliku võimu teostamisel vältida. See ei kehti **§ 40 lõikes 3** sätestatud juhul.

(2) Kui kohustuste rikkumine seisneb õigusvastases põhiõigustesse sekkumises, tuleb kahju hüvitada ka **lõikes 2** nimetatud nõutavate hoolikuse nõuete järgimisel.

(3) **Paragrahv 40 lõikes 3 ja käesoleva § lõikes 3** sätestatud juhtudel ei või kahjustatud isik nõuda saamata jäänud tulu ega mittevaralise kahju hüvitamist.

(4) Kui avaliku võimu teostamisel tehtud otsusest tulenevalt kahju kannatanud isik ei esita sellele otsusele asjaoludel, mille eest ta vastutab, kaebust õiguskaitsevahendite kohaldamiseks või ei kasuta muid õiguskaitsevahendeid, iseäranis ei pöördu halduskohtu poole, ja kui ta ei saa esitada tegemata jätmisele mõistlikke vabandusi, ei teki vastutust **§ 40** alusel selle kahju eest, mida oleks saanud ära hoida sellise kaebuse esitamisel või kaitsevahendite kasutamisel.

(5) Äritegevusega sekkumisega tekkinud kahjude eest on **§-s 40** ette nähtud rahaliste kaotuste hüvitamine lubatud ainult juhul ja määral, kui see näib mõistuspärane, arvestades sekkumise iseloomu ja kestust, kahju põhjustanud ebaõige teo või tegevusetuse iseloomu ja muid olulisi asjaolusid.

(6) **Paragrahv 40** alusel määratud hüvitust vara kaotuse või kahjustamise eest võib vähendada, kui see näib mõistuspärane, arvestades olemasolevat kindlustuskatet või sellise katte saamise võimalusi.

(7) **Paragrahv 40** alusel ei saa riigi vastu esitada kahju hüvitamise nõuet Riigikogu, Vabariigi Valitsuse, Riigikohtu, Vabariigi presidendi otsuste, kuni selle otsuse tühistamise või muutmiseni. Samuti ei saa sellist nõuet esitada madalama astme kohta või organi otsuse peale, mis on kaevatud edasi apellatsioonikorras ja kui seda otsust on menetletud Valitsuse või Riigikohtu poolt ilma seda otsuse tühistamise või muutmiseta.

§ 42. Vastutus õigusmõistmise ja seadusandluse puhul

(1) Kui kohustuste rikkumine seisneb kohtuvõimu õigusvastases otsuses, mis lõpetab kohtuliku menetluse siduva toimega, või kohtulikus sanktsioonis, millega püütakse saada otsusele aluseid, siis hakkab vastutus kehtima vaid siis, kui kohustuste rikkumine on kriminaalkuritegu või on otsus jõustunud tühistatud. See toimub juhul, kui kohustuste rikkumine on kahjustanud kolmandat isikut, keda otsuse siduv toime ei puuduta. Muud õigustmõistva võimu tegevust käesolev seadus ei puuduta.

(2) Kui kohustuste rikkumine seisneb seadusandja õigusvastases tegevuses, siis hakkab vastutus kehtima ainult siis, kui ja kuivõrd see on sätestatud seadusega. Täidesaatva või õigustmõistva võimu vastutust kohustuste rikkumise eest, mis põhineb eranditult seadusandja tegevusel, see ei puuduta.

§ 43. Hüvitus keha või tervise kahjustamise korral

(1) Kui keha või tervise kahjustamise tagajärjel kaotas kahjustatu töövõime või see vähenes või kui suurenesid tema vajadused, hüvitatakse kahju rahalise rendise maksmise teel.

(2) Rendis tuleb välja maksta iga kuu ette. Kahjustatule makstakse täisrendis ka selle ajavahemiku eest, mille kestel ta enne selle lõppemist sureb.

(3) Rendise asemel võib kahju saaja nõuda hüvitust ühekordse maksena, kui tal on selleks mõjuv põhjus.

(4) Nõuet ei välistata seepärast, et ülalpidamise peab kahjustatule tagama keegi teine.

§ 44. Vara sundvõõrandamine ja ohverdamine

(1) Puutumata jäävad hüvitusnõuded sundvõõrandamise ja üldiseks hüvanguks ohverdamise korral.

(2) Kui sekkumine kellegi õigustesse, mis seaduse alusel nõuab sundvõõrandamist või ohverdamist üldiseks hüvanguks, on õigusvastane, siis võidakse nõuda õigustesse sekkumisest seadusega tagatud hüvitusnõuete kõrval esitada nõudeid käesoleva peatüki järgi.

(3) Kui sekkumine tingib sundvõõrandamise või ohverdamise üldiseks hüvanguks, ilma et hüvituse laad ja suurus sellise õigustesse sekkumise eest oleks seadusega reguleeritud, siis vastutab kohustuste kandja samuti kui õigusvastase põhiõigustesse sekkumise eest, kui tema vastutust ei määra kindlaks käesoleva peatüki sätted.

§ 45. Vastutus erisätete alusel

(1) Käesolevast peatükist tulenevate nõuete kõrval võib esitada nõudeid samadel asjaoludel sätete alusel, mis puudutavad

1) avalik-õiguslikest lepingutest ja analoogsetest õigussuhetest, kaasa arvatud töösuhetest tekkivat vastutust;

2) vastutust ohu tekitamise korral, eriti ohtlike ettevõtete, rajatiste ja materjalide omanike või valdajate, kahjulike keskkonnamõjude tekitajate või loomapidajate puhul,

3) avalikõiguslikku hüvitamist võimude poolt tekitanud kahjude kompenseerimiseks või leevendamiseks, kui hüvitusnõudeid ei ole võimalik esitada **§ 44 lõike 2 ja 3** alusel;

4) avalikõiguslikke kahjutasusid ja nende menetlust, eriti maksude maksmise korra järgi.

(2) Käesolevas peatükis sätestatud kohaldatakse riigile või kohaliku omavaltsuse üksusele eriseadustest tuleneva vastutuse suhtes üksnes niivõrd, kui vastavas eriseaduses ei ole sätestatud teisiti.

§ 46. Vastutus kahju hüvitamise üldsätete järgi

(1) Riigi või kohaliku omavalitsuse üksuse vastutus tema osalemise korral eraõiguskäibes põhineb sellele kehtivatel sätetel, kui seaduses ei ole sätestatud teisiti.

(2) Kohustuste kandja vastutab ka avaliku võimu teostamisel tekitatud kahjue eest ainult eraõiguse sätete alusel:

1) oma kinnisasjade, veekogude, ehitiste ja muude rajatiste käibe tagamise kohustuse rikkumisel;

2) osalemisel maismaa-, vee- ja lennuliikluses;

3) reisijate ja kaupade vedamisel transpordiettevõtete poolt, kaasa arvatud raudtee ja posti teenustega;

4) arstlikul ja stomatoloogilisel ravil, välja arvatud ravi, mida tehakse patsiendi tahte vastaselt;

5) varustamisel vee ja energiaga.

(3) **Paragrahv 44 ja 45 lõikes 1** nimetatud nõudeid võib esitada lisaks **lõikes 2** nimetatud nõuetele, kui nad puudutavad samu asjaolusid.

(4) Avalikku käibesse antud teede, tänavate, väljakute ja veeteede ning veekogude kasutamise tagamise kohustust loetakse käesoleva peatüki tähenduses avalik-õiguslikuks kohustuseks. Selle rikkumise eest vastutab kohustuste kandja ainult käesolevas peatükis sätestatu järgi. Sellisel juhul **§ 41 lõikes 2** sätestatut ei kohaldata.

(5) Isikud, kelle kaudu kohustuste kandja teostab **lõigetes 1 - 3** nimetatud tegevusi, kahju saaja ees ei vastuta. Nende asemel vastutab kohustuste kandja, kelle nimel nad tegevust teostasid.

§ 47. Tagasinõuded

(1) Kui isik hüvitab kahjusaanule kahju käesolevas peatükis sätestatu alusel, võib ta isikute vastu, kes tema organitena tegutsesid või rikkusid õigust või põhjustasid õigusrikkumise tahtlikult või raske hooletuse tõttu, esitada tagasinõude.

(2) Kui organ rikkus õigust või põhjustas õigusrikkumise raske hooletuse tõttu, võib kohus õigluse eesmärgil tagasinõuet alandada.

(3) Kollegiaalorgani poolt vastu võetud otsuste ja korralduste eest vastutavad ainult hääleõiguslikud liikmed, kes hääletasid selle poolt. Kui aga otsus või korraldus põhineb aruandja asjaolude mittetäielikul või ebaõigel edastusel, ei vastuta ka need hääleõiguslikud liikmed, kes selle poolt ei hääletanud, välja arvatud juhul, kui nad jätsid raske hooletuse tõttu järgimata kohustustele vastava hoolsuse.

(4) Organi vastu ei või esitada tagasinõuet tegevuse eest, mis toimus juhi korraldusel, välja arvatud juhul, kui organ järgis ilmselt pädevusetu juhi korraldust või rikkus korralduse järgimisel kriminaalseadust.

(5) Organ võib tagasinõudele esitada igasuguseid kahju hüvitatu poolt esitamata jäänud vastuväited ja sellega vabaneda hüvitusest niivõrd, kui need vastuväited oleksid mõistlikulot kasutatuna viinud hüvitusnõude suhtes teistsuguse otsuse tegemiseni.

§ 48. Kohtueelne menetlus

(1) Kahjustatu peab isikule, kelle vastu ta soovib hüvitusnõuet esitada, esmalt esitama kirjaliku avalduse kolmekuise tähtaja jooksul avaldust selle kohta, kas isik tunnustab hüvitusnõuet või keeldub hüvitamisest täielikult või osaliselt. Kui kahjustatu ei esita isikule nõudeõiguse tunnustamise avaldust või ei tee seda piisavalt selgelt või kui ta esitab hagi kohtusse enne kolmekuise tähtaja möödumist või esitab nõude alles õigusvaidluse käigus, on õiguskandjal kolme kuu jooksul alates nõude esitamisest, maksimaalselt aga kuni suulise menetluse lõpuni õigus kohtukulude hüvitamisele, kui ta hüvitusnõuet tunnustab või selle täidab.

(2) Kui nõue soovitakse esitada Eesti Vabariigi vastu, tuleb **lõikes** nimetatud avaldus hüvituse saamiseks või hüvitusnõude tunnustamiseks esitada Rahandusministeeriumile. Avalduses tuleb kirjeldada tegu, mis kahjusaanu arvamuse põhjal oli piisavaks aluseks hüvitusnõudele ning hüvitusnõue esitada täpsete arvudena. Samuti peab kahjustatu nimetama ära teenistusasutuse, mille organ tema väidete kohaselt õigusvastaselt toimis. Kui kahjustatu võib seejuures toetuda teenistusasutuse dokumentidele, siis peab ta ära tooma

dokumendinumbriga. Kõik kahjusaanu käes olevad dokumendid tuleb originaalis või ära kirjutada lisada.

(3) Rahandusministeerium teavitab kahjustatud sellest, kas tema hüvitusnõuet tunnustatakse või lükatakse täielikult või osaliselt tagasi.

§ 49. Kohtulik menetlus

(1) Riiklikku vastutust puudutavate vaidluste suhtes langetab otsuse vastava maa- või linnakohus, mille piirkonnas asub ametkond või asutus, kelle tegevusel põhineb kahju hüvitamise nõue.

(2) Kohus uurib asjaolusid ametikohustuste korras. Ta võib määrata tunnistuste kogumist ning peale osapoolte ära kuulamist võtta arvesse ka selliseid asjaolusid, mida osapooled esitanud ei ole. Tagaselja otsus kostja vastu ei ole lubatud.

(3) Kui on vaja tühistada õigusvastase sanktsiooni täitmine või kõrvaldada muid avaliku võimu õigusvastase teostamise tagajärgi, uleb otsuses teatada, kas ja kuidas tuleb tagajärjed kõrvaldada.

(4) Hüvitusnõude esitamisel ei pea määratud organit nimetama. Piisab tõendusest, et kahju võis tekkida ainult kostjaks oleva isiku organi õigusrikkumise tõttu.

(5) Kui hüvitusnõue tuleneb esimese või teise astme kohtu esimehe käsutusest või ühe nende kohtute kollegiaalsest otsusest, määrab kõrgemalseisev kohus arutamiseks ja otsustamiseks mõne teise sama astme kohtu.

(6) Kostjaks olev õiguskandja peab õiguskandjatele ja organitele, keda ta kahju tekitamise eest vastutavaks peab, teatama õigusvaidluse algatamisest ning viimased võivad õigusvaidlusega ühineda kolmandate isikutena.

(7) Kui õigusvaidluse otsus sõltub haldusasutuse otsuse õigusvastasuse küsimusest, mille kohta puudub veel halduskohtu või Riigikohtu põhiseaduskooleegiumi otsus, ja kui kohus peab seda otsust õigusvastaseks, peab ta menetluse katkestama, kui hagi ei saa § 41 lõike 4 alusel tagasi lükata ja nõudma otsuse õigusvastasuse tuvastamist. Pärast otsuse saabumist peab kohus menetlust jätkama ja õigusvaidluse suhtes langetama otsuse, millele on siduv vastava otsuse teinud kohtu õiguslik seisukoht.

(8) Kui algatatud distsiplinaarmenetluse tulemus mõjutab eeldatavasti õigusvaidluse otsust, võib kohus ise enne suuliseks arutuseks määratud päeva katkestada avalduse alusel või ametikohustuste korras hagi menetlemise kuni distsiplinaarmenetluse lõppemiseni.

§ 49. Nõuete aegumine

(1) Käesolevast peatükist kahjustatud tulenevad nõuded aeguvad kolme aasta jooksul pärast kahjustatud isiku kahjust ja ametkonnast või asutusest teadasaamisest, kelle tegevuse tulemusena kahju tekkis, sõltumata sellest aga kümne aasta möödumisel kohustuste rikkumist.

(2) Kuriteoga tekitatud kahju hüvitamise nõue aegub kümne aasta möödumisel kahju tekitamisest.

(3) **Paragrahv 47** sätestatud tagasinõuded aeguvad kuue kuu möödumisel arvates päevast, millal kahju hüvitaja tunnistas hüvitusnõuet kahjustatu suhtes või kui temal jõustunud otsusega hüviotus välja mõisteti.

(4) Nõuded võlgnetavate osamaksete tasumiseks aeguvad neli aastat peale väljamaksmise tähtaja saabumist.

(5) **Paragrahv 42 lõikes 1** sätestatud juhul hakkab aegumistähtaeg kulgema arvates kohtuotsuse äramuutmisest.

(6) Kui kahju tekitaja ja kahjustatu vahel on läbirääkimised tasutava hüvituse osas veel pooleli, on tähtaeg peatatud seni, kuni üks või teine pool keeldub läbirääkimiste jätkamisest.

2. jagu. Politseistegevusega tekitatud kahju hüvitamine

§ 50. Politseistegevusega tekitatud kahju hüvitamine

(1) Eesti Vabariik peab **käesolevas jaos** sätestatud järgides hüvitama kahju, mille on politsei- või muu avaliku korrakaitseorgan otseselt tekitanud oma sunniõiguste teostamisel sunnimeetmetega, kui sündi teostati Eesti Vabariigi territooriumil täitealal ja selle ajendiks ei olnud kahjustatu õigusvastane tegevus.

(2) Isikul, kellele tekib kahju **lõike 1** tähenduses kehavigastuse või füüsilise asja kahjustamisega, on õigus nõuda rahalist hüvitust ulatuses, milles see kahju ei ole kaetud kindlustuse või kuriteo ohvrile ette nähtud hüvitusega. Mittevaralise kahju hüvitamise nõuet ei ole.

(3) Kui kahju tekkimisel on süüdi ka kahjustatu, kannab ta selle eest vastutust proportsionaalselt. Kui vastutussuhet ei ole võimalik kindlaks teha, kannab ta poole vastutusest.

(4) Käesolevas jaos sätestatud kohaldatakse vastavalt kriminaaltäitemenetluse rakendamisel tekiatud kahju eest. Siseministrile vastavalt käesolevas jaos sätestatule kuuluv pädevus kuulub sellisel juhul justiitsministrile. **Paragrahvides 50 - 53 ja 55** sätestatud kohaldatakse vastavalt ka tollitöötajate poolt oma tegevusega õigusvastaselt tekitatud kahju eest.

§ 51. Nõuete üleminek

(1) Kahjustatu õigus nõuda seoses sunniõiguse teostamisega kolmandate isikute suhtes **§-s 50** nimetatud kahju hüvitamist, läheb Eesti Vabariigile üle ulatuses, milles see teeb makseid vastavalt käesolevas jaos sätestatule.

(2) Eesti Vabariigi tagasinõuded isikute vastu, kes tegutsesid tema organitena, esitatakse vastavalt **1. jao** sätetele.

§ 52. Suhe kindlustusega

(1) Kui kahjustatul on kindlustushüvise nõudeõigus, mida tuleb arvestada võtta hüvitise suuruse määramisel, peab ta sellest teatama siseministrile enne otsuse langetamist.

(2) Hüvitise saaja, kes sai **1. lõike** järgsest nõudeõigusest teada alles tagantjärele, peab sellest teatama siseministrile ühe kuu jooksul peale sellest teadasaamist.

(3) Siseminister peab hüvitise saajalt nõudma tagasihüvitust, kui see hüvitus maksti kahju eest, mis oli kaetud kindlustushüvisega. Sellele lisaks tuleb

nõuda, välja arvatud **lõike 2** järgi õigeaegselt teatamise korral, ebaõigelt määratud summa eest alates tasumisest või **lõikes 2** nimetatud tähtaja möödumisest kogunenud seaduslikke intresse.

§ 53. Kahjustatu teavitamine

Organ, kes sunniõigust kasutas, peab teavitama kahjustatut tekkinud kahjust ja talle käesolevast peatükist tulenevatest õigustest ja võimalustest, samuti tema poolt saadaoleva kindlustushüvitusest teatamata jätmise õiguslike tagajärgede eest.

§ 54. Kohtuvälise menetluse erisused

(1) Hüvitusnõuded **§ 50** järgi tuleb esitada kirjalikult siseministrile, kes peab sellest informeerima rahandusministeeriumi. Kui avalduse esitaja esitab ka **1. jaost** tulenevaid nõudeid, loetakse seda ka avalduseks **1. jao** tähenduses.

(2) Kui hüvitusnõuded, mille puhul on võimalik tugineda **§-le 50**, esitatakse otse Rahandusministeeriumile, peab viimane sellest teavitama Siseministeeriumit. Kui Siseministeeriumile ei ole juba **lõike 1** järgi avaldust esitatud, peab ta tegema järelepärimise selle kohta, kas avaldust kavatakse esitada. Kui sellisel juhul esitatakse **§ 50** järgi hüvitusnõue 14 päeva jooksul, loetakse avaldus siseministrile saabunuks teabe saabumise päeval.

(3) Siseminister teeb avalduse kohta otsuse ning seejuures, ilma et avalduse esitaja poolt täpsustatud nõue oleks talle siduv, määrama ära hüvituskohustuse olemasolu ja vajaduse korral vastaval juhul avalduse esitaja süülisusega proportsionaalse õigustatud hüvituskvoodi ning selle ning saadud kahju põhjal tuleneva hüvitise suuruse. Otsust ei või vaidlustada halduskohtus.

(4) Kui kahjustatule määratud hüvitus ületab 30 000 krooni, peab siseminister enne otsustamist saama ekspertiisi rahandusministeeriumilt.

§ 55. Kohtuliku menetluse erisused

(1) Hüvitusnõuestest **§ 50** järgi tulenevalt võib Eesti Vabariigi vastu esitada hagi kohtusse pärast otsuse tegemist **§ 54** järgi või pärast kolme kuu möödumist vastava avalduse saabumisest siseministrile, kui otsust ei ole selle ajakooksul tehtud.

(2) Siseministri poolt tehtud hüvituse määramise otsus kaotab hagi esitamisel kehtivuse, selles määratud hüvitus loetakse aga siiski Eesti Vabariigi poolt tunnustatuks.

(3) Kui sama kahju eest esitatakse Liidu vastu hüvitusnõue ka **§. jao** sätete alusel, ei takista see otsust käesoleva paragrahvi järgi.

... osa

Alusetu rikastumine

§ 1. Alusetu rikastumine

(1) Kui isik on teise isiku soorituse tõttu või muul käesolevas osas sätestatud viisil midagi ilma õigusliku aluseta saanud, peab ta alusetult saadu (rikastumise) teisele isikule välja andma. Kui isik on teise isiku arvel rikastunud muul kui käesolevas osas sätestatud viisil, kohaldatakse vastavalt käesolevas osas sätestatut.

(2) Vara tagastamise ja üleandmise kohustusest vabastamine vastavast nõudeõigusest ette loobumisega on tühine.

§ 2. Alusetult sooritatu tagasinõudmine

(1) Kui isik (sooritaja) on olemasoleva või tulevase või tingimusliku kohustuse täitmiseks teisele isikule midagi sooritanud, võib ta sooritatu sellelt isikult (saaja) tagasi nõuda, kui kohustust ei olemas, kohustus ei teki või langeb hiljem ära või kui kohustusele on vastuväide, mis välistab kehtvalt selle sissenõutavuse.

(2) Isikul ei ole 1. lõikes nimetatud tagasinõudeõigust, kui:

- 1) sooritus vastas moraalsele kohustusele;
- 2) kohustus oli aegunud;
- 3) saaja võis mõistuspäraselt eeldada, et sooritaja tahtis sooritatu vaatamata 1. lõike nimetatud asjaolude olemasolule sooritamisel talle jätta;
- 4) tühise tehingu täitmiseks sooritatu tagasinõudmine oleks vastuolus tühisust ette nägeva seaduse sätte eesmärgiga.

§ 3. Suhted kolmandate isikutega

(1) Kui isik on §-s 2 nimetatud juhul isiku korraldusel, keda ta pidas ekslikult oma võlausaldajaks, sooritanud kolmandale isikule, võib ta võlausaldajaks peetult sooritatu tagasi nõuda nii nagu ta oleks sooritanud temale. Kui võlausaldajaks peetud isik ei ole sooritust talle arvestataval viisil ajendanud, on tagasinõue suunatud isiku vastu, keelele sooritus tehti.

(2) Kui isik on §-s 2 nimetatud juhul ekslikult eeldatud lepingu alusel teise isikuga kolmandale isikule sooritanud, võib ta sooritatu teiselt isikult tagasi nõuda nii nagu ta oleks sooritanud temale. Kui teine isik ei ole sooritust talle arvestataval viisil ajendanud, on tagasinõue suunatud ainult isiku vastu, kellele sooritus tehti.

(3) Kui isik on §-s 2 nimetatud juhul pärast nõude loovutamist ekslikult eeldatud uuele võlausaldajale sooritanud, võib sooritatu ekslikult eeldatud algselt võlausaldajalt tagasi nõuda, nii nagu ta oleks sooritanud temale. Kui ekslikult eeldatud algne võlausaldaja ei ole sooritust talle arvestataval viisil ajendanud, on tagasinõue suunatud ainult ekslikult eeldatud uue võlausaldaja vastu.

(4) Lõigetes 1. - 3. nimetatud juhtudel kohaldatakse vastavalt §-des 6 ja 7 sätestatut.

§ 4. Käitumise ajendil sooritud tagasinõudmine

(1) Kui sooritaja sooritab saajale mitte kohustuse täitmiseks, vaid eesmärgiga ajendada saajat teatud käitumiseks ja saaja sai niisugusest kavatsusest aru või pidi sellest aru saama, võib ta sooritud tagasi nõuda, kui sellist käitumist ei toimu.

(2) Sooritajal ei ole 1. lõikes nimetatud tagasinõudeõigust, kui selle eesmärgi saavutamine oli algusest peale võimatu ja sooritaja teadis seda või pidi seda teadma või kui sooritaja takistas eesmärgi saavutamist hea usu vastaselt.

§ 5. Sunni tõttu sooritud tagasinõudmine

Kui sooritaja sooritab saajale mitte kohustuse täitmiseks, vaid sunni alusel, võib sooritaja sooritud tagasi nõuda, välja arvatud juhul, kui saaja tõendab, et tal oli nõudeõigus üleandmisele.

§ 6. Tagasinõude ulatus

(1) Sooritud võib saajalt §-des 1 - 3 nimetatud juhtudel välja nõuda tema poolt sooritud, saadud viljad, samuti selle, mis saaja omandab sooritud eseme hävimise, kahjustamise või äravõtmise eest. Kui alusetu täitmine sisaldab rahasummat, on nõue sama summa ulatuses.

(2) Kui väljaandmine 1. lõike järgi ei ole sooritud olemuse tõttu või muul põhjusel võimalik, peab saaja hüvitama soorituse hariliku väärtuse ajal, millal tekkis õigus nõuda väärtuse hüvitamist.

(3) Saaja ei ole sooritud väljaandmiseks või väärtuse hüvitamiseks kohustatud niivõrd, kui ta ei ole sooritud äratarbimise, edasiandmise, hävimise või halvenemise tõttu või muul põhjusel ei saanud soorituse ega selle väärtuse võrra rikastunud.

(4) Kui saaja uskus soorituse omandamise kestvust ja on sellest tulenevalt teinud seoses sooritusega kulutusi või talle on sellest tekkinud negatiivseid varalisi tagajärgi, on ta soorituse väljaandmiseks või väärtuse hüvitamiseks kohustatud ainult kulutuste või negatiivsete tagajärgede samaaegse hüvitamise vastu.

(5) Isik, kes õigustamatult sai teise isiku nimel rahasumma, mida sellele teisele isikule ei võlgnetud, vabaneb oma kohustusest anda see tagasi, eeldusel, et ta andis selle üle sellele teisele isikule aja jooksul, mil ta mõistuspäraselt ei saanud ette näha vara selle kohustuse olemasolu võimalikkust.

(6) Neljandas lõikes sätestatut ei kohaldata, kui sooritaja ei ole soorituse omandamise kestvusse uskumist ajendanud või kui ajendamist ei saa temale arvestada.

(7) Soorituse väljaandmise või väärtuse hüvitamise riski kannab sooritaja.

(8) Tühise vastastikuse lepingu järgsete sooritamisel võib saaja 3. - 6. lõikes sätestatule tugineda ainult siis, kui see tuleneb tühisust ette nägeva seaduse sätte eesmärgist. Saaja on soorituse väljaandmise või väärtuse hüvitamise kohustusest vabastatud, kui sooritud hävis või halvenes asjaolu tõttu,

mille eest lepingu kehtivuse korral vastutaks sooritaja. Pooled peavad sooritused välja andma või väärtused hüvitama samaaegselt. Vastavalt kohaldatakse üldosa §-s 89 kohaldatakse vastavalt. Holland:

§ 7. Saaja teadmine soorituse aluse puudumistest

(1) Saaja vastutab soorituse väljaandmise või väärtuse hüvitamise eest ainult § 5 1., 2. ja 7. lõikes ja käesoleva paragrahvi 2. ja 3. lõikes sätestatu alusel, kui:

1) saaja teab soorituse õigusliku aluse puudumisest saamisel või ei tea seda seda jämeda hooletuse tõttu - arvates soorituse saamisest;

2) saaja saab soorituse õigusliku aluse puudumisest teada hiljem või peab sellest teada saama - arvates ajast, mil ta sai teada või pidi teadma;

3) soorituse väljaandmiseks või väärtuse hüvitamiseks on esitatud hagi - arvates hagi esitamisest teadasaamisest.

(2) Kui saaja ei saa vilju, mida ta oleks võinud korrapärase majandamise reegleid järgides saada, peab ta need hüvitama, kui saamatatjäämine toimus asjaolude tõttu, mille eest ta vastutab. Rahalised võlad peab ta intressima. Saaja peab välja andma soorituse üleandmisest saadud kasu.

(3) Kui sooritusena üle antud ese on hävinud või halvenenud, peab saaja lisaks hüvitama sooritajale sellest tekkinud kahju, kui hävimine või halvenemine toimus asjaolude tõttu, mille eest ta vastutab.

(4) Kui saaja on sooritatud esemele teinud vajalikke kulutusi, võib ta nõuda sooritajalt nende hüvitamist volituseta asjaamise sätete järgi. Muude kui vajalike kulutuste hüvitamist ei või ta nõuda.

§ 8. Kolmanda isiku väljaandmiskohustus

Kui §-des 1 - 7 nimetatud juhul annab soorituse väljaandmiseks kohustatud isik talle sooritatu tasuta üle kolmandale isikule, on viimane kohustatud selle väljaandmiseks nii nagu ta oleks saanud soorituse võlausaldajalt ilma õigusliku aluseta, juhul kui väljaandmiseks kohustatud isik oma kohustus ei täida. Vastavalt kohaldatakse §-des 6 ja 7 sätestatut.

§ 9. Väärtuse hüvitamise nõue õiguse rikkumisel

(1) Kui isik rikub teise isiku nõusolekuta tema omandit või muud õigust või varalise väärtusega õigushüve käsutamise, äratarbimise, kasutamise, ühendamise, segamise või ümbertöötamisega või muul viisil, peab õigustatud isikule hüvitama eseme hariliku väärtuse. Kui omandi või muu õiguse käsutamine ei ole kehtiv, võib õigustatud isik nõuda käsutajalt väärtuse hüvitamist samaaegse käsutuse heakskiitmise vastu

(2) Esimeses lõikes nimetatud harilik väärtus määratakse rikkumise aja seisuga. Tasulise käsutuse korral eeldatakse, et harilikuks väärtuseks on käsutamisest saadu.

(3) Kui soorituse saamiseks õigustamata isikule tehakse sooritus, mis on õigustatud isiku suhtes kehtiv, võib õigustatud isik soorituseks õigustamata isikult sooritatu välja nõuda.

(4) Kui omandi või muu õiguse rikkuja ei teadnud oma õiguse puudumisest ega pidanudki seda teadma, ei ole tal 1. ja 3. lõikes nimetatud kohustusi niivõrd, kui ta ajal, millal hüvitusnõue muutus sissenõutavaks, ei ole enam eseme väärtuse võrra rikastunud. Rikkuja rikastumist ei vähenda kulutused, mis rikkuja tegi eseme omandamiseks.

(5) Kui rikkuja teadis teise isiku õigustusest või pidi seda teadma, võib viimane nõuda rikkujalt lisaks harilikule väärtusele ka seda ületavat kasumit. Rikkuja peab õigustatud isikut teavitama, millist kasu talle võõra eseme kasutamine andis.

(6) Kui eseme käsutamiseks õigustamata isik teostab eseme suhtes tasuta käsutuse, mis on õigustatu suhtes kehtiv, on isik, kes saab käsutuse alusel otseselt õigusliku eelise, õigustatu suhtes kohustatud ainult soorituse väljaandmiseks. Vastavalt kohaldatakse 4. ja 5. lõikes sätestatud.

§ 10. Kulutuste väljanõudmine

(1) Kui isik täidab teadlikult või ekslikult teise isiku kohustuse, võib ta nõuda viimaselt oma soorituse ja kulutuste hüvitamist niivõrd, kui teine isik on nõude esitamise ajal kohustusest vabanemise tõttu rikastunud.

(2) Kui isik teeb teadlikult või ekslikult kulutusi teise isiku esemetele, võib ta teiselt isikult nõuda oma kulutuste hüvitamist, kuivõrd teine isik on seeläbi rikastunud. Rikastumise kindlasktegemiseks on määrav aeg, millal võlgnik saab oma asja tagasi või saab muul viisil väärtuse suurenemist kasutada.

(3) Isikul ei ole 2. lõikes nimetatut nõuet, kui:

- 1) teine isik võib nõuda kulutustega loodu äravõtmist ja nõuab seda;
- 2) ta on asjaolude tõttu, mille eest ta vastutab, jätnud teisele isikule kavandatud kulutustest õigeaegselt teatamata;
- 3) teine isik ei ole kulutuste tegemisele enne nende teostamist vastu vaieldnud.

§ 11. Nõuete aegumine

Käesolevast osas sätestatud nõuded aeguvad kahe aasta jooksul arvates ajast, millal nõude esitamiseks õigustatud isik sai teada oma nõude olemasolust, vaatamata teadmisele aga 10 aasta möödumisel nõude tekkimisest. Paragrahvis 9 nimetatud nõuete aegumistähtaeg algab ajast, millal nõude esitamieks õigustatud isik sai teda rikkumisest ja hüvitamiseks kohustatud isikust.

10. OSA LEPINGUVÄLISED VÕLASUHTED

1. peatükk TASU AVALIK LUBAMINE

1 jagu. Üldsätted

§ 1146. Mõiste

Teatud teo tegemise, iseäranis tulemuse saavutamise eest, avalikult tasu lubanud isik peab maksma teo teinud isikule tasu, isegi kui teo tegija ei tegutsenud arvestades tasu lubamist.

§ 1147. Tasu lubamise tagasivõtmine või selle tingimuste muutmine

(1) Tasu lubanud isik võib lubaduse kuni teo tegemiseni tagasi võtta või selle tingimusi muuta, kui tagasivõtmine tehakse teatavaks samal viisil kui tasu lubamine.

(2) Tasu lubamisel võib tasu lubanud isik tasu lubamise tagasivõetavusest loobuda. Tasu lubamise tagasivõetamatust eeldatakse teo tegemiseks tähtja määramise korral.

(3) Tasu lubamise tagasivõtmise korral peab tasu lubanud isik hüvitama kolmandatele isikutele kulutused, mida need on heas usus teinud tuginedes tasu lubamisele, kui tasu lubanud isik ei tõenda, et kulutusi teinud isik ei oleks tasu lubamise aluseks olnud tegu teinud. Kulutused hüvitatakse kuni lubatud tasu ulatuses.

§ 1148. Teo tegemine mitme isiku poolt eraldi

(1) Kui tegu, mille eest tasu lubati, tehakse mitme isiku poolt erineval ajal, kuulub tasu teo esimesena teinule.

(2) Kui tegu on tehtud mitme isiku poolt eraldi, kuid samaaegselt, kuulub igaühele neist võrdne osa tasust. Kui tasu ei saa selle olemuse tõttu jagada või kui tasu lubamise sisu järgi peab tasu saama üksnes üks isik, heidavad tasule õigustatud isikud omavahel liisku.

§ 1149. Mitme isiku ühine osalemine teo tegemisel

(1) Kui tulemuse saavutamisele, mille eest on tasu lubatud, on kaasa aidanud mitu isikut, peab tasu lubaja jagama tasu õiglaselt nende isikute vahel, arvestades igaühe osa tulemuses. Kui tasu jaotus on ilmselt ebaõiglane, võib teo tegemises osalenud isik nõuda tasu jaotuse määramist kohtu poolt.

(2) Kui teo tegijad ei ole nõus tasu jagamisega, võib tasu lubaja keelduda tasu maksmisest, kuni teo tegijad on omavahelise vaidluse tasu jaotamise üle lõpetanud. Iga teo tegija võib nõuda tasu hoiustamist ühiselt tegijatele.

(3) Kui tasu ei saa selle olemuse tõttu mitme isiku vahel jagada või kui tasu lubamise sisu järgi peab tasu saama üksnes üks isik, heidavad tasule õigustatud isikud tasu saamise üle liisku.

2. jagu Konkurss

§ 1150. Konkursi tingimused

(1) Tasu lubamisel teatud teo parima tegemise eest (konkurss) tuleb mõistlikul viisil teatavaks teha konkursi tingimused, eelkõige konkursi ese, pakkumiste tegemise viis ja tähtaeg ning parima pakkumise aktseptimise avaldamise tähtaeg ja kord. Konkursi korral on tasu lubamine kehtiv, kui selle teatavakstegemisel on määratud tähtaeg pakkumiste esitamiseks.

(2) Tasu lubaja (konkursi korraldaja) ei või muuta teatavaks tehtud konkursi tingimusi, välja arvatud juhul, kui ta jättis endale selle õiguse avalikustatud konkursi tingimustes ja muutmine tehakse teatavaks samal viisil kui konkursi tingimused.

§ 1151. Pakkumiste tagasivõtmine ja muutmine

(1) Pakkumise esitanud isik ei või pakkumist tagasi võtta pärast konkursitingimustes määratud tähtaja möödumist.

(2) Pakkumist võib muuta või täiendada üksnes tähtaja jooksul, mil seda saab vastavalt lg-s 1 sätestatule tagasi võtta ning üksnes konkursitingimustes ette nähtud ulatuses.

§ 1152. Pakkumiste arvestamine

(1) Pakkumist võib konkursil arvestada üksnes juhul, kui pakkumise sisu vastab konkursi tingimustele. Pakkumine võib tingimustest kõrvale kalduda üksnes tingimustes määratud ulatuses.

(2) Pakkumist ei või konkursil arvestada, kui see on esitatud pärast konkursi tingimustes määratud tähtaja möödumist.

(3) Pakkujad võivad nõuda konkursil osalemise tõttu tehtud kulutuste hüvitamist, üksnes juhul, kui selline võimalus on ette nähtud konkursitingimustes. See ei mõjuta § 1147 lg-s 3 sätestatut.

§ 1153. Konkursi kohta tehtud otsused

(1) Otsuse selle kohta, kas taotlus vastab konkursi nõuetele või millist mitmest taotlusest tuleb eelistada, teeb konkursi tingimustes isik, viimase puudumisel aga konkursi korraldaja. Otsus konkursi kohta on asjaosalistele siduv ning seda ei saa vaidlustada.

(2) Kui konkursitingimustes ei ole parima pakkumise valimise viisi määratud, võib konkursi korraldaja aktseptida pakkumise, mis talle kõige rohkem sobib.

(3) Konkursi korraldaja võib lükata tagasi kõik tehtud pakkumised, kui ta on endale selle õigus konkursi tingimustega jättnud.

(4) Otsus konkursi tulemuste kohta tuleb teha konkursitingimustes ettenähtud tähtaja jooksul. Otsus tehakse teatavaks pakkujatele.

§ 1154. Mitu samaväärset pakkumist

Mitme samaväärse pakkumise korral tuleb tasu jagada pakkujate vahel vastavalt § 1148 lg-s 2 sätestatule.

§ 1155. Õiguste üleandmise nõue

(1) Autoriõiguse, muu sarnase õiguse või omandi üleandmist teosele võib tasu lubaja nõuda üksnes juhul, kui ta on tasu lubamises üleandmise kohustuse ette näinud. Auhinnatud teoste autoritele säilib õigus saada tasu oma teoste kasutamise eest konkursi korraldaja poolt üldistel alustel, kui konkursitingimustes ei ole ette nähtud teisiti.

(2) Konkursi korraldaja peab tasu mitteväärinud teosed konkursist osavõtjaile tagastama, kui konkursi tingimustes ei ole ette nähtud teisiti.

2. peatükk ASJADE ETTENÄITAMINE

§ 1156. Asja ettenäitamine

Asja valdaja vastu asja suhtes nõudeõigust omav isik, samuti isik, kes tahab veenduda sellise nõudeõiguse olemasolus, võib nõuda valdajalt asja ette näitamist või asja ülevaatamise võimaldamist, kui tal on selle vastu õigustatud huvi.

§ 1157. Dokumentidega tutvumine

Teise isiku valduses asuva dokumendiga tutvumise vastu õigustatud huvi omav isik võib valdajalt nõuda tutvumise lubamist, kui dokument on koostatud tema huvides või kui dokumendis on kajastatud tema ja teise isiku vahel olemasolev õigussuhe või läbirääkimiste kulg.

§ 1158. Asja ettenäitamise koht

Asi, sealhulgas dokument, tuleb ette näidata või sellega tutvumist võimaldada asja asukohas. Kumbki pool võib mõjuval põhjusel nõuda ettenäitamist või tutvumise võimaldamist muus kohas.

§ 1159. Risk ja kulutused

Ettenäitamisega seotud riski ja kulutused kannab ettenäitamist nõudnud isik. Valdaja võib kuni kulude tasumiseni ja riski vastu tagatise andmiseni ettenäitamisest keelduda.

3. peatükk

KÄSUNDITA ASJAAJAMINE

§ 1160. Käsundita asjaajamise mõiste

(1) Kui isik (asjaajaja) teeb midagi teise isiku (soodustatu) jaoks, ilma et ta oleks viimase poolt käsundatud või tema suhtes teo tegemiseks muul viisil õigustatud või kohustatud, on tal selles peatükis sätestatud õigused ja kohustused, kui asjaajamise ülevõtmine vastab soodustatu tegelikule või eeldatavale tahtele ja huvidele või asjaajamise ülevõtmatajätmise korral jääks õigeaegselt täitmata soodustatu seadusest tulenev ülalpidamiskohustus või muu kohustus, mille täitmine on tungivalt avalikes huvides.

(2) Kui asjaajamist ei võetud üle soodustatu huvidele ja tahtele vastavalt, võib soodustatu asjaajamise tagantjärele heaks kiita. Heakskiidu korral loetakse asjaajamine ülevõetuks soodustatu huvidele ja tahtele vastavalt.

§ 1161. Asjaajaja vastutus

(1) Asjaajaja peab tegutsema arvestades soodustatu huve ning lähtudes tema tegelikust või eeldatavast tahtest. Soodustatu huve ja tahet ei arvestata niivõrd, kui see oleks vastuolus avalike huvidega või tema seadusliku ülalpidamiskohustusega.

(2) Lõikes 1 nimetatud kohustuste täitmatajätmise korral vastutab asjaajaja soodustatu ees nagu lepingust tulenevate kohustuste rikkumise eest.

(3) Kui asjaajamise eesmärgiks on soodustatut ähvardava olulise kahju tõrjumine, vastutab asjaajaja üksnes tahtluse ja raske hooletuse korral, välja arvatud juhul, kui ta võib nõuda hüvitust vastavalt § 1164 lg-s 3 sätestatule.

(4) Kui asjaajaja võttis asjaajamise üle soodustatu väljendatud või arusaadava tahte vastaselt ja see tahe ei olnud vastuolus heade kommete ega seaduse sätetega, vastutab asjaajaja ka juhuse tõttu soodustatule tekkinud kahju eest, kui ta ei tõenda, et kahju oleks tekkinud ka ilma tema sekkumiseta.

(5) Piiratud teovõimega asjaajaja vastutab tekitatud kahju eest üksnes õigusvastaselt kahju tekitamise sätete järgi ning saadu väljaandmise eest üksnes alusetu rikastumise sätete järgi.

(6) Kui asjaajamisest võtab osa mitu isikut, vastutab igaüks neist üksnes oma osavõtu ulatuses.

§ 1162. Eksimus soodustatu isikus

Kui asjaajaja ei tea, kes on soodustatu või kui ta peab soodustatuks ekslikult vale isikut, tulenevad asjaajamisest õigused ja kohustused tegelikule soodustatule.

§ 1163. Soodustatu teavitamine

(1) Asjaajaja peab enne asjaajamise ülevõtmist asjaajamise kavatsusest soodustatule teatama ja ootama ära tema nõusoleku, kui see on ohustamata soodustatu või avalikke huvisid ning teatamist võib asjaajajalt mõistlikult oodata.

(2) Muus osas kohaldatakse asjaajaja kohustustele vastavalt §-des 649 ja 651 sätestatut.

§ 1164. Kulutuste hüvitamine

(1) Asjaajaja võib nõuda soodustatult asja ajamisel tehtud kulutuste hüvitamist ja ülevõetud kohustustest vabastamist, kui ta võis kulutuste tegemist või kohustuste ülevõtmist vastavalt asjaoludele pidada vajalikuks.

(2) Oma kutsetegevuses tegutsev asjaajaja võib nõuda soodustatult mõistlikku tasu, kui tal ei ole lepingust tulenevaid tasunõudeid teiste isikute vastu. Tasunõuet ei ole kehtetu lepingu täitmise korral asjaaja poolt. See ei mõjuta muust õiguslikust alusest tulenevaid nõudeid.

(3) Asjaajajal ei ole lg-test 1 ja 2 tulenevaid õigusi, kui tal ei olnud kavatsust nõuda soodustatult kulutuste hüvitamist.

§ 1165. Asjaajamise soodustatu huvidele mittevastavus

(1) Kui asjaajamine ei vastanud § 1160 lg-s 1 sätestatud nõuetele ja kui soodustatu asjaajamist tagantjärele heaks ei kiitnud, peab asjaajaja kõrvaldama soodustatule asjaajamisest tulenenud tagajärjed ja hüvitama sellest tekkinud kahju. Kui asjaajaja ei võinud asjaajamise ülevõtmisel aru saada, et § 1160 lg-s 1 nimetatud eeldused ei ole täidetud, vastutab ta üksnes asjaajamise hoolika läbiviimise eest. Paragrahvi 649 ja § 1161 lg-t 3 kohaldatakse vastavalt.

(2) Soodustatu peab lg-s 1 nimetatud juhul andma asjaajajale alusetu rikastumise sätete järgi välja kogu tema poolt asjaajamise tõttu saadu.

§ 1166. Asjaajamine ohu tõrjumiseks

(1) Kui asjaajaja tegutses soodustatut vahetult ähvardava olulise ohu tõrjumiseks, võib ta nõuda kahju hüvitamist, kui tekkinud kahju oli ohu tõrjumisega seotud erilise riski tagajärg. Kahju hüvitamise nõue on välistatud niivõrd, kui selle peab kandma asjaajaja tööandja, käsundaja või ravikindlustuse kandja.

(2) Lõikes 1 nimetatud nõue on suunatud ohustatu või tema ülalpidamiseks kohustatud isikute vastu solidaarvõlgnikena, asjade ohustamise korral aga nende omanike vastu solidaarvõlgnikena.

(3) Asjaajajal on lg-test 1 ja 2 tulenevad õigused üksnes niivõrd, kui asjaajaja võis enese ohustamist pidada vastavalt asjaoludele vajalikuks. Kui asjaajaja tegutses ühtlasi oma huvides, tuleb mõistlikult arvestada negatiivseid tagajärgi, mis ohuolukorrast tulenevalt teda ennast ähvardasid.

§ 1167. Asjaajamine enda huvides

(1) Selles peatükis sätestatud ei kohaldata, kui keegi ajab võõraid asju, arvates, et tegemist on tema oma asjadega.

(2) Kui keegi ajab võõraid asju kui enda omi, kuigi ta teab, et tal ei ole selleks õigustatud, võib soodustatu esitada § 1161 lg-test 1 ja 5 ning § 1165 lg-st 1 tulenevad nõuded. Nõuete esitamise korral võib asjaajaja nõuda oma kulutuste hüvitamist vastavalt alusetu rikastumise sätetele.

4. peatükk ALUSETU RIKASTUMINE

§ 1168. Kohustuse täitmiseks saadu tagasinõudmine

(1) Kui isik on olemasoleva või tulevase kohustuse täitmiseks teisele isikule midagi sooritanud, võib saadu tagasi nõuda, kui kohustust, mida täita sooviti, ei ole olemas, kohustus ei jõustu või see langeb hiljem ära või kui kohustusele saab esitada vastuväite, mis välistab kehtvalt selle täitmise nõude.

(2) Lg-s 1 nimetatud tagasinõudeõigust ei ole kui:

- 1) täideti moraalne kohustus;
- 2) kohustus oli aegunud;
- 3) saaja võis mõistlikult eeldada, et isik tahtis vaatamata lg-s 1 nimetatud asjaoludele saadu talle jätta;
- 4) tühise kohustustehingu täitmiseks üleantu tagasinõudmine oleks vastuolus tühisust ette nägeva seaduse sätte eesmärgiga.

§ 1169. Suhted kolmandate isikutega

(1) Kui isik on §-s 1168 nimetatud juhul andnud isiku korraldusel, keda ta pidas ekslikult oma võlausaldajaks, midagi üle kolmandale isikule, võib ta nõuda üleantu tagastamist võlausaldajaks peetud isikult nii nagu ta oleks üle andnud temale. Kui võlausaldajaks peetud isik ei ole üleandmist talle arvestataval viisil ajendanud, on tagasinõue suunatud isiku vastu, kellele üle anti.

(2) Kui isik on §-s 1168 nimetatud juhul andnud midagi kolmandale isikule üle lepingu alusel teise isikuga, mille olemasolu ta ekslikult eeldas, võib ta nõuda üleantu tagastamist teiselt isikult nagu ta oleks üle andnud temale. Kui teine isik ei ole üleandmist talle arvestataval viisil ajendanud, on tagasinõue suunatud üksnes isiku vastu, kellele üleandmine toimus.

(3) Kui isik on §-s 1168 nimetatud juhul pärast nõude loovutamist täitnud kohustuse ekslikult eeldatud uuele võlausaldajale, võib ta üleantu nõuda tagasi ekslikult eeldatud algselt võlausaldajalt, nagu ta oleks täitnud kohustuse temale. Kui ekslikult eeldatud algne võlausaldaja ei ole üleandmist talle arvestataval viisil ajendanud, on tagasinõue suunatud üksnes ekslikult eeldatud uue võlausaldaja vastu.

(4) Lõigetes 1 - 3 nimetatud juhtudel kohaldatakse vastavalt §-des 1172 ja 1173 sätestatut.

§ 1170. Käitumise ajendil üleantu tagasinõudmine

(1) Kui isik on teisele isikule midagi sooritanud mitte kohustuse täitmiseks vaid eesmärgiga ajendada saajat teatud käitumiseks ja saaja sai teise isiku niisugusest kavatsusest aru või pidi sellest aru saama, võib saadu tagasi nõuda, kui sellist käitumist ei toimu.

(2) Lg-s 1 nimetatud tagasinõudeõigust ei ole, kui eesmärgi saavutamine oli algusest peale võimatu ja isik, kes teist isikut teatud käitumiseks ajendas, teadis seda või pidi sellest teadma või kui ta takistas eesmärgi saavutamist hea usu vastaselt.

§ 1171. Tagasinõude ulatus

(1) Sooritaja võib §-des 1168 - 1169 nimetatud juhtudel saajalt välja nõuda tema poolt saadu, saaja poolt saadud kasu, samuti selle, mis saaja omandab üleantud eseme hävimise, kahjustamise või äravõtmise eest.

(2) Kui lg-s 1 väljaandmine vastavalt lg-le 1 ei ole saadu olemuse tõttu või muul põhjusel võimalik, peab saaja hüvitama selle hariliku väärtuse ajal, millal tekkis õigus nõuda väärtuse hüvitamist.

(3) Väljaandmise ega väärtuse hüvitamise kohustust ei ole niivõrd, kui saaja ei ole saadu äratarbimise, edasiandmise, hävimise või halvenemise tõttu või muul põhjusel ei saadu ega selle väärtuse võrra rikastunud.

(4) Kui saaja uskus saadu omandamise kehtivusse ja on sellest tulenevalt teinud kulutusi või kui talle on sellest tekkinud negatiivseid varalisi tagajärgi, peab ta saadu välja andma või selle väärtuse hüvitama üksnes kulutuste või negatiivsete tagajärgede samaaegse hüvitamise vastu sooritaja poolt. See ei kehti, kui sooritaja ei ole saadu omandamise kehtivusse uskumist ajendanud või kui ajendamist ei saa temale arvestada.

(5) Saadu väljaandmise või väärtuse hüvitamise riski kannab sooritaja.

(6) Tühise vastastikuse lepingu kohaselt saadu tagastamisel võib saaja lg-tes 3 – 5 sätestatule tugineda üksnes juhul, kui see tuleneb tühisust ette nägeva seaduse sätte eesmärgist. Väljaandmise ega väärtuse hüvitamise kohustust ei ole, kui saadu hävis või halvenes asjaolu tõttu, mille eest lepingu kehtivuse korral vastutaks sooritaja. Pooled peavad nende poolt üleantu välja andma või selle väärtuse hüvitama samaaegselt. Vastavalt kohaldatakse §-s 101 sätestatut.

§ 1172. Saaja teadmine üleandmise aluse puudumisest

(1) Saaja vastutab saadu väljaandmise või väärtuse hüvitamise eest üksnes § 1171 lg-tes 1, 2 ja 6 ja selle paragrahvi lg-tes 2 ja 3 sätestatu alusel, kui:

1) saaja teab üleandmise õigusliku aluse puudumisest saamisel või ei tea seda raske hooletuse tõttu - arvates saamisest;

2) saaja saab üleandmise õigusliku aluse puudumisest teada hiljem - arvates ajast, mil ta sai sellest teada;

3) saadu väljaandmiseks või väärtuse hüvitamiseks on esitatud hagi - arvates hagi esitamisest teadasaamisest.

(2) Saaja peab hüvitama kasu, mida ta oleks võinud korrapärase majandamise reegleid järgides saada, kuid mida ta oma süülise käitumise tõttu ei saanud.

(3) Kui saadu on hävinud või halvenenud, peab saaja lisaks lg-tes 1 ja 2 sätestatule sooritajale hüvitama sellest tekkinud kahju, kui hävimine või halvenemine toimus tema süül.

(4) Kui saaja on teinud vajalikke kulutusi, võib ta sooritajalt nõuda nende hüvitamist käsundita asjaajamise sätete järgi. Muude kulutuste hüvitamist ei või nõuda.

§ 1173. Kolmanda isiku väljaandmiskohustus

Kui §-des 1168 - 1172 nimetatud juhul annab saadu väljaandmiseks kohustatud isik saadu tasuta üle kolmandale isikule, peab viimane selle välja andma nagu talle oleks sooritatud ilma õigusliku aluseta, kui väljaandmiseks kohustatud isik oma kohustust ei täida. Vastavalt kohaldatakse §-des 1171 ja 1172 sätestatut.

§ 1174. Väärtuse hüvitamise nõue õiguse rikkumisel

(1) Kui isik rikub teise isiku nõusolekuta tema omandit või muud õigust või valdust käsutamise, kasutamise, äratarbimise, ühendamise, segamise või ümbertöötamisega või muul viisil, tuleb õigustatud isikule hüvitada rikkumise teel saadu harilik väärtus. Kui omandi või muu õiguse käsutamine ei ole kehtiv, võib õigustatud isik käsutajalt nõuda väärtuse hüvitamist käsutuse samaaegse heakskiitmise vastu (tsiviilseadustiku üldosa seaduse eelnõu § 106 lg 2).

(2) Lõikes 1 nimetatud harilik väärtus määratakse rikkumise aja seisuga. Tasulise käsutuse korral eeldatakse, et harilikuks väärtuseks on käsutamisest saadu.

(3) Kui kohustus täidetakse isikule, kes ei ole täitmise vastuvõtmiseks õigustatud, kuid täitmine on õigustatud isiku suhtes kehtiv või kui õigustatud isik selle vastavalt tsiviilseadustiku üldosa seaduse eelnõu § 106 lg-le 2 heaks kiidab, võib õigustatud isik kohustuse täitmiseks sooritatu õigustamata isikult välja nõuda.

(4) Kui omandi, muu õiguse või valduse rikkuja ei teadnud oma õigustuse puudumisest või ei teadnud sellest raske hooletuse tõttu, ei ole tal lg-tes 1 ja 3 nimetatud kohustusi niivõrd, kui ta hüvitusnõue sissenõutavaks muutumise ajal ei ole enam rikkumise teel saadu ulatuses rikastunud. Rikkuja rikastumist ei vähenda kulutused, mis rikkuja tegi saadu omandamiseks.

(5) Kui rikkuja teadis õigustuse puudumisest või ei teadnud sellest raske hooletuse tõttu, võib rikkujalt lisaks harilikule väärtusele nõuda rikkumise teel saadud tulu väljaandmist. Rikkuja peab õigustatud isikut teavitama, millist tulu talle rikkumise teel saadu andis.

(6) Kui eseme käsutamiseks õigustamata isik käsutab eset tasuta selliselt, et käsutus on õigustatud isiku suhtes kehtiv, peab käsutuse alusel otseselt õigusliku eelise saanud isik õigustatud isikule saadu välja andma. Vastavalt kohaldatakse lg-tes 4 ja 5 sätestatut.

§ 1175. Tagasinõudeõigus kohustuse täitmisel

Kui isik täidab teadlikult või ekslikult teise isiku kohustuse, võib ta teiselt isikult nõuda oma kulutuste hüvitamist niivõrd, kui teine isik on nõude esitamise ajal kohustusest vabanemise tõttu rikastunud.

§ 1176. Kulutuste väljanõudmine

(1) Kui isik teeb teadlikult või ekslikult kulutusi teise isiku esemetele, võib ta teiselt isikult nõuda oma kulutuste hüvitamist niivõrd, kui teine isik on seeläbi rikastunud. Rikastumise kindlakstegemiseks on määrav aeg, millal võlgnik saab oma asja tagasi või saab muul viisil väärtuse suurenemist kasutada.

(2) Isikul ei ole lg-s 1 nimetatut nõuet:

- 1) kui teine isik võib nõuda kulutustega loodu äravõtmist ja nõuab seda;
- 2) kui ta on oma süül jätnud teisele isikule kavandatud kulutustest õigeaegselt teatamata;
- 3) kui teine isik ei ole kulutuste tegemisele enne nende tegemist vastu vaieldnud;
- 4) kuni teine isik ei ole väärtuse suurenemisest tulu saanud.

5. peatükk ÕIGUSVASTASELT KAHJU TEKITAMINE

1. jagu. Üldsätted

§ 1177. Õigusvastaselt tekitatud kahju hüvitamine

(1) Teisele isikule õigusvastaselt kahju tekitanud isik peab sellele isikule kahju hüvitama, kui ta vastutab vastavalt seadusele kahju tekitamise eest. Kui õigusvastaselt kahju tekitamine on jätkuv või kui isikut üksnes ähvardatakse kahju tekitamisega, võib kahjustatu või ähvarduse saaja samuti nõuda kahju tekitava käitumise või sellega ähvardamise keelamist.

(2) Õigusvastaselt tekitatud kahju hüvitatakse üldosas sätestatud alustel ja korras.

(3) Käesolevas peatükis sätestatud kahju hüvitamise nõuded ei mõjuta kahjustatud isiku õigust nõuda kahju hüvitamist muul õiguslikul alusel, kui seaduses ei ole sätestatud teisiti. Lepinguliste kohustuste rikkumisest tuleneva kahju eest vastutab lepingupool üksnes vastavalt lepingu rikkumise sätetele. Kui lepingulise kohustuse rikkumisega põhjustati isiku surm või talle tekitati kehavigastus või tervisekahjustus, vastutab kahju tekitaja selle eest käesolevas peatükis sätestatud järgides, kui kahju tekitati süüliselt.

§ 1178. Kahju tekitamise õigusvastasus

(1) Kahju tekitamine loetakse õigusvastaseks, kui see tekitati isiku õiguse rikkumisega või seaduslikku kohustust rikkuva teo või tegevusetusega või heade kommete vastase käitumisega, välja arvatud juhul, kui:

- 1) kahju tekitamise õigus tuleneb avalikust õigusest;
- 2) kahjustatud isik nõustus kahju tekitamisega;
- 3) kahju tekitaja tegutses õigustatud hädakaitse- või hädaseisundis;
- 4) kahju tekitaja kasutas oma õiguse teostamiseks või kaitseks omaabi, kui ta ei oleks vastavalt asjaoludele saanud õigeaegselt abi ametivõimudelt ja üksnes omaabi teel võis takistada nõude kaotsiminekut või selle maksmapaneku olulist raskenemist.

(3) Kahju tekitamist ei loeta õigusvastaseks, kui kahju tekitaja poolt rikutud sätte eesmärgiks ei ole kaitse sellise kahju eest, nagu kandis kahjustatu.

§ 1179. Süü vastutuse alusena

(1) Õigusvastaselt kahju tekitaja vastutab tema poolt kahju tekitamise eest üksnes juhul, kui ta tekitas kahju süüliselt, kui seaduses ei ole sätestatud teisiti.

(2) Hooletuseks loetakse käesoleva peatüki tähenduses isiku käitumist, kes ei järgi temalt vastavalt asjaoludele ja tema isiklikele omadustele oodatavat hoolsust. Vajalik hoolsus määratakse arvestades kahju tekitanud isiku iga, haridust, teadmisi ning tema teisi võimeid ja omadusi.

(3) Kui isik on kahju hüvitamiseks kohustatud sõltumata oma süüst tuleb tema süülist käitumist täiendavalt arvestada kahju hüvitise arvestamisel ja hüvitise jagamisel mitme hüvitamiseks kohustatud isiku vahel, kui see aitas kaasa kahju tekkimisele või suurenemisele.

§ 1180. Kahju tekitamine noorema kui 14 - aastase isiku poolt

Alla 14 - aastane isik ei vastuta oma käitumisega õigusvastaselt tekitatud kahju eest, kui see vastab õiglusele, arvestades isiku vanust, arengut, teo liiki, asjaosaliste majanduslikke suhteid, sealhulgas olemasolevat või käibes eeldatavat kindlustatust ja muid asjaolusid.

§ 1181. Kahju tekitamine isiku poolt puuduse mõju all

Paragrahvis 1180 sätestatud kohaldatakse ka 14 - aastase või vanema isiku vastutusele kahju tekitamise eest, kes on kahju tekitanud füüsilise või psüühilise puuduse mõju all olles. Joovastavatest vahenditest tingitud mööduvaid häireid kahju hüvitamise kohustuse suhtes arvestatakse üksnes juhul, kui häiritud isik on sellisesse olukorda sattunud muul põhjusel kui oma tegevuse tõttu.

§ 1182. Kahju tekitamine mitme isiku poolt ühiselt

Kui õigusvastaselt tekitasid kahju mitu isikut ühiselt või kui ei ole võimalik kindlaks teha, kes mitmest isikust on oma tegevusega kahju põhjustanud, vastutavad nad kahju tekitamise eest solidaarselt. Kahju tekitajatega loetakse võrdseks ka kahju tekitanud teo organiseerijad, kihutajad ja kaasaaitajad.

§ 1183. Vastutus laste ja hoolduse alla antud isikute tekitatud kahju eest

(1) Alla 14 - aastase lapse käitumisega teisele isikule tekitatud kahju eest vastutavad tema vanemad (lapsendajad) või eestkostjad, kui kahju tekitamine oli muus osas peale lapse vanuse õigusvastane, sõltumata oma süüst.

(2) 14 - 16 aastase lapse käitumisega teisele isikule tekitatud kahju eest vastutavad tema vanemad (lapsendajad) või eestkostjad, välja arvatud juhul, kui nad tõendavad, et keegi ei saa neile midagi ette heita lapse käitumise ärahoidmise osas.

(3) Lõigetes 1 ja 2 sätestatud kohaldatakse ka isikute suhtes, kes lepinguliselt kohustub lapse üle järelevalvet teostama.

(4) Lapse ja vanemate (lapsendajate), eestkostjate või lõikes 3 nimetatud isikute omavahelises suhtes on vastutavaks üksnes vanemad (lapsendajad), eestkostjad või lõikes 3 nimetatud isikud.

(5) Lõigetes 1 - 4 sätestatud kohaldatakse ka vaimsete puuduste tõttu hooldusele antud täisealiste teovõimetute või piiratud teovõimega isikute ja nende hooldajate omavahelises suhtes.

§ 1184. Vastutus töötajate ja teenistujate eest

(1) Kui õigusvastaselt põhjustab kahju töötaja, teenistuja või muu käsundisaaja või töövõtja, vastutab selle kahju eest käsundaja või tellija, kui kahju tekitati seoses lepingu täitmisega või kui lepingu täitmise tõttu tekkis kahju tekitamise risk ja kui käsundajal või tellijal oli vastavalt tema ja kahju tekitanu vahelisele õigussuhtele kontroll kahju tekitanud käitumise üle.

(2) Kui käsundisaaja või töövõtja ei töötanud selle käsundaja või tellija majandus- või kutsetegevuses, vastutab füüsilisest isikust käsundaja või tellija üksnes juhul, kui käsundisaaja või töövõtja tegutses kahju tekitades sellise kohustuse täitmisel, mida tal oli kästud teostada.

§ 1185. Kahju tekitava tegevuse keelamise piirangud

(1) Kohus võib lükata tagasi õigusvastaselt kahju tekitava käitumise keelamise nõude, kui sellist käitumist tuleb mõistliku arusaama järgi taluda inimestevahelises kooselus või sallida tähtsate ühiskondlike huvide tõttu. Kahjustatud isik võib siiski nõuda kahju hüvitamist vastavalt käesolevas peatükis sätestatule

(2) Kohus võib lg-s 1 nimetatud juhul siiski keelata käitumise, kui kahju tekitaja ei täida oma kahju hüvitamise või tagatise andmise kohustust.

§ 1186. Teabe ümberlükkamine

(1) Kui isik vastutab andmete avaldamise või mittetäieliku avaldamise või faktilise iseloomuga andmete eksitava avaldamise eest, võib kohus kahjustatud isiku nõudel otsustada andmete ümberlükkamise või paranduse avaldamise kahju tekitaja kulul kohtu poolt määratud viisil.

(2) Lõikes 1 sätestatud kohaldatakse ka juhul, kui kahju tekitamine ei olnud õigusvastane, kuna andmete avaldaja ei teadnud andmete ebaõigsusest või mittetäielikkusest ega pidanudki seda teadma.

2. jagu.

Mittevaraliste õiguste kahjustamine

§ 1187. Au teotamine

Isik võib nõuda au teotamise lõpetamist, tema au teotavate andmete ümberlükkamist, kui au teotaja ei tõenda nende vastavus tegelikkusele, samuti au teotamisega tekitatud kahju hüvitamist.

§ 1188. Eraelu kaitse

(1) Isik võib nõuda tema eraelu puutumatusse rikkumise lõpetamist ning rikkumisega tekitatud kahju hüvitamist.

(2) Eraelu puutumatusse rikkumiseks loetakse ilma seadusliku aluseta ja isiku tahte vastaselt:

- 1) isiku eluruumi sisenemist või kinnisasjal viibimist;
- 2) isiku ja tema valduses olevate asjade läbiotsimist;
- 3) isiku poolt või temale posti, telegraafi või muul üldkasutataval viisil edastatavate andmete saladuse rikkumine, samuti isiku käsikirjade, kirjavahetuse, märkmete ja muude isiklike dokumentide või andmete kasutamist;
- 4) isiku sidevahendite kaudu teabe saamist või nende töö katkestamist;
- 5) isiku eraelu vaatluse all hoidmist;
- 6) andmete kogumist isiku eraelu kohta;
- 7) muul viisil isiku eraelu kahjustamist.

§ 1189. Isiku nime kaitse

Isik, kelle huve on kahjustatud tema nime või avalikult kasutatava varjunime õigustamatu kasutamisega, võib nõuda nime õigustamatu kasutamise lõpetamist, samuti sellega temale tekitatud kahju hüvitamist.

§ 1190. Muude mittevaraliste õiguste kaitse

Isik võib nõuda ka §-des 1187 - 1189 nimetatata mittevaraliste õiguste õigusvastase rikkumise lõpetamist ja sellega tekitatud kahju hüvitamist.

3. jagu.

Majanduslike huvide kahjustamine

§ 1191. Majanduslikult kahjulike asjaolude avaldamine

Teisele isikule majanduslikult kahjuliku asjaolu avaldanud või seda levitanud isik peab hüvitama sellega tekitatud kahju, kui ta ei tõenda, et asjaolu vastab tegelikkusele või kui avaldajal või levitajal või isikul, kellele asjaolu avaldati või levitati, oli avaldamise või levitamise suhtes õigustatud huvi ning avaldaja või levitaja kontrollis asjaolu põhjalikkusega, mis vastab ähvardava tagajärje raskusele.

§ 1192. Teabe avaldamise õigusvastasus

Isik, kes avalikustab või põhjustab sellise teabe avalikustamise, mis puudutab kaupu või teenuseid, mida tema või isik, kelle jaoks ta tegutseb, pakub oma majandus- või kutsetegevuses, tegutseb õigusvastaselt, kui see teave on eksitav ühes või mitmes osas, iseäranis kui see puudutab:

- 1) kaupade või teenuste olemust, koosseisu, kogust, kvaliteeti, tunnuseid või kasutusvõimalusi;
- 2) kaupade või teenuste päritolu, tootmise viisi ja aega;
- 3) kaupade või teenuste tarne kogust;
- 4) kaupade või teenuste hinda või selle arvutamise meetodit;
- 5) eripakkumise põhjuseid või eesmärki;
- 6) isikutele antud autasusid, tunnistusi või muid hinnanguid või avaldusi, või kasutatud teaduslikke või erialaseid termineid, tehnilisi tulemusi või statistilisi andmeid;
- 7) tingimusi, vastavalt millele kaupu tarnitakse, teenuseid osutatakse või makseid tehakse;
- 8) garantiide ulatust, sisu ja kestust;
- 9) isikut, kelle poolt või kelle juhtimise või järelevalve all või kelle kaasabil kaupa toodetakse või toodeti või teenuseid osutatakse;
- 10) võrdlust teiste kaupade või teenustega.

§ 1193. Tõendamiskohustus ja kahju hüvitamine

(1) Kui vastavalt §-le 1192 esitatakse nõue teabe sisu esitamise täielikult või osaliselt määranud või teabe sisu ja esitamise põhjustanud isiku vastu, peab see isik tõendama teabes sisalduvate või sellest tulenevate asjaolude, millel väidetavalt põhineb teabe eksitav iseloom, õigsust ja täielikkust, välja arvatud juhul, kui selline tõendamiskohustuse jaotus ei ole vastavalt asjaoludele mõistlik.

(2) Kui täielikult või osaliselt teabe sisu määranud või teabe sisu ja esitamise põhjustanud isik on tekitanud kahju õigusvastaselt, vastutab ta sellest tuleneva kahju eest, välja arvatud juhul, kui ta tõendab, et kahju ei tekkinud tema süül.

§ 1194. Eksitava teabe ümberlükkamine

(1) Kui isik on tekitanud teisele isikule §-s 1192 nimetatud teabe avalikustamisega või avalikustamise põhjustamisega kahju või võib seda tõenäoliselt teha, võib kohus lisaks avalikustamise või avalikustamise põhjustamise keelamisele määrata ka teabe avaliku ümberlükkamise kohtu poolt määratud tingimustel.

(2) Lõikes 1 nimetatud nõuded võib lisaks kahju kannatanule esitada ka isikute ühendus, kelle eesmärgiks on isikute majandus- või kutsealaste huvide või tarbijate kaitse, samuti muu isik, kui teavet võib mõistlikult pidada seotuks tema poolt taotletava eesmärgiga ja kui teabe avalikustamine mõjutab või tõenäoliselt mõjutab seda eesmärki.

§ 1195. Muu majanduslik kahjustamine

Süüliselt käitunud isik peab hüvitama sellest tekkinud kahju niivõrd, kui ta oleks pidanud kahju ulatust ette nägema, kui ta:

1) annab teise isiku varalise olukorra kohta ebaõiget teavet või ebaõige soovitus või seda vaatamata uutele teadmistele ei paranda, kuigi talle kuulub tema kutsealase tegevuse tõttu eriline usaldusseisund ja teabe või soovitus saaja võis seda usaldust kasutada;

2) sekkub õigustamatu ähvarduse, ettevõtte toimimise faktilise segamise, lubamatu boikoti, demonstratsiooni, streigiga või muul õigusvastasel viisil teise isiku vabasse majandustegevusse ja põhjustab sellega teise isiku ettevõtte täieliku või osalise seiskamise;

3) alavääristab teise isiku kutsealast või ärilist reputatsiooni ebakohaste väärtushinnangutega.

4. jagu.

Riskivastutus ja muu sarnane süüta vastutus

§ 1196. Riskivastutuse mõiste

(1) Kahju põhjustamisel eriti ohtlikule tegevusele või asjale iseloomuliku riski realiseerumise tõttu vastutab selle eest riski kontrollinud isik sõltumata tema süüst, isegi kui seejuures on tegemist õiguskorra poolt talutava tegevusega.

(2) Tegevus loetakse eriti ohtlikuks, kui selle olemuse või seejuures kasutatud ainete, vahendite või allikate tõttu võib ka kogu asjatundja poolt oodatava hoolsuse rakendamise korral sageli tekkida kahju või kui tekkida võib kahju on raske. Tegevuse erilist ohtlikkust eeldatakse, kui võrreldava riski eest on seaduses juba ette nähtud eraldi vastutus.

§ 1197. Transpordivahendi pidaja vastutus

(1) Inimeste või asjade vedamiseks määratud mootoriga käitatava transpordivahendi pidamisega seotud erilise riski realiseerumisega põhjustatud inimese surmast või talle kehavigastuse või tervisekahjustuse tekitamisest tuleneva kahju hüvitab transpordivahendi pidaja, välja arvatud juhul, kui:

1) kahjustatakse veetavat asja, välja arvatud juhul, kui reisija kannab seda või kannab seda kaasas;

- 2) kahjustatakse transpordivahendi pidaja poolt hoiule võetud asja;
- 3) õhusõiduki käitamise korral põhjustatakse veetava isiku surm või talle tekitatakse kehavigastus või tervisekahjustus;
- 4) veesõiduki käitamisel kahjustatakse muid asju;
- 5) kahju põhjustas vääramatu jõud või kahjustatud isiku tahtlus, välja arvatud juhul, kui see tekkis õhusõiduki käitamisel.

(2) Kui kahju tekitamisel kasutas transpordivahendit ilma pidaja teadmata ja tahteta kolmas isik, peab pidaja asemel kahju hüvitama kolmas isik. Transpordivahendi pidaja peab ka siis hüvitama kahju, kui transpordivahendi kasutamine sai võimalikuks tema süül. Lauses 1 sätestatud ei kohaldata, kui transpordivahendi kasutaja oli pidaja poolt seatud transpordivahendi käitamiseks või kui transpordivahend anti tema käsutusse talle üle pidaja poolt.

§ 1198. Vastutus ohtlike asjade ja rajatiste eest

(1) Kui rajatisest lähtub selles toodetud, ladustatud või edastatud energia või tule- või plahvatusohtlike, mürgiste või söövitavate ainete tõttu eriline oht, peab rajatise pidaja riski realiseerumise tõttu inimese surma põhjustamise või talle kehavigastuse või tervisekahjustuse tekitamise korral hüvitama kahjustatud isikule sellest tekkinud kahju. Sama vastutus on asjade valdajatel, millest lähtub nende tule- või plahvatusohtlike, mürgiste või söövitavate omaduste tõttu eriline risk.

(2) Rajatise pidaja või asja valdaja peab riski ohu realiseerumisega tekkinud kahju hüvitama lg-s 1 nimetatud viisil hüvitama ka juhul, kui rajatisest või asjast lähtub eriline risk muul kui lg-s 1 nimetatud põhjusel.

(3) Isik ei pea kahju hüvitama vastavalt lg-tes 1 ja 2 sätestatule, kui kahju on tekkinud rajatise pidaja valduses oleva ehitise või kinnisasja sees, samuti kui kahju on tekkinud vääramatu jõu tõttu, välja arvatud juhul, kui see tulenes juhtmestike äralangemisest, mis olid määratud elektrienergiaga varustamiseks või nafta, naftatoodete või gaasi jaoks määratud mittekohalike torujuhtmerajatiste purunemisest või muust kahjustamisest.

§ 1199. Vastutus hoone kokkuvarisemise eest

(1) Kinnisasja valdaja peab hüvitama sellel asuva hoone või sarnase kinnisasjaga seotud rajatise kokkuvarisemise, osade eraldumise, sealt millegi väljaheitmise või allalangemisega või muul viisil isikule surma põhjustamise või talle kehavigastuse või tervisekahjustuse tekitamisega või asjade või keskkonna kahjustamisega põhjustatud kahju, välja arvatud juhul, kui ta tõendab, et kahju tekkimine ei tulenenud konstruktsioonipuudustest ega puudulikust korrashoiust.

(2) Kinnisasja varasem valdaja vastutab kahju eest solidaarselt, kui kokkuvarisemine või eraldumine toimus ühe aasta jooksul pärast tema valduse lõppemist, välja arvatud juhul, kui ta järgis oma valduse ajal käibes vajalikku hoolsust või kui hilisem valdaja oleks võinud ohu selle hoolsuse järgimisega tõrjuda.

(3) Valdajaks käesoleva paragrahvi mõttes on üksnes isik, kes valdab asja kui enda oma.

(4) Isik, kes õiguspäraselt valdab võõral kinnisasjal hoonet või sarnast kinnisasjaga seotud rajatist, vastutab kinnisasja valdaja asemel lõikes 1 sätestatud alustel.

§ 1200. Vastutus looma eest

(1) Looma pidaja peab hüvitama looma poolt isiku surma põhjustamisega või talle kehavigastuse või tervisekahjustuse tekitamise või omandi kahjustamisega tekitatud kahju.

(2) Lõigetes 1 sätestatud kohaldatakse ka isiku suhtes, kes kohustub lepinguliselt teostama järelevalvet looma üle.

§ 1201. Vastutuse piiramus

Käesolevas jaos sätestatud juhtudel ei või vastutust piirava asjaoluna esitada oma vähest vanust ega vaimset või füüsilist puudust. Alla 14 -aastase lapse üle järelevalvet teostav vanem (lapsendaja) või eestkostja vastutab tema asemel §-des 1198 ja 1200 nimetatud asjade ja loomade eest, välja arvatud juhul, kui neid kasutatakse majandustegevuses.

§ 1202. Solidaarne vastutus

Käesolevas jaos nimetatud juhtudel vastutavad kaasvaldajad või -pidajad tekitatud kahju eest solidaarselt.

5. jagu.

Vastutus puudulike toodete eest

§ 1203. Tootja vastutus

(1) Toote valmistanud isik (tootja) peab hüvitama puudustega tootest põhjustatud isiku surmast või talle kehavigastuse või tervisekahjustuse tekitamisest või asja hävimisest või rohkem kui 9000 krooni ulatuses kahjustamisest tekkinud kahju, kui toode on sellist liiki, mida kasutatakse tavaliselt eraviisiliselt või tarbimiseks ja kahjustatud isik kasutas seda põhiliselt eraviisiliselt.

(2) Tootja ei pea hüvitama puudustega tootele endale tekitatud kahju.

(3) Kui puudustega tootest põhjustatud kahju eest vastutab mitu isikut, vastutavad nad solidaarselt. Nende omavahelises suhtes sõltub hüvituskohustus ning kahju hüvituse ulatus asjaoludest, iseäranis sellest, millises ulatuses on kahju esmajoones põhjustatud ühe või teise isiku poolt.

(4) Selles jaos sätestatud ei kohaldata kahju korral, mis tuleneb tuumaõnnetustest ja on kaetud Eesti poolt ratifitseeritud rahvusvaheliste konventsioonidega.

(5) Selles jaos sätestatu ei mõjuta poole õigusi lepingulisest või lepinguvälisest vastutusest.

§ 1204. Tootja

(1) Tootjaks loetakse selle jao tähenduses:

- 1) isikut, kes valmistas lõpptoote, tooraine või toote osa;
- 2) iga isikut, kes pakub ennast välja tootjana, kui ta näitab tootel oma nime, kaubamärgi või muu eraldustähise;

3) iga isikut, kes impordib toote Eestisse müügi, üürimise või muu turustamisviisi eesmärgil oma majandustegevuses.

(2) Kui toote tootjat ei ole võimalik kindlaks teha, loetakse tootjaks iga isikut, kes on toote kahjustatud isikule üle andnud, kui ta ei nimeta kahjustatud isikule tootjat või talle tooraine üleandnud isikut mõistliku aja jooksul pärast vastava üleskutse tegemist kahjustatud isiku poolt.

(3) Lõikes 2 sätestatud kohaldatakse ka imporditud toodetele, mille puhul ei saa importööri kindlaks teha, isegi kui tootja nimi on tootel näidatud.

§ 1205. Toode

(1) Tooteks loetakse selle jao tähenduses iga vallasasja, ka kui see on osaks teisest vallasasjast või kinnisasjast, samuti elektrit. Põllumajanduslikke maasaadusi, samuti loomakasvatus-, mesindus-, kalandus- ja jahindussaadusi loetakse toodeteks alles pärast nende esmast käitlemist või töötlemist.

(2) Toode loetakse selle jao tähenduses olevat puudustega, kui see ei paku ohutust, mida isik on õigustatud ootama, arvestades kõiki asjaolusid, iseäranis:

- 1) liiki ja viisi, kuidas toodet avalikkusele esitleti;
- 2) toote kasutusviisi, millega võib mõistlikult arvestada;
- 3) aega, millal toode käibesse lasti.

(3) Toodet ei loeta olevaks puudustega mitte üksnes põhjusel, et hiljem on käibesse lastud parem toode.

§ 1206. Tootja vabanemine vastutusest

(1) Tootja ei vastuta tootest tuleneva kahju eest, kui ta tõendab, et:

- 1) ta ei ole toodet käibesse lasknud;
- 2) vastavalt asjaoludele on tõenäoline, et kahju põhjustanud puudus ei olnud veel olemas tootja poolt toote käibesse laskmise ajal või et see puudus tekkis hiljem;
- 3) ta ei valmistanud toodet ei müügiks ega muuks majandusliku eesmärgiga turustusvormiks ega valmistanud ega turustanud seda oma kutsetegevuses;
- 4) puudus tuleneb sellest, et toode vastab avaliku võimu poolt kehtestatud kohustuslikele nõuetele;
- 5) puudust ei saanud toote käibesse laskmise teaduslike ja tehniliste teadmiste taseme järgi ära tunda.

(2) Tooraine või toote osa tootja ei vastuta lisaks lg-s 1 sätestatud, kui ta tõendab, et tooraine või pooltoote puudus tuleneb lõpptoote konstruktsioonist või selle lõpptoote tootja poolt antud juhistest.

(3) Kohus võib otsustada tootja vastutuse välistamise või vähendamise, kui asjaolusid arvestades võib eeldada, et kahju tekkis nii toote puuduse kui kahju kannatanu või isiku, kelle eest viimane vastutab, süül. Tootja vastutust ei või vähendada, kui kahju tekkis nii toote puuduse kui kolmanda isiku käitumise tulemusena.

§ 1207. Tõendamiskohustus

Kahjustatud isik peab tõendama kahju, puuduse ja põhjusliku seose puuduse ja kahju vahel.

§ 1208. Vastutuse piiramise lubamatus

Selles jaos sätestatust tootja vastutust kahjustatud isiku suhtes piirav või välistav kokkulepe on tühine.

§ 1209. Vastutuse ülempiir

(1) Kui isikutele tekitatud kahju on põhjustatud toote või samasuguse veaga samade toodete poolt, vastutab kahju hüvitamiseks kohustatud isiku kuni ühe miljardi krooni ulatuses.

(2) Kui mitmele kahjustatud isikule maksmisele kuuluvad hüvitused ületavad lg-s 1 nimetatud maksimumsumma, vähendatakse üksikuid hüvitusi suhtes, milles nende kogusumma suhtub maksimumsummasse.

§ 1210. Nõuete aegumine

Selles jaos sätestatust tulenevad nõuded aeguvad kolme aasta jooksul arvates päevast, millal kahjustatud isik saab teada või peab teada saama kahjust, puudusest ja tootja isikust, sõltumata teadmisest aga kümne aasta möödumisel kahju põhjustanud toote käibesse laskmise päevale järgnevast päevas.

6. jagu.

Riigi- ja kohaliku omavalitsuse üksuste ja muude avalik-õiguslike juriidiliste isikute vastutus avalike funktsioonide täitmisel tekitatud kahju eest

Paragrahvid reserveeritud.

Riigikogu esimees

Toomas Savi